

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 327/328 · 27. JAHRGANG · WINTER-AUSGABE 2022 VOM 20. DEZEMBER 2022 · 2 EURO

3 | **Geschichtslügen  
per Gesetz**

Der »Holodomor« in der Ukraine

13 | **Hoffnungen für die  
Regionalbahn 63**

Parteiübergreifende Unterstützung

28/29 |

**Horst Schröder –  
ein vorbildlicher Bastler**

Alternative Prominente (Folge 23)

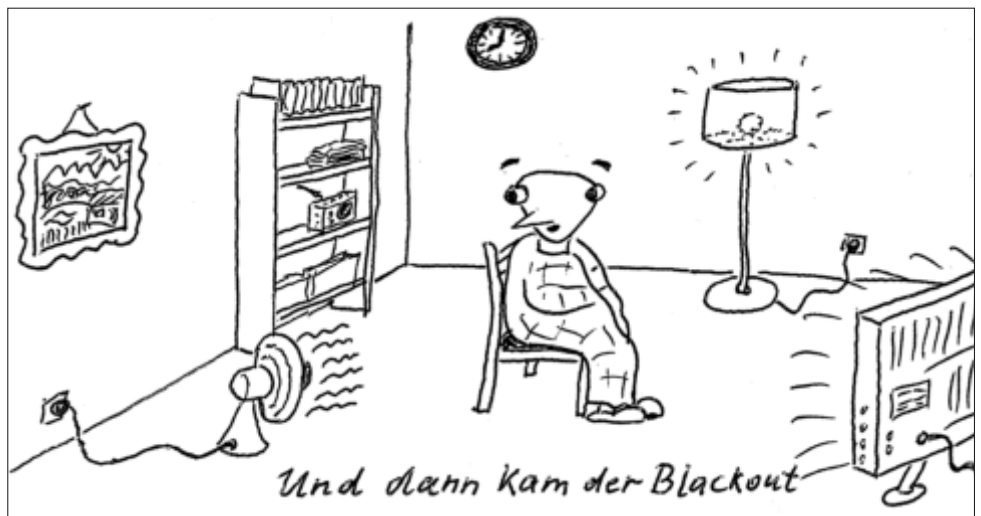
## Einmal durchkitzeln bitte!

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man herzlich drüber lachen. Was ein großer Barnimer Wohnungsvermieter seinen Kunden für Tips gibt, um eine Gasmangellage zu überstehen, grenzt schon an Zynismus. Aber dazu später.

Wie allgemein bekannt, wurden die Gaslieferungen über Nord Stream Eins eingestellt und ein paar noch unbekannte »Aktivisten« halfen gleich noch nach, damit sie auch nicht wieder aufgenommen werden können, falls es doch zu einem Frieden in der Ukraine kommen sollte. Die BRD fügt sich brav in ihre Rolle und sucht ihr Gasglück nun bei atlantischen und asiatischen Partnern. Waren noch im Frühjahr 2022 die Anteile russischen Gases die größten im deutschen Markt, dominiert jetzt das norwegische und niederländische, das, wie Robert Habeck beklagte, zu »Wucherpreisen« von unseren europäischen Freunden abgenommen werden muß. Nichts da mit stabilen Lieferverträgen wie bei den Russen! Weil der Oktober recht mild war und kaum Gas verbraucht wurde, stauten sich vor Westeuropa die LNG-Tanker, die auf bessere, sprich teurere Preise warteten. Es will ja niemand draufzahlen bei diesem Geschäft, wo die Preise von Tag zu Tag wie auf einer Börse schwanken. Demzufolge sind die Verbraucherstaaten gezwungen, bei großer Nachfrage hohe Preise zu bezahlen. Aber die EU hats ja. Notfalls wird das Geld gedruckt.

Nun ist Mitte November das erste LNG-Terminal in Wilhelmshafen fertiggestellt worden, wo das superheruntergekühlte Flüssiggas der Tanker erhitzt und gasförmig ins Leitungsnetz eingespeist werden kann. Anfang Dezember waren die Gasspeicher dieses Landes noch gut gefüllt, aber wenn es einen harten und langen Winter geben sollte, könnte es eng werden. Die unterirdischen Gasspeicher brauchen einen Minimaldruck, da sie sonst in sich zusammenfallen. Deshalb kann auch nur maximal 60 Prozent Gas daraus entnommen werden. Man braucht Nachschub! Oder man reduziert den Verbrauch. Im Winter heißt das: Rationierung. Im Notfall, so ein Gummiparagraph im Energiesicherungsgesetz, dürfen nur noch Krankenhäuser, Altenheime sowie kritische Infrastruktur mit Gas versorgt werden. Bevölkerung und Industrie gucken dann in die (leere) Röhre.

Zur Vorsorge, damit so ein Fall nicht eintritt, soll schon mal kräftig Gas gespart werden. »Wir müssen jetzt alle zusammenhalten!« so die offizielle Devise. Bei unseren Wohnungsvermietern gibt es da unterschiedliche Ansätze, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Bei dem einen wird die Temperatur des Heizwassers reduziert, damit die Räume nicht wärmer als 20 Grad werden können, egal, wie weit man den Thermostat aufdreht und bei dem anderen wird nur zu bestimmten Uhrzeiten geheizt, morgens und abends. Nach der Außentemperatur sowieso.



Was macht man nun, wenn man nasse Wäsche hat und keinen Boden zum Aufhängen und draußen sind Minusgrade? Einen Trockner hat nicht jeder und auf dem Balkon würde die Wäsche nur zu Eisbrettern. Also wird bei kalter Wohnung wohl oder übel der Heizlüfter angeschmissen oder was man sich sonst für Geräte besorgt hat. Das ist genau das Szenario, wovor sich die Energiewirtschaft fürchtet und das zu massiven Schäden in der gesamten Volkswirtschaft führen kann: die Überlastung der Stromnetze und der landesweite Blackout.

Damit dieses Schlimmste verhindert wird, muß also auf Teufelkomm-raus gespart werden. Die Presse ist voll von Tips, wie oft und wie lange man duschen sollte, wo man warmes Wasser einsparen kann, wie man sich schön warm anzieht und auf welche Elektrogeräte man verzichten könnte. An erster Stelle wird da der Fernseher genannt, der im Haushalt, bundesweit gesehen, die meiste Energie verbraucht. Aber, wie sollen wir denn da wissen, was die Tagesschau über die neuesten russischen Greuelthaten berichtet? Nein, der Fernseher fällt also aus. Auch wegen der Bundesliga bzw. der Katar-WM. Das ginge sonst zu weit. Müssen wir also frieren, frieren gegen Putin.

Ein besonders aktiver Barnimer Wohnungsvermieter gibt seinen »Wohnungsnutzenden« unter der Überschrift »Von Opa und Oma lernen« hilfreiche Tricks, wie man über die kritische Jahreszeit kommt: »Und gegen das Frieren helfen regelmäßige Hock-Streck-Sprünge oder ein flotter Tanz durch die Wohnung«. An anderer Stelle wird empfohlen: »Wer abends auf der Couch wie eine Frostbeule rumhängt ... läßt sich mal so richtig durchkitzeln. Das heizt ein und hellt die Stimmung auf.«

Also, liebe Leser, falls Sie im Januar das große Zittern bekommen, rufen Sie Ihre Vorstände an, laden Sie ein und sagen dann: »Einmal durchkitzeln, bitte!«

JÜRGEN GRAMZOW (Text und Zeichnung)

## Kooperation

Liebe Leserinnen und Leser, vielen Dank für Ihre Treue und Geduld. Die BBP erscheint nun wieder regelmäßiger. Dafür sind große Anstrengungen erforderlich, so daß wir Ihre Hilfe gut gebrauchen können. Wie Sie wissen, lebt die »Barnimer Bürgerpost« von der freiwilligen Kooperation vieler Menschen mit unterschiedlichen Talenten. Vielfältige technische und organisatorische Aufgaben sind zu lösen.

Zudem erfordert die gegenseitige Meinungsbildung gerade jetzt Ihre tatkräftige Mitarbeit. Es geht um eine andere Politik. Überall hören wir von Konflikten, die nur durch Konfrontation, Krieg und Sanktionen zu lösen wären. So geht es nicht weiter. Damit die angekündigten Katastrophen ausbleiben, müssen Staaten, Politiker und ihre Angestellten lernen, wie Menschen zu kooperieren. Leider wirken Anführer wie Gehilfen damit hoffnungslos überfordert, obwohl allen die Fähigkeit zur Kooperation angeboren ist. Aus Federn und Bildschirmen kriecht statt dessen die Angst vor der Angst.

Geschätzte Leserin und geschätzter Leser, da läßt sich doch was machen. Ganz sicher wissen Sie etwas aus ihrem Leben, von dem die agierenden Politiker keine Ahnung haben. Helfen wir diesen überforderten Leuten! Wir zählen auf Ihren Scharfsinn, Ihre Erfahrungen und Ihren Weitblick. Trauen Sie sich! Wir sind gespannt, was Sie zu sagen haben und wie Sie uns helfen wollen, einen klareren Blick und Menschlichkeit zu finden. Verschenken Sie etwas von Ihrer Zeit zum gegenseitigen Nutzen!

Wieviel Mühe sich ein Autor auch gibt, jeder Artikel muß mehrfach gelesen werden, bevor er in der Zeitung steht. Das fängt bei den Urhebern an, die natürlich, klar und verständlich schreiben wollen. Die Redaktion muß aus den Einsendungen geeignete Texte auswählen, die zusammenpassen und zugleich möglichst vielfältige Meinungen spiegeln.

Sind die Artikel ausgewählt, prüfen Korrektoren vorsichtig Rechtschreibung, Ausdruck und Grammatik. Schlußendlich bekommt der Artikel seine Form. Für das Setzen der Texte werden wir ab 2023 eine Software nutzen, mit der mehrere Menschen gleichzeitig an der Zeitung arbeiten können. Das bisherige Monopol der Redaktion verschwindet und wir kommen einen großen Schritt voran.

Mit der fertig gesetzten Zeitung, die der Druckerei übergeben wird, ist allerdings erst die Halbzeit erreicht. Die Barnimer Bürgerpost soll dann so schnell wie möglich in Ihren Briefkasten gelangen. Dies gelingt nur, weil sich viele Leserinnen und Leser für die Verteilung der Barnimer Bürgerpost engagieren und auch neue Interessenten gewinnen. Auch das will gut organisiert sein. Dazu kommt Buchhaltung, Vereinsregister, Korrespondenz und Werbung neuer Leserinnen und Autoren.

Wie Sie sehen, haben wir genug Arbeit. Machen Sie mit, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

## Amadeu-Antonio-Gedenken



Rund 150 Menschen kamen am 6. Dezember, dem 32. Jahrestag der Ermordung von Amadeu Antonio zur Gedenktafel an der ehemaligen Chemischen Fabrik in der Eberswalder Straße. Viele hatten Schilder dabei, mit denen sie in diesem Bereich eine »Amadeu-Antonio-Straße« zur Erinnerung an den rassistischen Mord im Jahr 1990 forderten.

## Die Heil-Hitler-Euro-Münze

**Für Münzsammler gibt es jetzt etwas Neues. Sie können jetzt eine echte Heil-Hitler-Zwei-Euro-Münze erwerben.**

Herausgegeben wird diese 2 Euro Gedenk-münze mit dem Motiv »Slava Ukraini« in Stempelglanz-Qualität und in einer Auflage von 40.000 Stück von Estland. Die verschiedenen Münzhändler in der BRD sind sich des besonderen Wertes dieser Gedenkmünze bewußt und verlangen teilweise 29,90 Euro zuzüglich Versand für die 2-Euro-Münze. Bei anderen Münzhändlern ist die Münze aber auch schon für 3,90 Euro erhältlich, dann allerdings in Normalqualität, die in einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren geprägt werden soll.

»Slava Ukraini« bedeutet übersetzt soviel wie »Ruhm der Ukraine«. Das war der Schlachtruf der OUN-Bandera-Faschisten, die im zweiten Weltkrieg zum Teil eng mit dem faschistischen Deutschland zusammenarbeiteten und die vor allem in der Westukraine zahlreiche Pogrome an Juden, Polen und Russen verübten. Der mit dem deutschen »Heil Hitler« vergleichbare OUN-Schlachtruf ist seit vielen Jahren offizieller Gruß in der ukrainischen Armee und wird auch von vielen BRD-Politikern der ersten Reihe nachgeplappert. G.M.

## Keine Stationierung von Atomwaffen

Schweden und Finnland zeigen sich offen für die Stationierung von Atomwaffen und in der BRD sollen schon im Dezember moderne B61-12 Bomben im Rahmen der nuklearen Teilhabe stationiert werden. Diese Bomben können u.a. zielgenauer eingesetzt werden und haben eine verstellbare Sprengkraft. Wir positionieren uns klar gegen die Stationierung moderner Massenvernichtungswaffen mitten in Europa. Die Situation in Europa ist so gefährlich wie seit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die nukleare Aufrüstung in Deutschland erhöht das Eskalationsrisiko und ist daher ein Fehler mit fataler Signalwirkung!

Für das kommende Jahr haben wir schon jetzt viele Pläne: Wir werden die Perspektiven der Opfer von Atomwaffentests und -einsätzen in den Fokus unserer Arbeit stellen. Außerdem

werden wir regelmäßig mit Informationsständen über die aktuelle nukleare Bedrohung aufklären und uns im Prozeß zur nationalen Sicherheitsstrategie dafür einsetzen, daß die BRD die nukleare Teilhabe beendet. Auch in den letzten Wochen waren wir politisch aktiv. Mit einem Informationsstand protestierten wir im Oktober u.a. auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis90/Grünen gegen die aktuellen Aufrüstungspläne. Ihr wollt wissen, wie unsere Arbeit auf internationalen Konferenzen aussieht? Ihr wollt hören, wozu ein Studium der Politikwissenschaften nützlich ist? Oder wie es dazu kommt, daß der NDR über die ICAN-Geschäftsführerin Beatrice Fihn urteilt: »Sie sagt kluge Sachen«? Dann hört mal in diese Reportage rein: »Eine Welt ohne Atomwaffen«.

ANNE BALZER

Der »Holodomor« in der Ukraine:

## Geschichtslügen per Gesetz

**Geschichte ist immer die Geschichte der Herrschenden. Diese Aussage gilt, sofern das in den überlieferten Schriften Dargestellte als »Die Geschichte« kritiklos übernommen wird. Jeder Geschichtsschreiber verfolgte irgendwelche Interessen, meist die der gerade Herrschenden und die der Sieger von Konflikten. Die Unterdrückten und Unterlegenen hatten nur sehr selten Chancen, ihre Sicht der Nachwelt zu überliefern.**

Das gilt auch aktuell. Ein neues Element ist aber, daß nun zuweilen sogar allgemein anerkannte Geschichtsbilder per politischem Beschluß geändert werden, weil es gerade in die aktuelle Politik paßt.

Selbiges praktizierte am 30. November der Deutsche Bundestag, indem er die Hungersnot auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR in den Jahren 1932/1933 als »Völkermord am ukrainischen Volk« titulierte und für diesen die damalige Führung der UdSSR verantwortlich macht.

Die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie die Oppositionsfraktion von CDU/CSU reihen in ihrem Antrag (Drucksache 20/4681) geschichtliche Lügen und Halbwahrheiten aneinander, die der Deutsche Bundestag dank der Mehrheit der Einreicherfraktionen dann auch per Beschluß »festgestellt« hat.

Sich mit den beschlossenen Lügen und Halbwahrheiten im Detail auseinanderzusetzen, würde den Rahmen selbst dieser Doppelausgabe sprengen und muß daher auf später verschoben werden. Als skandalös darf durchaus bezeichnet werden, daß die beiden anderen Oppositionsfraktionen – also nicht nur die AfD, bei der das wenig verwundert, sondern auch Die Linke – sich bei dieser Beschlußfassung laut der Stimme enthielten. Die Details der Debatte sind im entsprechenden Bundestagsprotokoll nachlesbar.

Wenig überrascht, daß sich der ukrainische Botschafter Oleksij Makejew auf der Gästetribüne eingefunden hatte und von der Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(B90/Grüne) mit Vornamen begrüßt wird. Das deutet auf ein sehr intimes und freundschaftliches Verhältnis hin. Auch Ex-Botschafter Andrej Melnyk, der jetzt stellvertretender Außenminister der Ukraine ist und – sofern er sich nicht ohnehin hier aufhält – extra aus Kiew anreiste, wurde von ihr unter Beifall begrüßt.

Die Beiträge der Koalitionsredner bewegen sich im Rahmen der Lügen und Halbwahrheiten des Antrags. Bemerkenswert ist die Wortmeldung von Michael Brand (CDU), der am Schluß seiner Rede den ukrainischen Faschistengruß »Ruhm der Ukraine« von sich gab.

Dem Linken-Redner Gregor Gysi muß man zugute halten, daß er trotz einiger ahistorischer Bewertungen die Historie weitgehend real wiedergab. Dafür erntete er böse Zurufe von CDU/CSU, AfD und FDP, bevor ihm das Mikrophon abgeschaltet wurde.

»Wir verurteilen das Verbrechen«, so Gysi, »deshalb können wir nicht gegen den Antrag stimmen. Aber wir haben auch Kritik, deshalb können wir nicht für den Antrag stimmen und werden uns enthalten.« Das Verbrechen bestehe, so Gysi, in der »terroristischen Industrialisierung und Zwangskollektivierung«, mit der Stalin »Millionen Menschen durch Hunger ums Leben« brachte, was »ein schlimmes Verbrechen gegen die Menschlichkeit« gewesen sei. Als Ursache dafür fand Gregor Gysi heraus, daß zuvor Marx durch Lenin »völlig falsch an einer Stelle korrigiert« wurde. Während Marx den Kapitalismus als für die Industrialisierung zuständig ansah, habe Lenin gemeint, es ginge auch im völlig unterentwickelten Rußland. Mit dieser sehr

### »Volksverhetzung«

Ohne Vorankündigung verabschiedete der Bundestag im November eine Erweiterung des Paragraphen 130 StGB, mit dem »Volksverhetzung« bestraft wird. Nun kann nicht mehr nur die Leugnung des Holocaust, sondern auch die »Leugnung von Völkermord« mit einer Haftstrafe geahndet werden. Doch erst vier Tage nach Beschlußfassung wurde einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland bekannt, was da im Bundestag in höchster Eile abgestimmt worden war. Es ging um nicht weniger als eine Handhabe gegen unliebsame Meinungen in einer Zeit, in der Deutschland Waffen in die Ukraine liefert und somit am Krieg beteiligt ist.

ULRICH HEYDEN, ([ulrich-heyden.de/article/scharfes-schwert-gegen-kritiker](http://ulrich-heyden.de/article/scharfes-schwert-gegen-kritiker))

stark vereinfachten Geschichtssicht begründet Gysi dann die Enthaltung seiner Fraktion.

Zur Geschichte dürfen Menschen selbstverständlich verschiedene Meinungen haben. Der Streit der Meinungen kann dazu dienen, sich historischen Wahrheiten, die in ihrer jeweiligen persönlichen Widerspiegelung immer durch subjektive Wertungen gefärbt sein werden, möglichst anzunähern. Dies per politischen Mehrheitsbeschluß zu tun, ist eigentlich bloß lächerlich.

Allerdings hat der gleiche Bundestag, der jetzt per Beschluß »historische Wahrheiten« feststellt, nur wenige Wochen vorher in einer Nacht- und Nebelaktion das Strafgesetzbuch (StGB) geändert. Laut dem neu gefaßten Paragraphen 130 wird nun ganz allgemein die Leugnung von Völkermord unter Strafe gestellt.

Wer also den Bundestagsbeschluß zum »Holodomor« realerweise als dummes Zeug abtut, muß nun entsprechend dem geänderten Strafrechtsparagrafen mit Anklage und bis zu drei Jahren Knast rechnen.

GERD MARKMANN

## Vize-Außen Melnyk – unser Freund?

Mit dem Twitterkürzel des neuen ukrainischen Vize-Außenministers Andrej Melnyk findet man bei Google (Melnyk: Frau Ribbentrop) einen Beitrag von Herrn Melnyk, wo er sich begeistert, daß man in Supermärkten in Kiew Flaschenbier kaufen kann, welches eine biertrinkende Frau Merkel in NAZI-UNIFORM mit dem Titel »Frau Ribbentrop« (Joachim von Ribbentrop, Nazi-Haupt-Kriegsverbrecher) zeigt!

Man muß eine Politikerin nicht lieben, jedoch achten. Wenn aber der Vize-Außenminister eines »befreundeten« Staates, den es nur noch durch unsere Waffenhilfe, unser Geld und die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge und deren Versorgung in unserem Land gibt (und dessen Familie wir hier Schutz und Bildung gewähren) sich nicht entblödet, eine hochrangi-

ge und verdienstvolle Persönlichkeit unseres Landes, Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel, in diffamierender Weise mit Nazis und Banderas Erben auf eine Stufe zu stellen, nur um seine nationalistischen Ressentiments und seinen Kriegswillen gegen Rußland zu »kultivieren«, so ist das einhellig abzulehnen!

Das ist empörend und man darf erwarten, daß die deutsche Bundesregierung endlich dagegen ein deutliches und vernehmbares Signal setzt und das nicht »hinter den Kulissen«! Ich protestiere gegen diesen »befreundeten« Politiker, der uns ständig unser Verhalten vorschreiben und uns in seinen Krieg hineinziehen will.

Die Bundesregierung sollte ihn endlich auf eine Sanktionsliste setzen und seine Befassung mit EU- und NATO-Fragen verhindern!

BERND C. SCHUHMAN

### RotFuchs im Januar

Thema: Der Umbau der Welt.

Wohin führt die  
»Neue Seidenstraße«?

mit Dr. Uwe Behrens

Am 21. Januar 2023 um 15 Uhr im Treff 23, Breitscheidstr. 43 a, 16321 Bernau bei Berlin.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

## »RadBrückenSchlag« Schwimmhalle »baff« spart

*Kosten steigen auf 12,5 Millionen Euro*

**Eberswalde (bbp).** Zur Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember stand unter anderem die Vorplanung zum sogenannten »Rad-BrückenSchlag« – einer Rad-Gehwegbrücke über die Gleisanlagen des Bahnwerks (ehemals Raw Eberswalde) vom Bahnhof zum Krankenhaus – zur Entscheidung. Nach teils kontroversen Diskussionen in den Ausschüssen votierte eine Mehrheit für die Fortsetzung der Planungen für dieses Projekt. Neben ihrer Zustimmung zur Vorplanung beschlossen die Stadtverordneten die Beauftragung der Verwaltung, »den Planungsvertrag für die Leistungsphase III Entwurfsplanung mit der Arbeitsgemeinschaft (GbR) Schrüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH Berlin, Greifswalder Straße 80 A, 10405 Berlin & DKFS Architects LTD, 1 Thane Villas, N7 7PH London, United Kingdom zu schließen«.

Die AG (GbR) war im Dezember 2021 bereits mit der Grundlagenermittlung und der Vorplanung (Planungsphasen I und II) beauftragt worden. Im Juni 2022 hatte die Stadt einen Fördermittelbescheid vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr zur Realisierung des Vorhabens erhalten. Mit der Vorplanung liege nun eine erste »Grobkostenschätzung« vor, welche aufgrund der aktuellen Lage »bei weitem die Kostenkalkulation zur Fördermittelbeantragung« übersteige. Insbesondere die Kosten der Stahlkonstruktion der geplanten Brücke schlagen sich hier nieder, wobei die weitere Entwicklung »derzeit sowohl kurz- wie auch mittelfristig nicht vorhersehbar« sei.

Trotz kostenreduzierender Anpassungen (durch reduzierte Brückenbreite, verlängerte Dämme und damit verkürzter Überbau sowie statische Optimierungen konnte die Stahlmenge auf etwa 800 Tonnen reduziert werden, was eine »Ersparnis« von ca. 1,77 Millionen Euro ergebe) belaufen sich die voraussichtlichen Bau- und Planungskosten auf etwa 12,5 Millionen Euro. Im Fördermittelantrag war noch von rund 8 Millionen Euro Gesamtkosten ausgegangen worden. Der Eigenmittelanteil erhöht sich von etwas über einer halben Million Euro um etwa eine Million auf 1,53 Millionen Euro. Damit könne das Vorhaben zu 88 % gefördert werden.

Letzteres war für viele Stadtverordnete das Motiv, der Vorlage trotz der deutlich gestiegenen Kosten zuzustimmen. Lediglich vier Stadtverordnete stimmten gegen diese Vorlage, während drei sich der Stimme enthielten.

**Eberswalde (bbp).** Das Sportzentrum Westend, einst Drushba-Halle, und dort insbesondere das Schwimmbad, ist ein dauerhaftes Zuschußobjekt. Vor dem Ausbau zum Spaßbad waren Sport- und Schwimmhalle in die Trägerschaft der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde (TWE) gegeben worden. Die Idee dahinter war, daß eine Quersubventionierung aus den Gewinnen der TWE-Beteiligung an den Eberswalder Stadtwerken erfolgen soll. Ein paar Jahre später wurden dann aber die Anteile an den Stadtwerken verkauft, weil die Stadtverwaltung unter dem damaligen Bürgermeister Reinhard Schulz mit den Erlösen den damals arg defizitären Stadthaushalt sanieren wollte. Im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen wegen großzügiger Spenden der Stadtwerkekäufer wurde Schulz 2006 abgewählt. Der Stadtwerke-Verkauf indes wurde nicht rückgängig gemacht. Viele Jahre lang verbrauchten die TWE dann die Einnahmen aus dem Verkauf, um ihre jährlichen Defizite auszugleichen. Als die Rücklagen aus dem Verkauf aufgebraucht waren, mußte die Stadt einspringen, die als Gesellschafterin seit einigen Jahren jährlich eine Million Euro an die TWE überweist. Als das

Sportzentrum samt Schwimmhalle wegen Corona schließen mußte, wurden weitere Zuschußzahlungen fällig, um eine Insolvenz der TWE zu verhindern.

Inzwischen ist das »baff« wieder offen. Allerdings schlagen nun die immens gestiegenen Energiepreise ins Kontor.

Zur Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 5. Dezember informierte nun der Verwaltungsdezernent Maik Behrendt über die deswegen in der Schwimmhalle vorgenommenen Einsparungen. So werde beispielsweise die Dampfsauna nicht mehr betrieben. Auch die Außenanlage wurde außer Betrieb genommen, während die verschiedenen energieaufwendigen Attraktionen in der Woche tagsüber ausgeschaltet werden. Zugleich wurde die Beckenwassertemperatur schrittweise von 28 auf 26 Grad abgesenkt. Weitere Temperaturabsenkungen seien denkbar. Lediglich die Babybecken werden weiterhin mit 32 Grad betrieben. Während die Sporthalle vollständig auf LED umgestellt werde, sollen investitionsaufwendige Maßnahmen, wie eine Erneuerung der Lüftung, nur erfolgen, wenn es dafür Fördermittel gibt.

## »Generationen verbinden«

**Eberswalde (prest-ew).** Die positiven Effekte von einem Miteinander von Kindern mit Seniorinnen und Senioren sind seit langem bekannt. In diesem Sinne unterzeichneten am 18. November die städtische Kita »An der Zaubernuß« und die Camilla Hauskrankenpflege und Beratungsgesellschaft GmbH eine Kooperationsvereinbarung, die den programmatischen Namen »Generationen verbinden« trägt. »Menschen muß man immer zusammen denken. Die Kooperationsvereinbarung hilft Jung und Alt, Verständnis füreinander zu entwickeln. Daher sind die Zusammenarbeit von Kita und Tagespflege für beide Seiten von großem Wert«, stellte der Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG fest. Er freue sich, »daß wir dieses Projekt innerhalb kürzester Zeit umsetzen konnten«. Der Dezernent unterzeichnete als Vertreter der Stadtverwaltung die Vereinbarung. Für Camilla waren Geschäftsführer Steffen Huhnke sowie der stellvertretende Pflegedienstleiter Björn Schulz vor Ort.

Begegnungen zwischen Alt und Jung, die es in vielen Familien oft nicht mehr gibt, ist das erklärte gemeinsame Ziel. Dabei sollen Lebenskompetenzen sowohl für Kinder als auch Senioren gefördert werden. Von den gegenseitigen Besuchen profitieren Kinder und Senioren gleichermaßen.

Mit dem Kooperationsvertrag »Generationen verbinden« sollen Erfahrungsräume gestaltet werden, in denen sich die verschiedenen Generationen und Lebenswelten begegnen, ken-

nenlernen und bereichern. Werte wie Achtung und Respekt vor der Lebenserfahrung alter Menschen werden nicht nur vermittelt, sondern von den Kindern direkt erlebt.

Gemeinsame Erlebnisse, emotionale Verbindungen und Begegnungen schaffen dabei »Glücksmomente« im Alltag. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Jung und Alt fördert und stabilisiert Kompetenzen und Fähigkeiten im gegenseitigen Miteinander. Durch die wechselseitige Unterstützung wird zusätzlich das Selbstwertgefühl und das Selbstbewußtsein gestärkt. Auch die Kommunikationsfähigkeiten werden im regelmäßigen Miteinander erweitert und gefestigt.

Die Kita »An der Zaubernuß« wird gemeinsam mit der Camilla Tagespflege Eisenhammer unter anderem Feste feiern, Bastel- und Malangebote entwickeln, singen und lesen oder auch backen. »Von Anfang an habe ich gewußt, daß dies ein sehr positives Projekt ist, an welchem wir unbedingt teilnehmen wollen. Die gemeinsamen Erlebnisse und Erfahrungen sind wertvoll sowohl für die Kinder als auch für die Seniorinnen und Senioren«, so die Kitaleiterin Katja Zehm.

Die Unterzeichnung der Vereinbarung wurde umrahmt von gemeinsamen Tanz und Gesang. Einige Kinder der Kita trugen auch ein Gedicht vor. Es ist die zweite Vereinbarung dieser Art zwischen Stadt und Pflegedienst. Zuvor hatte bereits die Kita »Spielhaus« eine Kooperationsvereinbarung mit einer Camilla-Einrichtung in Hohenfinow getroffen.

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
internet: [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)  
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42 (AB)

# Bebauungsplan für den »Specht«

Visionen im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde erhalten planerischen Rahmen

**Es geht voran mit dem »Specht«, der aktuell eine Ruine ist. In ihrer Sitzung am 13. Dezember entschieden die Eberswalder Stadtverordneten über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 518 »Wohnquartier Frankfurter Allee«.**

Im November 2020 hatte der Berliner Sahid Sanli das nach jahrelangem Leerstand zur Ruine verkommene Mehrzweckgebäude mit der einstigen Wohngebietsgaststätte »Zum Specht« erworben. Ein Jahr später kaufte Sanli auch das Einkaufszentrum »Heidewald«.

Im Spätsommer trat dann mit der Bechtolsheim Real Estate ein neuer Projektträger in Erscheinung, der künftig auch als neuer Eigentümer fungieren sollte. Letzteres ist jedoch, wie sich inzwischen herausstellte, noch in der Schwebe. Aktuell gehören sowohl der »Specht« als auch das EKZ »Heidewald« weiterhin der Sanli-Firmengruppe und Bechtolsheim agiert lediglich im Auftrag.

Dennoch soll zumindest in Sachen »Specht« nun erstmal alles sehr schnell gehen. Zwischen Bekanntmachung und Beschlußfassung lagen keine drei Wochen. Auch die Aufstellung des

Bebauungsplanes selbst soll »im beschleunigten Verfahren« erfolgen. Insbesondere soll auf die Durchführung einer Umweltprüfung gemäß Baugesetzbuch ebenso verzichtet werden, wie auf die Durchführung einer »frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit« und »der Behörden und Träger öffentlicher Belange«.

Das Plangebiet umfaßt das ehemalige Mehrzweckgebäude mit Wohngebietsgaststätte einschließlich der Außenanlagen sowie die unmittelbar angrenzenden Flächen. Es hat eine Größe von 0,48 Hektar. Darin eingeschlossen sind auch 400 Quadratmeter städtischer Fläche, die zur »Arrondierung des Grundstückszuschnittes und zur Erfüllung bauordnungsrechtlicher Vorschriften (Abstandsflächen)« nötig sind.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll hier »eine geordnete städtebauliche Entwicklung abgesichert werden«, heißt es im Beschluß-

text. Ziel sei die »Neuerrichtung einer mehrgeschossigen Wohnbebauung«.

Nach dem Rückbau aller vorhandenen baulichen Anlagen soll eine kompakte Wohnbebauung bis sieben Vollgeschosse errichtet werden. Für den ruhenden Verkehr ist eine Tiefgarage vorgesehen. Entsprechend den bereits veröffentlichten Vorstellungen bildet die geplante dreiseitige Bebauung einen U-förmigen Baukörper mit einer Öffnung nach Westen zur Abendsonne. Zur Wahrung der Privatsphäre der Bewohner soll das Erdgeschoß als Hochparterre ausgebildet werden. Insgesamt sind etwa 130 Wohnungen vorgesehen, gemischt für Alleinstehende und Familien.

Seitens der Stadtverwaltung werden diese Entwicklungsabsichten begrüßt. »Die zusätzlichen Wohnungen werden den Wohnstandort Brandenburgisches Viertel stabilisieren und zur Aufwertung und Attraktivierung des Viertels beitragen. Neben den Aktivitäten der anderen ansässigen Wohnungsbauunternehmen und der Stadt selber im Viertel ergänzen diese Entwicklungsabsichten nach Auffassung der Verwaltung, das Bestreben, das Brandenburgische Viertel als guten Wohnort zu qualifizieren«.

Maßnahmen zur Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen werden im weiteren Planverfahren geprüft und festgelegt. Erläuterungen dazu werden dann erst im Begründungsteil zum Bebauungsplanentwurf erfolgen. Sie können dann als Festsetzungen im Bebauungsplan selbst oder im zugehörigen städtebaulichen Vertrag gesichert werden, heißt es. Hierzu gehören beispielsweise Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, zur Bauweise, zur Gebäudeausrichtung, zur Vegetation und zur Begrünung von Dachflächen, zur Nutzung erneuerbarer Energien, zum Regenwasserrückhalt oder zu klimafreundlicher Mobilität.

ANNA FRÖHLICH



Foto: THOMAS GÄDCKE

Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur:

## Probleme brauchen Lösungen

Die Beschlußvorlage zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße beruht auf dem Vorschlag der BI »Radwege in Eberswalde«. Das Problem ist seit vielen Jahren ungelöst. Unser Anliegen ist, endlich eine Problemlösung zu schaffen.

Immerhin kam eine Diskussion in Gang. Bürgermeister Götz Herrmann hatte sich bereits vor seiner Wahl mit dem Thema auseinandergesetzt (»Barnimer Bürgerpost« 10/2022). Im November folgten Anmerkungen des unterlegenen Bürgermeisterkandidaten Christian Mehnert und in dieser Ausgabe die Stellungnahmen von Steffi Schneemilch und Martin Hoeck.

Unsere Fraktion möchte all diese Anregungen, einschließlich der bisherigen Diskussionen in den Ausschüssen aufgreifen. Gerne nehmen wir lösungsorientierte Hinweise und Kritiken aus anderen Fraktionen auf, um in der Heegermühler Straße eine für ALLE Verkehrsteilnehmer

– also für Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und für den öffentlichen Busverkehr – sichere, akzeptable und zugleich vorteilhafte Lösung zu finden.

Im November hatten wir Guido Niehaus und Marko Reinhardt von der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG zu Gast. Unsere Fragen wurden sehr ausführlich beantwortet.

Auf die Fernwärmepreise hat die Genossenschaft wenig Einfluß, auch wenn bspw. im Brandenburgischen Viertel nur Biomethangas genutzt wird, das nicht vom Erdgaspreis abhängig ist. Andere Lösungen sind nur in größerem Rahmen möglich, also in Kooperation mit der Stadt und anderen Wohnungsunternehmen. In Suhl bspw. haben die Stadtwerke schon vor Jahren auf 100% erneuerbare Energien aus eigener Produktion umgestellt, so daß dort die aktuelle Preisexplosion der Energie keinen Einfluß hat.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender

## Wohnprojekt »Ossilie24«

Was können wir für bezahlbare Mieten in Eberswalde tun? Wie können wir mehr Gemeinschaft erzeugen? Was für Modelle haben sich bewährt und wie kann man selber beginnen? Hast du dich das auch schon gefragt oder hast du Antworten parat? Ob ja oder nein, darüber konnten sich Interessierte am 19. November in der »Ossilie24« informieren.

Die »Ossilie24« ist ein selbstverwaltetes Wohnprojekt, daß nach dem Syndikatshaus-Modell in Eberswalde in der Carl-von-Ossietzky-Straße 24 gegründet wurde. Das Treffen begann mit einem Kaffee und einem Crashkurs der Wohngruppe über das Mietshäusersyndikat. Danach konnten die Gäste bei Arbeiten in den künftigen Gemeinschaftsräumen und im Außenbereich helfen, sich zugleich informieren und inspirieren lassen. Zur Mittagspause gab es Suppe und eine kurze Vorstellung der Mietentwicklung (Mieten-Watch) und Informationen zum Stand der Gespräche mit der WHG von Recht auf Stadt Eberswalde.

JUDITH und PAUL, Recht auf Stadt

## Schulsozialarbeit an allen Kreisschulen

**Eberswalde (b90).** In der Barnimer Kreistags-sitzung am 7. Dezember stand die Haushalts-satzung des Landkreises für die Jahre 2023 und 2024 auf der Tagesordnung. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzte sich mit Nachdruck dafür ein, daß finanzielle Mittel für die Sozialarbeit an den kreislichen Schulen eingeplant werden. Ein entsprechender Beschlußantrag wurde von der Fraktion BVB/Freie Wähler als Miteinreicher unterstützt.

KATJA HOYER, für Grüne/B90 Mitglied im Bildungsausschuß des Kreistages, erklärt dazu: »Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Unterstützungssystem für Schülerinnen und Schüler. In schwierigen Lebenslagen, bei Problemen in der Schule oder der Familie können Sozialarbeiter helfen. Insgesamt tragen sie zu einer Verbesserung des Schulklimas bei. Viele Schulen im Landkreis verfü-

gen bereits über Schulsozialarbeiter. Für den Landkreis wird es daher endlich Zeit, auch an seinen Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen, wo bisher noch nicht geschehen, Schulsozialarbeit einzurichten. Die Schulsozialarbeit ist eine Jugendhilfeleistung und damit eine Aufgabe des Landkreises, der er adäquat nachkommen muß. Die Not der Kinder und Jugendlichen ist nachweislich hoch«.

In der Trägerschaft des Landkreises Barnim gibt es momentan 5 Gymnasien und mehrere Oberschulen mit Grundschulteil, Tendenz steigend. Die meisten weiterführenden Schulen verfügen aktuell über keine Schulsozialarbeit.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, HEIKE WÄHNER, ergänzt dazu: »Mit Etablierung der Schulsozialarbeit gehen wir die Herausforderungen an den Schulen ernsthaft an. Bei Mobbing, Lern-

streß, Leistungsdruck, körperlicher, psychischer oder sexualisierter Gewalt dürfen Mädchen und Jungen nicht alleine gelassen werden. Hier muß es eine Ansprechperson an den Schulen geben.«

Der Verband der Gymnasialschulleiter Brandenburg fordert schon seit einiger Zeit die Etablierung von Schulsozialarbeit an allen Gymnasien im Land Brandenburg. Auch der Landeselternrat fordert seit mehreren Jahren Schulsozialarbeiter.

Im Nachbarlandkreis Oberhavel zum Beispiel ist die Ausstattung der Schulen mit einer Stelle für die Schulsozialarbeit seit längerer Zeit etabliert und verstetigt. Das Land Brandenburg fördert die Schulsozialarbeit mit finanziellen Zuwendungen. Den größten Teil der Finanzierung muß aber der Schulträger selbst übernehmen.

## Erfolgreiche Bildungs- und Sozialoffensive

Alle von der Fraktion BVB/Freie Wähler eingebrachten Anträge im Bildungs- und Sozialbereich fanden am 7. Dezember im Kreistag Barnim eine Mehrheit.

So konnte nach einer langwierigen Hängepartie und mehreren Ausschußüberweisungen endlich die Förderung für die NEUE MUSIKSCHULE beschlossen werden. Diese ist – wie auch die kreisliche Musikschule – staatlich anerkannt und auf gesetzlicher Grundlage zertifiziert. Sie trägt dazu bei, den hohen Bedarf an Musikschulunterricht im Landkreis zu decken. Trotzdem erhielt sie bisher keine kreisliche Förderung. Auch auf der jüngsten Sitzung sprach sich die SPD gegen den Antrag aus. Eine deutliche Mehrheit des Kreistages votierte jedoch dafür, sodaß nunmehr die Neue Musikschule eine jährliche Förderung von 68.000 Euro erhalten kann. »Ich freue mich, daß unsere Bemühungen erfolgreich waren. Eine Förderung der Musikschule sichert die Zukunft musikalischer Bildung unserer Kinder und Jugendlichen im Landkreis«, erklärte Antragstellerin CHRISTIANE HERRMANN.

Auch der gemeinsam mit den Grünen eingebrachte Antrag auf Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen an allen weiterführenden Schu-

len fand eine Mehrheit. Wie bekannt, stellt Soziale Arbeit an Schulen ein stabiles Unterstützungssystem der Jugendhilfe dar. Grundlage dafür ist eine kontinuierliche Beziehungsarbeit, die durch Vertrauen und Verlässlichkeit geprägt ist. Sie koordiniert die Vermittlung zu den verschiedenen Fachdiensten. Dem Antrag ging eine kontroverse Debatte voraus und vor allem die Kreisverwaltung hatte versucht, eine Mehrheit zu verhindern. Die nun einzustellenden Kosten sind zwar nicht unerheblich, aber gut angelegtes Geld.

Dasselbe gilt für die weitere Sicherung der Schulgesundheitsfachkräfte im Landkreis. Wie erinnerlich, hatte das Land deren Finanzierung gestrichen. BVB/Freie Wähler warb daher nach der Beschlußfassung im letzten Haushalt nunmehr erneut erfolgreich für die Fortführung der Stellen mittels Finanzierung durch den Landkreis. Die Erfolgsquote dieser Fachkräfte ist mit über zwei Dritteln sehr beeindruckend. Ihr Fortbestand stellt somit einen großen Gewinn für die betreffenden Schüler dar.

»Daß wir sowohl die Schulgesundheitsfachkräfte sichern als auch die Schulsozialarbeiter durchsetzen konnten, ist ein großer sozialpädagogischer

Fortschritt für den Landkreis. Das beflügelt uns, weiterzumachen – für jede Schule«, so Kreistags-abgeordneter SVEN WELLER.

Auch die Forderung nach kostenlosen Menstruationsartikeln an kreislichen Schulen wurde beschlossen. Dies ist eine Frage der sozialen und Geschlechtergerechtigkeit. Keine Schülerin soll wegen finanziellen Schwierigkeiten oder im Falle des Vergessens in eine unangenehme Situation gebracht werden. Durch mehrheitliche Zustimmung zum Antrag wird der Landkreis ab dem kommenden Schuljahr ein Pilotprojekt starten. »Periodenarmut darf kein Tabuthema sein und wir tun gut daran, daß der Landkreis Barnim auf Antrag von BVB/Freie Wähler hier eine Vorreiterrolle einnimmt«, resümierte Evelyn Freitag.

Wir werden auf allen politischen Ebenen den Einsatz für diese bildungs- und gesundheitspolitisch wichtigen Bereiche fortführen. Daß alle dahingehenden Anträge beschlossen worden sind, gibt Rückenwind für ähnliche Forderungen auf Landesebene.

*BVB/Freie Wähler Barnim  
(Thomas Strese, Christiane Herrmann,  
Sven Weller, Evelyn Freitag, Péter Vida,  
Martina Hähnel, Jürgen Hintze)*

## Ein Sozialratgeber für die Stadt Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew).** Habe ich Anspruch auf eine Berufsausbildungsbeihilfe? Ab wann gilt die Meldepflicht? Wo bekomme ich einen Wohnberechtigungsschein? Es ist nicht immer einfach, im »Bürokratietschungel« die Übersicht zu behalten.

Die Stadt Eberswalde möchte es ihren Bürgerinnen und Bürgern so einfach wie möglich machen. Fragen, wie die beispielhaft erwähnten, sollen künftig in einem »Sozialratgeber« konzentriert und beantwortet werden. Diese

Publikation soll als Nachschlagewerk dienen, welches die Suche nach passenden Einrichtungen und Behörden erleichtert.

Das erste Kapitel des Ratgebers »Leben, Wohnen und Arbeiten« ist nun auf der Internetseite der Stadt Eberswalde veröffentlicht worden. Nach und nach werden weitere Kapitel ergänzt und eingearbeitet. Geplant sind Veröffentlichungen zu den Bereichen »Betreuung, Bildung und Familie«, »Migration« sowie »Gesundheit, Behinderung und Krankheit«.

Dabei ist die Stadtverwaltung bemüht, den Ratgeber stets aktuell zu halten und dankbar über Hinweise oder Korrekturen seitens fachkundiger Personen.

Auch eine Veröffentlichung als Printversion ist nach Fertigstellung des »Eberswalder Sozialratgebers« angedacht.

Ansprechpartnerin im Rathaus ist Sarah Schmidt, Referentin für soziale Teilhabe und Integration (Telefon: 03334/64-501, eMail: sarah.schmidt@eberswalde.de).

## Grundschule Schwärzesee »macht stark«

**Eberswalde (bbp).** Der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn hatte in der Vergangenheit mehrfach kritisiert, daß die Grundschule Schwärzesee nicht am Programm »Schule macht stark« teilnimmt, obwohl die Voraussetzungen und Erfordernisse hier mehr als möglicherweise anderswo gegeben sind. Die Fördermittelbeantragter und -geber scheinen den Stadtverordneten erhört zu haben. Nach Infos auf der Internetseite von »Schule macht stark« gehört die Grundschule Schwärzesee inzwischen zu den teilnehmenden Schulen.

Die Grundschule Schwärzesee, kann der dortigen Selbstbeschreibung entnommen werden, ist seit dem 1. August 2019 Schule für gemeinsames Lernen. »Derzeit lernen hier in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 443 Schülerinnen und Schüler aus 21 verschiedenen Ländern und arbeiten 26 Lehrkräfte, zwei pädagogische Fachkräfte, vier Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, eine Sekretärin und ein Hausmeister vor Ort. Unser gemeinsames Ziel ist die Wiederherstellung und

*Verbesserung der (Bildungs-)Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler gegenüber gleichaltrigen Kindern in anderen Stadtgebieten oder Städten. Viele Elemente aus unserem früheren zehnjährigen Projekt 'Boxenstopp' zur Gewaltprävention an Schulen sind fest installiert und tragen dazu bei ... Dazu gehören z.B. Klassenversammlungen und Hofaufsichten. Mit vielen Projekten gestalten wir unser Schulhaus und das Schulgelände, wie den Schulgarten, die Wandgestaltung mit einer regionalen Künstlerin, den Bolzplatz und die Klettergeräte auf dem Schulhof.*

*Wir wünschen uns in der Initiative 'Schule macht stark' den Austausch mit Wissenschaft und anderen Schulen mit ähnlichen Problemlagen und erhoffen uns ein Lernen von- und miteinander, um unseren Zielen kurz- und langfristig näher zu kommen. Wir wünschen uns, daß die besonders herausfordernde Arbeit an unserer Schule bildungspolitisch Anerkennung findet und Bedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte angepaßt bzw. verändert werden.«*

## Hort-Eröffnung nun im Januar 2023?

**Eberswalde (bbp).** Vor etwa einem Jahr gab es am 24. November 2021 den »ersten Spatenstich« für den Neubau des Hortes »Kinderinsel« in der Kyritzer Straße 17. Am Tag davor zeigte sich die Baudezernentin Anne Fellner auf Nachfrage des fraktionslosen Stadtverordneten Carsten Zinn noch optimistisch, daß der ursprüngliche Zeitrahmen mit Eröffnung zum Schuljahresanfang 2022/23 eingehalten werden könne. Die nur einen Tag später veröffentlichte offizielle Pressemitteilung der Stadtverwaltung zitierte die Baudezernentin mit der Hoffnung, daß der Bau »im November 2022 hoffentlich fertiggestellt sein« werde (vgl. »Kloppe« für die Baudezernentin«, BBP Winter/2021).

Bereits zum Richtfest am 7. Juli 2022 dämpfte Anne Fellner diese Hoffnung. Und inzwischen ist es amtlich, daß der Hortneubau in diesem Jahr nicht mehr bezogen werden kann. In der Sitzung des Sprecherrates am 17. November informierte das Quartiersmanagement über die Absicht, den Hortneubau nunmehr im Januar zu eröffnen. Für den Umzug des Hortes dürfte sich – sofern nicht erneut Verzögerungen eintreten – die Winterferienwoche von Ende Januar bis Anfang Februar anbieten.

Über den aktuellen Stand der Bauarbeiten konnten sich am 21. November die Bürgerinnen und Bürger vor der Einwohnerversammlung im Viertel direkt informieren.

## Einfache Sprache auch im Barnim

Ein Ziel der Barnimer Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler ist sprachliche Barrierefreiheit im Kreistag, um die politische Teilhabe für alle zu erleichtern. Unsere Initiative trifft auf breiten Zuspruch. Die Verwaltung will den Antrag nun sogar weiter fassen und sich nicht nur auf die Beschlußvorlagen beschränken, sondern auch Formulare und die Gestaltung der Webseite auf den Prüfstand stellen. Bis Februar 2023 will die Verwaltung untersuchen, welche Punkte im Bereich der sprachlichen Barrierefreiheit in der Verwaltung bereits umgesetzt werden, welche noch optimiert werden müssen und wie die Umsetzung in den verschiedenen Dezernaten aussehen kann. Bis September 2023 wird dann eine Richtlinie dazu erarbeitet.

Sowohl SASCHA HÖNOW, Behindertenbeauftragter des Kreises, als auch JANNY ARMBRUSTER, Behindertenbeauftragte des Landes, begrüßten das Anliegen von BVB/Freie Wähler.

Es fanden bereits Schulungen im Bereich der Leichten/Einfachen Sprache in der Verwaltung statt. Die Fraktion bedankt sich hiermit ausdrücklich für dieses Engagement, die Teilhabe an Informationen aus dem politischen Raum für alle zu erleichtern. Denn jeder profitiert von weniger »Beamtendeutsch«. Insbesondere Menschen mit einer geistigen Behinderung oder Lernschwierigkeiten, Menschen mit einer Leseschwäche, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen, Kinder, Senioren, Menschen mit einer Sehschwäche.

Wir setzen darauf, daß in Zukunft alle Fraktionen mitziehen und ihre Anträge auch zusätzlich in Leichter oder zumindest leicht verständlicher Sprache formulieren. Gerade Kommunalpolitik muß Politik zum Anfassen, Politik für jede und jeden sein.

EVERLYN FREITAG,  
SVEN WELLER und PÉTER VIDA

## Digitale Dorfportraits

Online von Ahrensfelde bis Wartenberg

Der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. veröffentlichte kürzlich sechs Portraits ausgewählter Orte der Regionalparkregion auf seiner Website. Texte, Bilder und Zitate von Menschen aus den Ortschaften stellen Interessierten, Besuchenden aber auch den Einwohnern der Region die teils versteckten Besonderheiten der Ortschaften vor und sollen zu Ausflügen in die Barnimer Feldmark anregen. Erarbeitet wurden die Dorfportraits als Beispiele im Rahmen einer nun abgeschlossenen Konzepterstellung, gefördert durch den Landkreis Barnim.



Der Ostkirchhof in Ahrensfelde.

»Mit dem angefertigten Konzept und den Portraits für die Orte Ahrensfelde, Eiche, Falkenberg, Lindenberg, Malchow und Wartenberg«, erläutert Torsten Jeran, Vorsitzender des Regionalparkvereins, »liegt uns nun ein zeitgemäßes Instrument zur Kommunikation in der Regionalparkentwicklung vor.«

Regionalparkentwicklung heißt auch angemessene wirtschaftliche Entwicklung. Teil der Portraits sind daher auch Auflistungen interessanter Ausflugsziele und Angebote in und bei den Dörfern. Vom Kletterfelsen bis zum Reiterhof gibt es einiges zu erleben und dazu wird mit Hilfe der Portraits eingeladen.

Im kommenden Jahr werden weitere zwanzig Dorfportraits folgen. Zu deren Erarbeitung sind bereits Mittel aus der LEADER-Förderung für den ländlichen Raum beantragt und bewilligt worden. Neben der Veröffentlichung auf den digitalen Kanälen, zum Beispiel unter [www.feldmarker.de](http://www.feldmarker.de) oder über Social Media, seien zudem auch Printprodukte, wie Postkarten oder Faltposter, in Planung.

DAVID SUMSER 7

# Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Anliegen

STEFFI SCHNEEMILCH und MARTIN HOECK zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße in Eberswalde

Im Oktober hatte die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, zu deren Wahlträgern u.a. die Bürgerinitiative (BI) »Radwege in Eberswalde« gehört, die Inhalte des noch immer beim Verwaltungsgericht in Frankfurt/Oder auf Zulassung wartende Bürgerbegehren zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße aufgegriffen und in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion gestellt. Die Fraktion sammelt und sichtet derzeit die eingehenden Hinweise und Vorschläge, um im nächsten Jahr die Diskussion erneut aufzunehmen.

Nachdem im Oktober die Antworten des im Frühjahr gewählten Bürgermeisters Götz Herrmann auf die damals von der BI gestellten Fragen in der »Barnimer Bürgerpost« ihren Platz fanden, folgten im November die Aussagen des in der Stichwahl unterlegenen Christian Mehnert. In dieser Ausgabe folgen die übrigen Antworten, die der BI vorliegen. Die anderen vier Bewerber um das Bürgermeisteramt hatten nicht geantwortet.

## Steffi Schneemilch (Wahlbündnis die eine | Die Linke & Bündnis 90/Die Grünen):

Grundsätzlich habe ich in meinem Programm auf meiner Webseite vieles aufgeschrieben, wie ich mir die Entwicklungen der Stadt für die nächsten acht Jahre vorstelle. Dazu zählt auch die Mobilitätsfrage. Ich habe mit meinen Unterstützern und Unterstützerinnen sehr viel Zeit und Kopf in die Erarbeitung dessen gesteckt.

Zu Ihrer Anfrage: Ich bin eine große Freundin von baulich getrennten Radwegen, da wo es die Möglichkeiten vorsehen. In unserem Programm bekennen wir uns für eine gleichberechtigte Nutzung der Wege aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Erst 2020 wurde unter breiter Beteiligung das Mobilitätskonzept für Eberswalde erstellt. Auch die Planungen zur B167n liegen schon einige Jahre zurück. Mich interessiert sehr, ob sie den aktuellen Anforderungen und Ansprüchen der Stadt genügen. Dies kann ich aktuell nicht beurteilen und wünsche mir dazu, wenn ich im Amt der Bürgermeisterin sein sollte, einen aktualisierten Austausch.

Für mich gilt: auch Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die keine »Knautschzone« haben, müssen sich sicher durch Eberswalde bewegen können. Sicher wird Sie diese Antwort mit einigen Fragen zurück lassen, wofür ich schon jetzt um Verständnis bitte.

Es sei aber noch gesagt, daß ich Ihre Beteiligung über die BI sehr schätze. Das ist zivilge-

sellschaftliches Engagement, was für eine lebendige Stadtgesellschaft spricht. Ich freue mich darüber, wünsche mir, daß Sie sich weiterhin so einsetzen und mit Ideen einbringen. Ich weiß nur zu gut, wieviel Kraft das kostet. Bleiben Sie tapfer!

## Martin Hoeck (FDP):

Vielen Dank für Ihre Fragen, die ich sehr gerne beantworten möchte.

1. Sind Sie der Meinung, daß die gegenwärtige Verkehrsführung in der Heegermühler Straße zwischen Schöpfurter und Boldtstraße mit einer Fahrspur für den Kraftverkehr je Richtung die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht und einen Beitrag zur Verringerung des Schadstoffausstoßes bei Kraftfahrzeugen leistet?

Als Bürgermeister ist mir wichtig, alle Verkehrsteilnehmer im Blick zu haben. Denn für mich haben alle Verkehrsarten ihre Berechtigung, sowohl der motorisierte Individualverkehr, wie auch der ÖPNV oder das Fahrrad. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste unserer Stadt sollen selbst entscheiden können, welche Verkehrsart sie nutzen möchten.

Die Heegermühler Straße ist Teil DER zentralen Hauptstraßenführung in Eberswalde. Es ist ein wichtiges Anliegen für die Stadt, hier den Verkehrsfluß zu gewährleisten, Stausituationen zu vermeiden und dabei dennoch auch den Fahrradverkehr und den ÖPNV gebührend zu berücksichtigen. Speziell für den Abschnitt zwischen Schöpfurter Straße und Boldtstraße möchte ich gerne einen Kompromiß finden, der

für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zur Akzeptanz beiträgt. Mein Vorschlag: Eine zweispurige Fahrbahn, wobei die jeweils rechte Spur ein »Bussonderfahrstreifen« (Verkehrsschild 245) wird. Hier ist es möglich, weitere Verkehrsteilnehmer für die Spur freizugeben. Dabei denke ich in erster Linie an Fahrradfahrer und Taxis. Diskutieren könnten wir dann sogar noch über die Freigabe für Reisebusse und Elektroautos.

2. Wie wollen Sie das Anliegen des Bürgerbegehrens umsetzen?

Die Stadtverordnetenversammlung hat dem Bürgerbegehren stattgegeben, die Kommunaufsicht des Landkreises Barnim hingegen hat das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Hintergrund ist, daß für den genannten Straßenabschnitt zwischen Schöpfurter Straße und Boldtstraße die Stadt Eberswalde nicht zuständig ist, sondern der Bund und in dessen Auftrag das Land Brandenburg und damit der Landesbetrieb für Straßenwesen. Selbstverständlich werde ich im Falle meiner Wahl zum Bürgermeister hier direkt das Gespräch suchen, um das Anliegen noch einmal vorzubringen.

Außerdem kann ich mir sehr gut vorstellen, von dem Beteiligungsformat der Einwohnerbefragung gemäß unserer Hauptsatzung Gebrauch zu machen, wenn die Stadtverordnetenversammlung dies ebenfalls möchte, um so ein Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedenen Varianten zu erhalten.

## Linke Bundestagsabgeordnete im Barnim:

# Besuch beim Bernauer Bürgermeister

**Bernau (tt).** »Am 15.11. war ich unterwegs mit Bürgermeister André Stahl (Die Linke) in Bernau im Barnim«, schrieb die Bundestagsabgeordnete ANKE DOMSCHEIT-BERG auf Facebook. »Erst im Juni war er mit überwältigender Mehrheit als Bürgermeister wiedergewählt worden. Er zeigte mir spannende Orte seiner schönen Stadt und erzählte, wie sie erfolgreich den Herausforderungen des anhaltend starken Bevölkerungswachstums begegnet.«

Seit kurzem verfügt die Bundestagsabgeordnete über ein eigenes Wahlkreisbüro in Bernau. Deren Mitarbeiter zeigten sich am 26. November gemeinsam mit Bernauer Mitgliedern der Linkspartei mit einem Infostand auf dem Bernauer Marktplatz. Es habe sich mal wieder gezeigt, »daß die von der LINKEN angebotene

Sozialberatung dringend benötigt wird. Ob Wohngeld oder Kinderzuschlag, viele Menschen wissen nicht, daß ihnen Leistung zusteht oder einige haben Bedenken, diese zu beantragen. Macht es, es ist euer gutes Recht!«

Gesprächsthemen waren neben dem Ukrainekrieg auch immer wieder die enorm gestiegenen Heiz- und Stromkosten. »Nicht müde wurden wir, immer wieder zu erklären, daß die zehn reichsten Menschen Deutschland ihr Vermögen in den letzten zwei Jahren fast verdoppelt haben«, heißt es weiter seitens der Linken. So wuchs zum Beispiel das Vermögen von Dieter Schwarz, Eigentümer der Schwarz-Gruppe (Kaufland/Lidl) zwischen 2020 und 2022 um mehr als 25 Milliarden US-Dollar auf aktuell 47,1 Milliarden US-Dollar.



Foto: Büro Domscheit-Berg



## Die Hilfen des Landrates

**Eberswalde (jg).** Landrat Daniel Kurth präsentierte zur 16. Sitzung des Kreistages Barnim am 7. Dezember pünktlich zum Weihnachtsfest seinen regelmäßigen Sozialbericht. Dort gibt es unter anderem Informationen zur finanziellen Versorgung von Arbeitslosen und diversen Empfängern von Grundsicherung und Hilfen zum Leben.

Der Landrat hebt hervor, daß die Arbeitsmarktlage derzeit stabil ist, aber weit weniger offene Stellen angeboten werden als in den Vorjahren (minus 400). In der Dekadenentwicklung ist eine erfreuliche Tendenz sichtbar: Im Bereich Eberswalde sank die Arbeitslosenquote in den letzten zehn Jahren von 9,6 auf 5,1 Prozent, im Bereich Barnau sogar von 7,0 auf 3,6 Prozent. Je weiter man allerdings von Berlin weggeht, desto höher sind die Arbeitslosenzahlen, zum Beispiel in der Uckermark momentan bei 9,6 Prozent.

Insgesamt sind im Kreis Barnim mit Stand November 5.036 Menschen als arbeitslos gemeldet. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) III bekommen zur Zeit im Barnim 1658 Personen. Hierbei handelt es sich um Arbeitslosengeld I, Kurzarbeitergeld oder Insolvenzgeld. Arbeitslosengeld II (umgangssprachlich »Hartz IV«) nach dem SGB II erhalten 3378 Menschen, also gut zwei Drittel der Menschen ohne bezahlte Arbeit. Weitere Hartz-IVer, die nicht erwerbsfähig sind, werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt.

Während die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückerücking, blieb die Zahl der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit 2.243 im Oktober 2022 nahezu unverändert.

Im Landkreis Barnim gibt es aktuell 2440 Personen, die sich um Asyl bewerben oder als »geduldet« registriert sind. Hinzu kommen 778 anerkannte Flüchtlinge, die in Wohnheimen oder vom Landkreis angemieteten Wohnungen leben. Jene, die über eigene Mietverträge verfügen, sind nicht erfaßt.

Von den erfaßten 3218 Asylbewerbern und Flüchtlingen kommen 1268 aus der Ukraine.

Von den 2440 Asylbewerbern mit oder ohne Duldung leben derzeit 1416 in Wohnungen des Kreises oder in eigenen Mietwohnungen (1159). Mehr als die Hälfte wohnt noch in Wohnheimen oder Wohnverbänden. So z.B. 169 Menschen in der Potsdamer Allee und 80 in der Straße Zum Schwärzensee in Eberswalde. In diesen beiden Wohnverbänden wohnen außerdem noch 123 anerkannte Flüchtlinge. Von den 1268 Ukraine-Flüchtlingen leben 66,7 Prozent in Wohnungen.

Der Sozialbericht des Landrates informiert auch über die Fallzahlen im Bereich »Hilfen zur Erziehung«, hier zum Stand 31. Oktober. Heimkinder haben wir momentan 262 und 437 Familien erhalten sozialpädagogische Hilfen.

Die Zahl der Barnimer Obdachlosen, insgesamt 76, ist in Eberswalde am größten. Hier sind 59 Personen betroffen, davon 12 Familien mit 39 Personen. In Barnau sind 12 Obdachlose registriert, während es in den ländlichen Gemeinden kaum obdachlose Menschen gibt.

Im Landkreis Barnim gibt es 20.902 laufende Wohngeldfälle mit einer durchschnittlichen Bewilligung von knapp 186 EUR von Januar bis September 2022. Fast die Hälfte der Wohngeldbezieher leben in Eberswalde. Grundsicherung im Alter erhalten 611 Personen und Erwerbsgeminderte in Grundsicherung gibt es 1190 Menschen (Stand 9/2022). Weiterhin vergibt der Landrat noch Hilfen zum Lebensunterhalt, Pflegegelder, Blindengeld, Gehörlosengeld und Gelder für Integrationskitas und Werkstätten für behinderte Menschen. Somit umfaßt das Arbeitsgebiet des Landrates von Barnim einen sehr weitgesteckten Bereich und ohne seine fleißigen Mitarbeiter könnte er das alles gar nicht schaffen. Vielen Dank dafür!

Elternbeiträge in der Kindertagespflege:

## Stärkere Entlastung für Familien

Die Fraktion Grüne/B90 im Kreistag Barnim unterstützt den Vorschlag, Familien mit mehreren Kindern bei den Elternbeiträgen für die Kindertagespflege stärker zu entlasten. Gemeinsam mit den Fraktionen DIE LINKE/Bauern, SPD, CDU und BVB/Freie Wähler bringt sie daher im kommenden Kreistag einen Änderungsantrag zur Kostenbeitragsordnung ein. Dieser sieht vor, die Abstufung der Beiträge beim zweiten, dritten und weiteren Kindern von jeweils 10 auf jeweils 20 % zu erhöhen.

Das bedeutet z.B. für eine Familie mit 3 unterhaltspflichtigen Kindern, daß für das 3. Kind nur noch 60 statt 80 % des Regelbeitrags für die Betreuung zu entrichten sind. Bei einem Familieneinkommen bis 50.000 Euro und einer

Betreuungszeit von 40 Stunden pro Woche spart die Familie so 14 Euro im Monat. Noch deutlich höher fällt die Ersparnis bei Familien mit 4 oder 5 Kindern aus.

Hohe Heizkosten und Lebensmittelpreise führen zu einer zunehmenden Belastung bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Familien mit mehreren Kindern haben es dabei oft besonders schwer. Wir stehen für Familienfreundlichkeit und freuen uns deshalb, wenn es gelingt, mit diesem Antrag einen kleinen Beitrag zur Entlastung kinderreicher Familien zu leisten, der über die Erhöhung des Kindergelds um 18 Euro und die Verbesserung des Kinderzuschlags hinausgeht.

HEIKE WÄHNER

## Mehr Geld für Dachdecker

*Inflation frißt die Lohnsteigerungen auf*

**Eberswalde (bbp).** Wie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilt, gibt es ab November 2022 im Dachdeckerberuf höhere Löhne. Im Landkreis Barnim profitieren 160 Beschäftigte in 28 Dachdeckerbetrieben von dem Tarifabschluß.



Der Stundenlohn für Gesellen ist auf 20,50 Euro gestiegen – ein Plus von 5 Prozent. Die IG BAU ruft die Beschäftigten jetzt dazu auf, ihren nächsten Lohnzettel zu prüfen. »Für Gesellen geht es immerhin um rund 170 Euro mehr im Monat. Wer leer ausgeht, sollte sich an die Gewerkschaft wenden«, sagt Astrid Gehrke, Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland, die ihr Büro in der Grabowstraße in Eberswalde hat.

Auch für eine Inflationsprämie habe sich die IG BAU am Verhandlungstisch stark gemacht: »Es gibt 950 Euro, um zu helfen, die rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten aufzufangen. Das Geld kommt in zwei gleichen Raten im Frühjahr 2023 und 2024. Es ist steuerfrei. Auch Sozialabgaben entfallen«, sagt Astrid Gehrke. Ein weiteres Lohn-Plus von 3 Prozent wird es nach Angaben der IG BAU bereits im nächsten Oktober geben. »Außerdem tut sich für viele jetzt auch beim Urlaub etwas. Es gibt bis zu zwei Tage mehr«, so Gehrke. Erhöhungen gibt es auch bei der Ausbildungsvergütung, die für jedes Ausbildungsjahr in zwei Schritten angehoben werde. So erhalten Auszubildende nach Angaben der IG BAU Oderland im 3. Lehrjahr künftig 1.260 Euro. Ab Oktober nächsten Jahres sind es dann 1.320 Euro. Dennoch bleibt angesichts der aktuellen Inflation auch für die Beschäftigten im Dachdeckerberuf am Ende ein Reallohn-Verlust übrig.

## Sozialismus

»Was ich unter Sozialismus verstehe, ist ein Gesellschaftszustand, in dem es weder Reiche noch Arme, weder Herren noch Knechte, weder Faule noch Überarbeitete, weder geisteskranken Hirnarbeiter noch gemütskranke Handarbeiter geben darf. Mit einem Wort, wo alle Menschen in gleicher Lage leben und ihre Angelegenheiten pfleglich führen würden, mit dem vollen Bewußtsein, daß der Schaden eines Schaden aller wäre – kurz, die Verwirklichung der Bedeutung des Wortes Gemeinwesen.«

WILLIAM MORRIS

(brit. Künstler und Sozialist, 1834-1896)

## Suppe selbst eingebrockt...

Wie die lokale Tageszeitung neulich berichtete, ist es sehr schwierig, im Barnim eine passende Wohnung zu finden. Auch in Eberswalde. Die WHG bietet im Prinzip nur einen Standort an, nämlich die Drehnitzstraße 13, wo ein ganzes Haus saniert und am 15.11. ein Tag der Offenen Tür veranstaltet wurde – sanierter Altbau und die Preise entsprechend hoch. Das andere Angebot in der Ossietzkystraße kann ja keiner bezahlen, 1.500 bis 2.100 Euro für Zweiraumwohnungen, wahrscheinlich eine Villa.

Und der andere große Vermieter? Die 1893 eG bot Anfang November nur eine Wohnung an, eine Parterrewohnung in der Cottbuser Straße, sanierter Plattenbau, 69 m<sup>2</sup>, zwei Zimmer, mit WBS für 595 Euro. Auch nicht gerade ein Schnäppchen. Zwar nur 6 Euro kalt, aber die Nebenkosten sind so horrend geworden, daß es kaum bezahlbar ist für sozial Schwache. Andere Angebote findet man nicht.

Durch die diesjährige Sanierung von gleichzeitig sechs bewohnten Blöcken, also einer ganzen Straße, deren Bewohner demzufolge irgendwo untergebracht werden müssen, gibt es momentan kaum freie Wohnungen in der Waldstadt. Die Lage wurde selbst verschärft, indem im Kooperationsvertrag zur Sanierung (BRAND VIER) die Bedingung erhoben wurde, drei unsanierte Plattenbaublöcke abzureißen (»zurückzubauen«), in denen nur noch wenige Bewohner wohnten. Und zwar zu sehr günstigen Mieten. Aber nein – »günstige Mieten« sind ein Schimpfwort in der Immobilienwirtschaft! Die Sache muß sich rentieren! Hauptsache, die Preise steigen, egal wie.

Ob die Leute dann was finden, was ihren Erfordernissen entspricht (ihrem Geldbeutel), ist zweitrangig. Und so können wir wohl bei dem neu sanierten Carree Oderbruch, dessen Häuser eher zum Typ »Zuchthaus« gestaltet werden, für neue Mieter von Quadratmeterpreisen von 9 Euro kalt ausgehen und dazu astronomische Heizkostenvorauszahlungen. Dies aber ist eher die Schuld von anderen, deren Suppe wir alle auslöffeln müssen.

JÜRGEN GRAMZOW

### Zeitschrift Streifzüge 86:

#### Schwerpunkt: SORGEN

Lorenz Glatz: Sorge und Interaktion  
 Brigitte Kratzwald: Care-Tätigkeiten  
 Stefan Meretz: Sorge  
 Alexander Maly: Blick aufs Unwesentliche  
 Christine Frey: Eine Putzfrau, die schreibt  
 F. Schandl: Ein sich verschließendes Labyrinth  
 Reimer Gronemeyer: Die Sorge um mich ...  
 Emmerich Nyikos: Panem et circenses oder: Reise zum Ursprung  
 Hermann Engster: Care und Kehrlicht  
 Barbara Eder: Jenseits des Maschinenparks  
 Andreas Urban: Im Katastrophenmodus  
 Maria Wöllingseder: Selbstbestimmung statt Expertenheerrschaft (zu Ivan Illich)  
 P. Ziegler: »Nichts Schöneres unter der Sonne ...«  
 Alle Artikel im Volltext auf [www.streifzuege.org](http://www.streifzuege.org)

## Baugenehmigung für Holzmodulwerk »timpla by Renggli« »Ein Glücksfall für die Waldstadt«



FOTO: FLORIAN HELMANN (STADTVERWALTUNG EBERSWALDE)

Erste Beigeordnete und Baudezernentin Anne Fellner, Mitarbeiterin des Bauordnungsamtes Ruthild Behrendt, timpla-Geschäftsführer Roland Kühnel, Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König, Verwaltungsdezernent Maik Berendt (v.l.n.r.).

**Eberswalde (bbp).** Im Technologie- und Gewerkepark Eberswalde (TGE) will die Renggli Deutschland GmbH das größte Holzmodulwerk in der BRD errichten. Der Bauantrag für das Werk mit der etwas ungewohnten Bezeichnung »timpla by Renggli« war Ende Juni 2022 im Bauordnungsamt der Stadt eingegangen.

Wie die Erste Beigeordnete und Baudezernentin Anne Fellner am 13. Dezember in der Stadtverordnetenversammlung erläuterte, hatten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes sehr engagiert, den Bauantrag mit höchster Dringlichkeit zu bearbeiten. Da gab es nicht nur drängelnde Anrufe bei beteiligten Behörden, sondern da fuhr der Bauamtsleiter Udo Götze auch schon mal ganz persönlich hin. Es sei eine ungewöhnliche Erfolgsgeschichte, so Anne Fellner, »daß die Baugenehmigung so schnell erteilt werden konnte«. Sie dankte ihren Kollegen im Bauordnungsamt ausdrücklich für die »sehr engagierte und professionelle« Durchführung des Verfahrens.

Nur knapp fünf Monate nach Antragsstellung wurde die ordnungsgemäße Baugenehmigung erteilt und schließlich am 8. Dezember in

Anwesenheit des Dezernenten-Trios Anne Fellner, Maik Behrendt und Prof. Dr. Jan König durch Ruthild Behrendt vom Bauordnungsamt im Eberswalder Rathaus an timpla-Geschäftsführer Roland Kühnel übergeben.

Das schnelle Tempo möchte man beibehalten und mit großen Schritten vorwärts ziehen, heißt es in der entsprechenden Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Bereits ab dem ersten Quartal 2024 sollen komplett ausgestattete Raumteile geliefert werden, die am Bestimmungsort nur noch zusammengesetzt werden müssen. Das derzeit noch in Berlin seßhafte Unternehmen möchte 2024 seinen Sitz nach Eberswalde verlegen und plant zudem, am neuen Standort selbst Fachkräfte auszubilden.

Für die Stadt Eberswalde handelt es sich um einen sprichwörtlichen wirtschaftlichen »Sechser im Lotto«, heißt es in der Stadtverwaltungsmitteilung weiter. Am neuen Renggli-Standort würden etwa 100 neue Arbeitsplätze sowie eine Produktionsstätte nachhaltiger Fertigbauteile für klimafreundliche Gebäude »Made in Eberswalde« entstehen. Dies sei »ein bedeutender Glücksfall für die Waldstadt«.

## Inflationsausgleich für Wohlfahrtspfleger

Pünktlich vor dem 70. Geburtstag des Betriebsverfassungsgesetzes einigten sich der Arbeitgeberverband »Wohlfahrt in Brandenburg« und die Gewerkschaft ver.di über einen neuen Tarifvertrag. Über 3.100 Beschäftigte in der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft in Brandenburg profitieren mit bis zu 12,5 Prozent mehr Entgelt und einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden.

Der Arbeitgeberverband »Wohlfahrt in Brandenburg« gründete sich im Juli 2022. Mit dieser Einigung ist ein großer Schritt für eine attraktive und wettbewerbsfähige Vergütung der Beschäftigten der Mitglieder des Arbeitgeberver-

bandes getan worden. Folgende Vereine und Unternehmen sind von der Tarifeinigung erfaßt: AWO Regionalverband Brandenburg Süd e.V., AWO Wildau GmbH, Dahmeland Soziale Dienste GmbH, AWO Integrations- und Service gGmbH »AWO Tours«, AWO Kreisverband Eberswalde e. V., AWO Stadtverband Eberswalde e.V., AWO Stadtverband Eberswalde Haus- und Grundstücksverwaltung GmbH, Pflege- und Service-Center AG Finow, AWO Kreisverband Fürstenwalde e.V., AWO Kreisverband Bernau e. V., AWO Soziale Dienste »Am Weinberg« gGmbH, AWO Ortsverein Strausberg e.V. C.Z.

## Öl- und Treibstoffversorgung im Nordosten bleibt unsicher

Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministerium bleibt Antworten schuldig

**Die EU hat als Reaktion auf den Krieg Rußlands gegen die Ukraine einen Preisdeckel für russisches Öl initiiert. Rußland hat angekündigt, diesen nicht zu akzeptieren. Folglich läuft die Situation auf ein Ölembargo gegen russisches Öl hinaus, das die Bundesregierung auf freiwilliger Basis bereits zum 1.1.2023 beschlossen hat. Und der Staatssekretär der Bundesregierung kann wichtige Fragen zur Zukunft von PCK nicht beantworten.**

Die PCK-Raffinerie in Schwedt stellt aktuell die Treibstoffversorgung im Nordosten Deutschlands und im Nordwesten Polens sicher. Doch noch immer ist sie zu 100 % auf russisches Öl angewiesen. Seitdem die Pläne zum freiwilligen Embargo im Frühjahr bekannt wurden, wird an einer alternativen Versorgung gearbeitet. Angeblich soll die Raffinerie zu 45 – 60 % mit Rohöl über den Hafen Rostock versorgt werden. Diese solle aus der Ölreserve der Bundesrepublik Deutschland von Wilhelmshaven nach Rostock via Nord-Ostsee-Kanal erfolgen.

Doch nach einer Schiffskollision wurde der Nord-Ostsee-Kanal Ende November vorübergehend gesperrt. Im Fall einer solchen Sperrung müßten die Tanker aus Wilhelmshaven erst Dänemark umrunden, um nach Rostock zu kommen – was die Strecke in etwa verdreifacht. Zeitliche Verzögerungen, Kostensteigerungen und mangelnde Tankerkapazitäten wären die Folge.

Der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums MICHAEL KELLNER (Grüne) behauptete auf eine entsprechende Frage im Energieausschuß, daß die Versorgung schon immer über die Route um den Nordzipfel von Dänemark herum geplant gewesen sei und die Schiffe dort entlang führen. Das entspricht nicht der bisher bekannten Informationslage.

Weitere Fragen nach Stand und Planungen bezüglich einer Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals konnte Kellner nicht beantworten.

Brandenburgs Wirtschaftsminister JÖRG STEINBACH (SPD) betonte in der Vergangenheit mehrfach, daß mit der begrenzten Pipeline-Kapazität aus Rostock die Raffinerie PCK nur mit halber Kapazität betrieben werden kann. Auf die Frage, welche Folgen es für das PCK und die Treibstoffversorgung der Region hat, wenn nur noch rund 50% des benötigten Öls geliefert und somit auch nur noch rund die Hälfte an Benzin, Diesel und Heizöl produziert wird, antwortete Minister Steinbach, daß es keine Rationierungen geben werde und man die Preisentwicklung ab dem Jahreswechsel beobachten wolle. Preissteigerungen sind damit also nicht ausgeschlossen.

Nach Aussagen von Staatssekretär Kellner bestünde auch die Möglichkeit, das PCK mit Öl über den Hafen Gdansk via Pipeline oder gar aus Kasachstan zu versorgen. Polen hatte sich erst dagegen gesträubt, nach der Enteignung des PCK-Miteigentümers Rosneft jedoch dieser Lösung zugestimmt. Doch wieviel Prozent seines Ölbedarfs kann PCK zukünftig aus Gdansk beziehen? Auch diese Frage konnte der für das PCK zuständige Staatssekretär ebenso wenig beantworten, wie die Frage, wie denn eine Belieferung aus Kasachstan durch russi-

sche Pipelines sicher gestellt werden könne. Es bleiben also zum PCK, zum Erhalt der Arbeitsplätze und zur Sicherung der Versorgung der Region Berlin-Brandenburg mit Benzin, Diesel und Heizöl viele Fragen offen. Dennoch verkündete der energiepolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Landtag Brandenburg, CLEMENS ROSTOCK, daß die Jobs bei PCK sicher seien und die Produktion weiterginge. Mit welcher Kapazitätsauslastung und wie das Öl geliefert werden soll, teilte er jedoch nicht mit.

Auch auf die Sicherstellung der Treibstoffversorgung der Region Brandenburg ging er nicht ein. Er verwies lediglich darauf, daß ein dreistelliger Millionenbetrag an Fördermitteln für eine »grüne Zukunft der Uckermark« bereitgestellt würde. Was jedoch offensichtlich keine Lösung für die in den nächsten Wochen drohende Versorgungskrise darstellt.

Es ist zu befürchten, daß Treibstoff in der Region zukünftig knapp oder zumindest deutlich teurer wird. Nach Corona und den enormen Preissteigerungen für Erdgas, Elektroenergie sowie an den Tankstellen schon in diesem Jahr, wäre dies der nächste Schock, den viele kleine Unternehmen in Brandenburg nicht noch zusätzlich verkraften können.

Dr. PHILIP ZESCHMANN,  
energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion  
BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

## Flüssiggas aus Senegal?

**Berlin (bbp).** Die Initiative Fridays for Future (FFF) hat am 9. Dezember vor der Zentrale der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Berlin gegen das demonstriert, was die Regierung gerne geheim halten würde: Scholz plant völlig überdimensionierte Gas-Importe.

»Olaf Scholz und die KfW wollen sich vom 1,5 Grad-Ziel verabschieden und am 14. Dezember den Weg freimachen für neue Investitionen in fossile Energie«, so FFF. Constantin Zerger ergänzte: »Am 15. Dezember entscheidet die KfW-Bankengruppe bei ihrer Verwaltungsratsitzung über neue Finanzierungs-Leitlinien u.a. für Öl- und Gas-Projekte. Darin verabschiedet sie sich vom 1,5 Grad-Ziel und vom Glasgow-Statement.«

Dabei sollen die seit dem 1. September 2021 geltenden Paris-kompatiblen Sektor-Leitlinien der Bankengruppe so geändert werden, daß künftig auch fossile Infrastruktur wie Gas-Pipelines & LNG-Tanker finanziert werden können. Möglich wird damit u.a. die Förderung eines neuen Gasprojekts vor der Küste Westafrika,



Foto: FFF

kas, das Olaf Scholz gerade hinter verschlossenen Türen durchwinken will.

Spiegel.de berichtete dazu: »Auf einmal möchte Europa etwas von Afrika: Frankreich, Italien, Polen, Portugal und Deutschland buhlen um Erdgas aus dem Senegal. Das Land träumt nun vom großen Geld – zu Recht?« Dies sei absurd, meinen die jungen Wilden von FFF. »Deshalb sind wir mit spontanen Kundgebungen auf der Straße! We are watching!«

## »After Work« als Hörbuch

TOBI ROSSWOG (32) träumt von einer utopischen Welt ohne Geld, ohne Lohnarbeit, ohne die Logik von Leistung und Gegenleistung – und er versucht, bereits heute so zu leben. Ohne Eigentum wäre noch zu ergänzen und alles zusammen dann eben einfach mal ohne Herrschaft.

Acht Stunden pro Tag für Geld arbeiten, abends und am Wochenende leben – daß das Prinzip Lohnarbeit viele nicht glücklich macht, dürfte als erwiesen gelten. Trotzdem: Ein Leben frei von klassischer Erwerbsarbeit kann sich kaum jemand vorstellen.

Tobi Rosswog schon. Mehr als zwei Jahre lebte der Mainzer ohne Geld, auch heute wird er »tätig aus innerer Motivation« – und nicht bloß, weil er dafür Geld bekommt.

In seinem 150 Seiten starken Buch beschreibt Rosswog, wie eine Post-Work-Gesellschaft aussehen kann – von Modellen wie Jobsharing bis zum Arbeiten im Kollektiv. »Sein Buch ist offen, konkret – und angenehm realistisch«, hieß es 2019, als das Buch erschien, in einer Rezension.

Mehr Informationen gibt es im Internet unter [after-work-buch.de](http://after-work-buch.de).

## Mobilität in Städten

**Eberswalde (prest-ew).** Zum zweiten Mal seit dem Jahr 2018 möchte die Stadt Eberswalde an der Verkehrsbefragung »Mobilität in Städten« teilnehmen. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Befragung der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger zu ihrem alltäglichen Verkehrsverhalten. Unter anderem soll ermittelt werden, ob und mit welchen Verkehrsmitteln diese im Alltag unterwegs sind. Auch die Frage der dabei zurückgelegten Entfernungen spielt eine Rolle.

Da die Voraussetzungen für die Mobilität individuell sehr unterschiedlich sein können, wird beispielsweise auch nach Führerscheinbesitz, Erreichbarkeit von Haltestellen und dem Zeitaufwand für die täglichen Wege gefragt. Dabei gibt es keine Einschränkung in Bezug auf Alter, Geschlecht, Nationalität sowie Haupt- oder Nebenwohnsitz.

Die Befragung soll im Januar 2023 beginnen und etwa zwölf Monate dauern. Ausgewählte Haushalte erhalten hierzu ein Ankündigungsschreiben, das sie über die Befragung informiert. Die Stadt Eberswalde bittet um größtmögliche Teilnahme, denn jeder Haushalt steht stellvertretend für einen Teil der Gesamtbevölkerung. Nur durch ihre aktive Mitwirkung können repräsentative Daten gewonnen werden, die für eine bedarfsgerechte Verkehrsplanung unerlässlich sind. Selbstverständlich ist die Teilnahme an der Erhebung freiwillig.

Auch Personen, die nur selten unterwegs sind, werden ausdrücklich zur Mitwirkung aufgerufen, da das Verkehrsverhalten der gesamten Wohnbevölkerung erfaßt werden soll. Das Projekt liefert wichtige Erkenntnisse und Grunddaten für die Mobilitätsplanung und die Verkehrspolitik.

Das Erhebungsinstitut O.trend erfaßt und anonymisiert die Angaben der befragten Haushalte und übergibt die Daten zur Auswertung an die Technische Universität Dresden. Die Fragen können flexibel über einen Online-Zugang im Internet beantwortet werden. Alternativ steht am Telefon geschultes Interviewpersonal zur Verfügung. Auch eine Telefonhotline und ein Webchat sind eingerichtet.

Die Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist gewährleistet. Die anonymisierte Auswertung der erhobenen Daten ermöglichen ein differenziertes Bild städtischer Mobilität aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde. Weiterführende Informationen sind auch unter [tu-dresden.de/srv](http://tu-dresden.de/srv) zu finden. Für die angeschriebenen Bürgerinnen und Bürger steht unter 0800/8301830 ein kostenloses Info-telefon zur Verfügung.

## »Familienbewußte Unternehmen«

**Eberswalde (prest-ew).** Das Lokale Bündnis für Familie Eberswalde wächst. Beim Jahresabschlußtreffen am 12. Dezember im Dietrich-Bonhoeffer-Haus überreichte der Schirmherr des Bündnisses, Bürgermeister Götz Herrmann, die zugehörigen Mitgliedschaftserklärungen an zwei neue Mitglieder. Begrüßt wurden Valentina Smekalina vom St. Stylian Kinderhilfswerk sowie Eva Henrici von der Eltern-Initiative »Wunschgroßeltern«.

Aber noch eine andere große Premiere stand bei dem gemütlichen Treffen in weihnachtlicher Atmosphäre im Vordergrund. Erstmals sucht das Bündnis zusammen mit seinem Schirmherrn »Familienbewußte Unternehmen in Eberswalde«. Die so benannte Auszeichnung soll ab 2023 im Rahmen eines Unternehmenswettbewerbes vergeben werden. Unterstützung erfährt das Bündnis dabei vom Referat für Generationen und Familie sowie dem Referat für Wirtschaftsförderung der Stadt Eberswalde.

Unter dem Motto »Fachkräftesicherung mit Weitblick« können sich Unternehmen »mit eigener Personalverantwortung und Sitz in Eberswalde« bewerben, die »ihren individuellen Weg gefunden haben, ihr Unternehmen familienbewußt zu führen«. Diese Bewerbung kann unter dem Stichwort »Familienbewußte Unternehmen« per eMail an [familienreferentin@eberswalde.de](mailto:familienreferentin@eberswalde.de) gesendet werden. Einsendeschluß ist der 28. Februar 2023.



Das neue Siegel »Familienbewußtes Unternehmen Eberswalde 2023«.

Eine vom Lokalen Bündnis für Familie Eberswalde zusammengestellte Jury wird unter allen Einsendungen familienbewußte Unternehmen auszeichnen und ein zum Wettbewerb gehörendes Siegel vergeben. Unter medialer Begleitung soll so öffentlichkeitswirksam auf die moderne Unternehmensführung sowie »Fachkräftesicherung mit Weitblick« aufmerksam gemacht werden.

Darüber hinaus wurden bei dem Treffen erste Ideen und Motivvorschläge für die Eberswalder Familienwoche 2023 gesammelt und diskutiert. Diese findet immer zum 15. Mai, dem Internationalen Tag der Familie, statt.

## Holzwochen in Wukania

**Im Februar 2023 finden wieder mal schön ausgedehnte Holzwochen statt. Zwischen dem 10. und dem 26. Februar machen wir Holz sägeflein und ofenklein, damit es alle, die sich im Winter im Bettenhaus, in der Kita oder in den Bauwägen vergnügen oder begnügen, schön warm haben.**

Wir wollen an einigen Tagen in den Wald gehen und da fällen oder Holz einsammeln (große Stämme) und in jedem Fall hier auf dem Gelände mit Axt, Keil und elektrischem Spalter, mit Hand-, Kipp- und Kettensäge – abrakadaxt – großes Holz in kleineres Holz verwandeln. Nach dem alten Motto – ob groß, ob klein, ob ein Muskel oder drei: Alle sind herzlich eingeladen, bei dieser gemeinsamen Aktion mitzumachen! Egal, ob Deine Mama Holzfällerin war oder keine, komm vorbei, mach mit, hier ist genug Platz zum Ausprobieren und zum (voneinander) Lernen, zur Reflektion von (Geschlechter-)Rollen, für Fragen, Unsicherheiten, Pausen.

Es gibt den tollen Wukensee gleich nebenan für schöne Spaziergänge drumrum (wenn es kalt genug ist, auch darüber) oder um nach der Sauna reinzuspringen, abends genug trockenes Holz für gemütliche Lagerfeuer, viel Zeit zum Spielen, Quatschen, Tanzen, Lachen. Bringt gerne Musikinstrumente, Spiele, Filme und sonstige Beiträge oder eine Abendgestaltung mit – ne Menge gibts, na klar, auch schon – Wukania-Rundgang, wer will, inklusive.

Wir wünschen uns einen rücksichtsvollen Umgang miteinander, jede und jeder soll im eigenen Tempo arbeiten können - wir machen so viel Holz wie wir schaffen und so viele Pausen wie wir brauchen, so daß wir alle eine gute Zeit dabei haben.

Wer Lust hat, sich mehr ums drumrum zu kümmern, wird auch gebraucht: Damit wir fein gestärkt sind, wird mittags und abends was Gutes gekocht (immer (auch) vegan!), die Kinder freuen sich über Leute zum Spielen und Kümmern, und wer Lappen und Besen schwingt, um die Kuchenkrümel von Teller und Boden zu wischen, bekommt auch ein Hurra.

Bitte meldet euch an und sagt uns, an welchen Tagen ihr dabei seid, damit es genug Essen und warme Übernachtungsplätze gibt. Schlafsäcke, wenn möglich, selbst mitbringen. Fürs Arbeiten ist festes Schuhwerk wichtig und wenn ihr passendes Werkzeug oder Arbeitsschutzkleidung habt, dann bringt das auch gerne mit. Fragen und Anmeldung an: [holz@genseitig.de](mailto:holz@genseitig.de). Wir freuen uns auf Euch!

Die Wukania Holz AG

## Hoffnung für die Regionalbahn 63

*Kreistag Barnim beschließt Mittel für Machbarkeitsstudie*

**Eberswalde (bbp).** Die Anregung von BVB/ Freie Wähler aufgreifend hat der Kreistag Barnim auf einen überfraktionellen Antrag hin beschlossen, Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zum Erhalt der Bahnlinie RB63 zwischen Joachimsthal und Templin im Haushalt einzuplanen.

Wie bekannt, will das Land die Linie nicht weiterbetreiben und hat Anträge auf Fortführung des Probetriebes mit Koalitionsstimmen im Landtag abgelehnt. Dabei sind die Fahrgastzahlen gerade in der jüngeren Vergangenheit wieder deutlich gestiegen. Die Linie hat eine wichtige Funktion in der infrastrukturellen Versorgung des nördlichen Barnim und der südlichen Uckermark. Der gemeinsame Änderungsantrag beinhaltet, daß im Falle der Nichtfortführung des Probetriebes die Mittel

u.a. für eine Machbarkeitsstudie verwendet werden können. Diese soll darlegen, mit welchen Ertüchtigungen im Bereich der Schienentechnik sowie barrierefreien baulichen Herichtung von Bahnhöfen die Fahrgastzahl erhöht werden kann.

*»Wir setzen darauf, daß wir mit einer qualifizierten Machbarkeitsstudie neue Argumente gegenüber dem Land in der Hand haben, um die Fortführung bzw. Wiederinbetriebnahme der Linie zu erreichen«, so Antragsteller SVEN WELLER. Sein Fraktionskollege PÉTER VIDA, zugleich Landtagsabgeordneter, ergänzt: »Der mit breiter Mehrheit gefaßte Beschluß ist auch ein Zeichen gegenüber den Regierungsfractionen. Die Region steht zusammen und erwartet zurecht eine Verbesserung der Bahnanbindung. Wir werden nicht lockerlassen.«*

## »SPD Barnim steht weiter zur RB63«

Als SPD-Kreistagsfraktion Barnim setzen wir uns an der Seite unseres Landrates DANIEL KURTH weiterhin ganz eindeutig für den Weiterbetrieb der RB63 zwischen Joachimsthal und Templin ein. Mit unserem Kreistagsbeschluß im September haben wir alle Grundlagen von Seiten des Landkreises Barnim geschaffen, um einen Weiterbetrieb zu gewährleisten und zugleich die nötigen Haushaltsmittel für eine anteilige Weiterfinanzierung einstellt – dabei bleiben wir auch.

Auf unserem Landesparteitag der SPD Brandenburg im November haben wir als Barnimer SPD mit einem entsprechenden Antrag einmal mehr deutlich gemacht, daß wir zur RB63 stehen und der Probetrieb nicht auslaufen darf.

Auf unsere Initiative hin wird sich damit auch die SPD-Landtagsfraktion einmal mehr beschäftigen. Die RB63 verbindet Uckermark und Barnim enger, ermöglicht eine wertvolle ÖPNV-Linie zwischen Eberswalde und Templin und schafft eine bessere Anbindung des ländlichen Raums. Die Schorffheidebahn ist für uns eine Frage der verbesserten Daseinsvorsorge in unserer Region.

Die Einstellung des Probebetriebes zwischen Joachimsthal und Templin zum 11. Dezember 2022 halten wir für einen großen Fehler – wir kämpfen unermüdlich für den Weiterbetrieb.

Besonders irritiert uns das Vorgehen des Landesverkehrsministers in der Frage der RB63. Es ist ein Unding, daß der Verkehrsminister gemeinsame Entscheidungen mit der CDU-Landrätin aus der Uckermark trifft und der Barnimer Landrat davon erst aus der Presse erfahren muß. Zumal wenn die Entscheidung auch den Barnim ganz konkret betrifft. Das ist kein professioneller und konstruktiver Umgang untereinander. Uns zeigt das leider, daß der CDU-Landesverkehrsminister mehr an parteipolitischen Entscheidungen als an gesamtgesellschaftlichen Lösungen für unsere Region interessiert ist. Das betrübt uns sehr. Wir appellieren an den Landesverkehrsminister sich einmal mehr, mit allen beteiligten Akteuren an einen Tisch zu setzen und eine gemeinsame, bessere Lösung für die RB63 zu finden.

*KURT FISCHER, Vorsitzender der SPD Barnim und TORSTEN JERAN, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der SPD Barnim*

## Kaufland am Kleinen Stern zieht um

**Eberswalde (bbp).** Seit längerer Zeit kocht die Gerüchteküche. Nun ist es offenbar amtlich. Wie zu erfahren war, soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kaufland-Filiale am Kleinen Stern in Finow am 8. Dezember mitgeteilt worden sein, daß die Filiale am 18. Oktober 2023 nach Finowfurt umzieht. Alle Mitarbeiter würden übernommen, sei seitens der Kaufland-Geschäftsleitung versichert worden.

Nur einen Tag vorher hatte der fraktionslose Stadtverordnete CARSTEN ZINN vorläufige Entwarnung gegeben. Er habe, teilte er am Vormittag des 7. Dezember mit, soeben mit RENÉ

HOFFMANN, Senior Projektleiter Immobilienentwicklung Expansion Region Ost bei der Kaufland Dienstleistungen GmbH & Co. KG gesprochen.

Hoffmann versicherte ihm, daß zum Kauflandstandort in Finow am Kleinen Stern »definitiv weder im Positiven noch im Negativen eine abschließende Entscheidung getroffen worden« sei. Es gebe »durchaus aktuell unternehmensintern strategische Überlegungen, inwieweit ein Dreier- oder nur noch ein Zweier-Modell«, dann mit Standorten nur noch in Finowfurt (ehemals Real) und an der Angermünder Straße in

## Verfassungsklage

*Regierungskoalition verhindert mündliche Anhörung zur »Schorffheidebahn« (RB63)*

Im Mai 2022 überwies das Landtagsplenum einen Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zur Zukunft der »Schorffheidebahn« (RB63) zwischen Joachimsthal und Templin an den Ausschuß für Infrastruktur und Landesplanung.

Das Thema war für die Regierungskoalition ein heißes Eisen. Immerhin hatte Verkehrsminister GUIDO BEERMANN (CDU) angekündigt, den Schienenverkehr auf Brandenburgs erster reaktivierter Bahnstrecke zum Jahresende 2022 wieder einzustellen. Das provozierte nicht nur Widerstand in der betroffenen Region. Es steht auch im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, in dem ein »Reaktivierungsprogramm für stillgelegte Bahnstrecken« versprochen wird.

Im Ausschuß für Infrastruktur und Landesplanung beantragten Die Linke und BVB/Freie Wähler eine mündliche Anhörung. Die Regierungsfractionen von SPD, CDU und Grünen hingegen setzten mit ihrer Mehrheit durch, daß lediglich eine schriftliche Anhörung durchgeführt wurde. Weil dieses Vorgehen aus unserer Sicht gegen das Minderheitenrecht aus § 81 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags Brandenburg verstößt, reichte die Linksfraktion dazu Klage beim Landesverfassungsgericht ein.

Hier zeigte sich die Arroganz der Macht, mit der diese Regierungskoalition wiederholt im Parlament agiert. SPD, CDU und Grüne haben ihre Stimmenmehrheit im Ausschuß genutzt, um eine mißliebige mündliche Anhörung zu verhindern. Denn dabei hätten sich die Sachverständigen in einer Ausschußsitzung öffentlich und für alle nachvollziehbar geäußert. Stattdessen wurden nur schriftliche Stellungnahmen eingesammelt. Wer die Diskussion zur ablehnenden Beschlußempfehlung des Ausschusses am 8. September verfolgte, konnte sich dazu keine selbständige Einschätzung anhand der Expertenbewertungen bilden. Es gab keine Möglichkeit der Debatte und für Rückfragen. Dabei wäre zweifelsohne deutlich geworden, wie die rot-schwarz-grüne Landesregierung die bislang einzige reaktivierte Bahnstrecke in Brandenburg einstampft.

Außer um unangenehme Fragen zu vermeiden, haben die Regierungsfractionen ein wichtiges Minderheitenrecht und die Transparenz parlamentarischer Verfahren mit Füßen getreten. Das ist nicht akzeptabel. Deshalb lassen wir diesen Vorgang vom Landesverfassungsgericht überprüfen.

*ANDREAS BÜTTNER, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag Brandenburg*

Eberswalde, »betriebswirtschaftlich sinnvoll und zukunftsorientiert ist«. Nach unbestätigten Informationen soll die Firma EDEKA als Nachfolger für die Verkaufsräume am Kleinen Stern gewonnen worden sein.

## Gefahr im Winterschlaf

Viele Tiere haben sich inzwischen in den Winterschlaf zurückgezogen, auch die Gartenschläfer. Diese Überlebensstrategie für die nahrungsarme Zeit wird für die stark gefährdeten Schlafmäuse aber zunehmend zum Risiko, wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Justus-Liebig-Universität Gießen und die Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung in ihrem Projekt »Spurensuche Gartenschläfer« herausfanden. Das Projekt wird im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert.

Der Winterspeck, von dem die Gartenschläfer bis zum Frühjahr zehren, entsteht durch tierische Nahrung wie Insekten, Spinnen und Schnecken. Aufgrund des drastischen Insektenrückgangs finden Gartenschläfer im Sommer und Herbst aber weniger geeignete Nahrung für ihre Energiereserven im Winter. Die Folge: Sie sind oftmals zu dünn, um zu überleben. »Was evolutionär eigentlich sehr erfolgreich war, stellt sich angesichts des Insektensterbens zunehmend als Risiko heraus«, so Johannes Lang, Gartenschläfer-Experte für den BUND. »Mangelt es an Käfern, Raupen und anderen Insekten, wird es schwer für die Gartenschläfer, den Winter zu überleben.« Das gilt vor allem in den natürlichen Lebensräumen im Wald. In Städten kann der Mangel an Insekten ausgeglichen werden, da hier weitere Nahrungsquellen wie Vogelfütterungen zur Verfügung stehen. Lang: »Das führt auch dazu, daß die Tiere in den Städten besonders lange aktiv sind, zum Teil bis in den Dezember hinein.« In den Wäldern haben sich die Gartenschläfer bereits im Herbst in den Winterschlaf zurückgezogen. Hier droht ihnen aber weitere Gefahr. Da die Winter zunehmend milder werden, wachen die Gartenschläfer häufiger auf. Lang: »Jedes ‚Hochfahren‘ aus dem Winterschlaf kostet erheblich Energie. Das verstärkt das Risiko für die Tiere, daß ihre Energiereserven nicht ausreichen, zusätzlich. Wir vermuten, daß der Mangel an Insekten als Nahrung und die milden Winter zu den wichtigsten Ursachen gehören, warum die Art in Deutschland vor allem in den Mittelgebirgen so stark gefährdet ist.«

Der Gartenschläfer ist ein kleiner Verwandter des Siebenschläfers. Seine Bestände sind in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Deshalb untersuchte das Projektteam der »Spurensuche Gartenschläfer« 2018 bis 2022 alle denkbaren Ursachen: von der Nahrung, möglichen Krankheiten und Fressfeinden, der Genetik bis zu Lebensräumen und Klimaveränderungen. Die Erkenntnisse helfen nun, passende Schutzaktivitäten zu erarbeiten. Bis 2024 sollen bundesweit viele Aktionen für den Gartenschläfer in all seinen Lebensräumen – von der Kölner Innenstadt bis zum Brocken im Harz – umgesetzt werden. Das Ziel: Das Verschwinden der Art in der BRD verhindern.

JENNY THERESE KUPFER

## Fahrräder für die Pflegebranche

»Auf die Räder, fertig, los!« lautet derzeit das Motto für alle Mitarbeiter in der Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee«. Seit Anfang des Monats ermöglicht die Einrichtung allen Angestellten, sich ein Dienstfahrrad auszusuchen. Dabei ist es egal, ob es sich um ein ganz klassisches Fahrrad oder ein e-Bike handelt. Finanziert werden die umweltfreundlichen Fortbewegungsmittel über Gehaltsumwandlungen.

Rund 20.000 Mitarbeiter der Alloheim-Senioren-Residenzen haben derzeit bundesweit die Qual der Wahl. In einer großangelegten e-Bike- und Fahrrad-Aktion können sie sich eines dieser umweltfreundlichen Fahrzeuge aussuchen, individuell konfigurieren und über ein Sonderleasing privat und beruflich nutzen.

Ein qualitativ hochwertiges e-Bike kostet schnell mehrere tausend Euro. Das ist eine Investition, über die man sich lange nachdenken muß oder die man sich oft gar nicht erlauben kann. Um das zu ändern und allen festangestellten Mitarbeitern einen derartigen Traum zu ermöglichen, kooperiert die Einrichtung nun mit dem bayerischen Mobilitätsunternehmen DEUTSCHE DIENSTRAD. Auf deren Plattform können sich die Fahrradfans ihr Traumrad zusammenstellen und über einen lokalen Händler liefern lassen.



Foto: ALLOHEIM

Die ersten Bikes werden jetzt ausgeliefert. Einer der ersten Empfänger ist Oliver Stens (Foto), für den damit ein langgehegter Traum in Erfüllung ging. Vom Alloheim-Modell können alle Mitarbeiter profitieren, die sich in einem sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverhältnis befinden und sich ein Fahrrad für die Fahrt zur Arbeit anschaffen möchten.

ANGELA MATTHES

## Freiraum und Landschaftsplanung

**Ahrensfelde (bbp).** Vertreterinnen und Vertreter der in der Barnimer Feldmark tätigen Gemeinde- und Amtsverwaltungen sowie des Wasser- und Bodenverbandes Finowfließ trafen sich am 23. November im Rahmen der Fachgruppe Freiraum und Landschaftsplanung. Darüber informierte David Sumser vom Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.

Das Treffen im Ahrensfelder Rathaus diente der Umsetzung von Maßnahmen des Leitbildes für die Landschaft der Barnimer Feldmark in die kommunale Flächennutzungsplanung. Die Ergebnisse eines entsprechenden Projektes wurden vorgestellt.



Foto: Sibylle Lösch

Fließender Übergang der Siedlung in die freie Landschaft bei Mehrow.

»Welche Teile der Landschaft sind schützenswert, welche können für die Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung genutzt werden, ohne zu viel Lebens- und Erholungsraum für Mensch und Natur zu zerstören? Die Antwort auf diese Frage braucht eine regionale Perspektive«, so Sibylle Lösch, Mitarbeiterin und Projektverantwortliche beim Regionalparkverein. »Vor diesem Hintergrund wurden in dem nun abgeschlossenen Projekt die Handlungsfelder aus unserem regionalen Leitbild aufgegriffen und abgestimmte, umsetzungsreife Maßnahmen entwickelt, welche die grenzübergreifenden Strukturräume Wald, Kleingewässer und Offenland ökologisch, aber auch mit Blick auf das Landschaftsbild aufwerten können«, erklärt Sibylle Lösch den Projektinhalt. Auch sei ein methodischer Ansatz entwickelt worden, besonders wertvolle Landschaftsteile der Barnimer Feldmark zu identifizieren. Die Ergebnisse sollen den entsprechenden Umweltfachabteilungen in den Verwaltungen der Region als weitere Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt werden.

Die Fachgruppenteilnehmer informierten sich zudem gegenseitig über den aktuellen Stand zur Etablierung einer »Urbanen Biosphärenregion Berlin-Barnim«, über ein laufendes Unterschutzstellungsverfahren der Wartenberger und Falkenberger Feldflur sowie diverse weitere Vorhaben mit Bezug zur Landschaftsentwicklung.

## Ressourcenverbrauch senken!

Zivilgesellschaftlicher Appell zu einer Wende im Ressourcenverbrauch

**Nach einem Jahr Ampel ist beim Ressourcenschutz in der BRD nicht viel passiert. Zusammen mit fast 60 weiteren Organisationen appelliert der Verein WEED e.V.<sup>1</sup> an die Bundesregierung, endlich bedeutende Schritte in Richtung Ressourcenwende zu gehen. WEED e.V. ist ein Berliner Verein, der sich seit 1990 mit den negativen Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung auf Mensch, Klima und Umwelt beschäftigt.**

In ihrem Appell »Transformation by Design not by Disaster«<sup>2</sup> fordern die Organisationen einen gesetzlich verankerten Ressourcenschutz. Der Koalitionsvertrag der Ampel sieht die Möglichkeit vor, die Senkung des primären Ressourcenverbrauchs einzuleiten. Doch ein Jahr nach Amtsantritt hat sich beim Ressourcenschutz wenig getan.

Der durchschnittliche Verbrauch an metallischen, fossilen, mineralischen und nachwachsenden Ressourcen ist in Deutschland viel zu hoch. Die ökologischen und sozialen Folgen, die daraus entlang der Wertschöpfungskette resultieren, können nicht mehr abgedeckt werden. Der viel zu hohe Verbrauch geht insbesondere auf Kosten der Menschen in den rohstoffproduzierenden Ländern des globalen Südens sowie zukünftiger Generationen. Der hohe Ressourcenverbrauch von Ländern des globalen Nordens geht oft mit Menschenrechtsverletzungen andernorts einher und ma-

nifestiert dabei globale Ungerechtigkeiten. Durch globale Asymmetrien werden bei der Ressourcenförderung koloniale Muster manifestiert.

In ihrem Appell zeigen die Organisationen für vier große industriell genutzte Stoffströme, daß ein »Business-as-usual«<sup>3</sup> bei der Ressourcennutzung zwangsläufig in die Sackgasse führt. Eine Ressourcenwende ist dringend notwendig.

Die BRD hat als eines der Länder mit dem größten Ressourcenverbrauch pro Kopf hier eine besondere Verantwortung. Um dem gerecht zu werden, fordern die Organisationen u.a., daß die BRD ihren Pro-Kopf-Verbrauch von nichtnachwachsenden Rohstoffen bis 2050 auf sechs Tonnen pro Jahr senken muß. Der Verbrauch von nachwachsenden Rohstoffen muß auf zwei Tonnen pro Person und Jahr verringert werden. Das bedeutet eine Reduktion um 85 bzw. 44 Prozent.

### Wie der WEED entstand

Die Nichtregierungsorganisation ist 1990 angetreten, um die Verantwortung der Industrieländer für die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und globale Umweltzerstörung stärker ins Zentrum der Arbeit von sozialen Bewegungen und NGOs in Deutschland zu rücken. Seither trägt WEED zur Aufklärung über die Ursachen der globalen Armuts- und Umweltprobleme bei und entwickelt wirksame Reform- und Transformationsvorschläge für eine soziale und demokratische Gestaltung der Globalisierung. Vieles hat sich seit 1990 geändert, die Herausforderungen sind gewachsen: Die globalen Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrisen fordern Antworten. Die Macht transnationaler Konzerne ist größer denn je. WEED analysiert die Krisen und Probleme, entwickelt Alternativen und arbeitet an deren Durchsetzung (Internet: [weed-online.org](http://weed-online.org), [@WEED\\_eV](mailto:mastodon:@WEED_eV) [@bewegung.social](https://bewegung.social))

THOMAS TOBLER

1 – Ausgeschrieben heißen die Buchstaben: World Economy Ecology & Development // Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

2 – »Transformation durch Planung, nicht durch Katastrophe«

3 – normaler Betrieb/normales Geschäft, im Sinne von »wie üblich«

## Kritik am Regionalplan Wind

**Die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler wie auch die Kreistagsfraktionen aus Barnim und Uckermark lehnen Teile des neu vorgelegten Regionalplans ab. Mit dem Plan soll unter anderem geregelt werden, wo Windkraftanlagen gebaut werden dürfen.**

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg den alten Regionalplan gekippt hatte, mußte die Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim einen neuen auf den Weg bringen. Der Entwurf eines neuen integrierten Regionalplans liegt nun vor und dient als Mustervorlage für die anderen Regionalpläne in Brandenburg. Die Landtagsfraktion hat den Entwurf einer ersten Bewertung unterzogen und sich hierbei mit den beiden Kreistagsfraktionen abgestimmt.

Hauptkritikpunkte sind der Flächenanteil der im Plan ausgewiesenen Windeignungsgebiete, einzuhaltende Abstände sowie mangelnder Schutz vor Lärm. Nach den Bundesvorgaben sind 2,2 % der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Knackpunkt ist hierbei aber die Berechnungsgrundlage. So wurden 43 % der bereits im Betrieb befindlichen Anlagen außerhalb der im Plan ausgewiesenen Windeignungsgebiete errichtet. Die Bestandsanlagen werden nur teilweise bei der Berechnung der 2,2 % hinzugezählt. Würde man alle Anlagen in die Berechnung miteinbeziehen, addieren sich die ausgewiesenen Flächen auf knapp 3 % - deutlich mehr als der angegebene und von der Bundesebene geforderte Anteil.

Auf Kritik stößt auch das Bestreben, Windräder in Wäldern zu errichten. Wald ist für Tiere, Pflanzen und Menschen ein schützenswer-

tes Gut und trägt zu einer Verbesserung des Klimas bei. Ein integrierter Regionalplan für zwei Landkreise wie Barnim und Uckermark sollte auch Natur- und Artenschutz zum Ziel haben und daher auf die Rodung des hierfür wichtigen Waldes für Windkraftanlagen verzichten. Ein weiterer kritischer Punkt sind die mangelnden Abstände zu Siedlungen. Nach aktuellem Planungsentwurf gibt es zwei Zonen. Die erste Zone mit einem Radius von 460 Metern Abstand zu Wohngebäuden schließt den Bau von Anlagen aus. Die zweite, etwas weichere Zone, sieht einen Abstand von 1.000 Metern vor, in der nicht gebaut werden soll. Ausnahmen scheinen aber dennoch möglich zu sein. Aus den bisherigen Erfahrungen schlägt die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler stattdessen als Mindestabstand zur Wohnbebauung 1.500 Meter vor. Als letzter großer Knackpunkt wird der mangelnde Lärmschutz kritisiert. Auch hier sind die getroffenen Annahmen schon längst nicht mehr zeitgemäß und müßten aktualisiert werden. Weiterhin ist es nicht hinnehmbar, daß die Lärmschutzkriterien für 10 % der geplanten Anlagen nicht gelten sollen. Lärmschutz muß für alle Anlagen gleichermaßen beachtet werden.

Der Regionalplan ist wieder von einer Handschrift geprägt, die zwar dem grünen Wunschdenken aber nicht den Realitäten, Sor-

gen und Nöten der Menschen entspricht. Die viel zu einseitige Fokussierung auf Windkraft ist aus unserer Sicht ein Irrweg, der Brandenburg schon seit Jahren mit die höchsten Strompreise Europas bescherte. Die Belastung durch weitere Windenergieanlagen, insbesondere für die Gesundheit der Menschen durch Lärm, ist kein Randproblem, sondern ernst zu nehmen. Deswegen werden sich die Fraktionen von BVB/Freie Wähler im Landtag und den Landkreisen gezielt für eine Veränderung des Entwurfs des neuen Regionalplans einsetzen.

Neue Windeignungsgebiete wie in Groß Schönebeck nah am Biosphärenreservat Schorfheide und Anlagen im Wald lehnen die beiden Fraktionen grundsätzlich ab. Vielmehr sollten alle nachhaltigen Energieträger gleichrangig gefördert werden, insbesondere die stiefmütterlich behandelte Photovoltaik.

PÉTER VIDA

### Nordirland-Konflikt

**Bernau (pv).** Vom Förderkreis Herz-Jesu-Kirche Bernau e.V. gab es am 20. Dezember einen Vortrag über den scheinbar ewigwährenden Nordirland-Konflikt. Vereinsvorsitzender Péter Vida hielt einen bildlichen Reisebericht über verschiedene Stationen auf der konfliktgeschüttelten grünen Insel. Während in den letzten Jahren Entspannung eingetreten ist, sind die religiösen und politischen Gegensätze unübersehbar. Welche geographischen, historischen und kultur-religiösen Auswirkungen die Trennung in Nordirland und Irland bis heute hat, wurde anschaulich dargestellt.

## Ganzheitliche Ernährung (23)

Die Bedeutung des Darms für unsere Gesundheit wird immer mehr und immer besser erforscht. So geht die Wissenschaft derzeit davon aus, daß sich 70 bis 80 Prozent des Immunsystems im Darm befindet. Unser Darm ist von unzähligen Darmbakterien besiedelt. Allerdings gibt es neben den »guten« Darmbakterien auch für unsere Gesundheit schädliche Darmbakterien. Durch eine Symbiose von Mensch und Darmbakterien profitiert unsere Gesundheit enorm, so der derzeitige Stand der Wissenschaft. So helfen uns Darmbakterien bei der Produktion der Vitamine B1, B2 und B5. Weiterhin spielen Darmbakterien eine große Rolle bei der Verdauung von Eiweiß und bei der Verdauung von Kohlenhydraten.

Um eine gute Symbiose der Darmbakterien zu erreichen, kommt es sowohl auf die Anzahl der Darmbakterien an, als auch auf deren Artenvielfalt.

Ein gesunder Darm hat für den Menschen viele positive Effekte: Zum einen wird unser Immunsystem optimiert, zum anderen wird das Risiko für viele Krankheiten gesenkt. Hier ist z.B. an Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck zu denken, aber auch an psychische Erkrankungen. So steigert nach neuesten Erkenntnissen ein gesunder Darm unser seelisches Wohlbefinden. Dies kommt uns bei einer besseren Stressresistenz zu Gute. Vielleicht kennen Sie auch die andere Seite, nämlich daß uns (zu) großer Streß auf den Magen und den Darm schlägt.

Wir können unsere Ernährung so ausrichten, daß die »guten« Bakterien in ausreichender Anzahl vorhanden sind, um unseren Darm gesund zu erhalten. Um dies zu erreichen, müssen wir zum einen genügend Ballaststoffe zu uns nehmen, zum anderen helfen uns Probiotika und Präbiotika.

Ballaststoffe sind ein nicht verwertbarer Bestandteil der aufgenommenen Ernährung bzw. nur sehr schwer verdaulich. Ballaststoffe vergrößern das Nahrungsvolumen und binden sehr viel Wasser. Dies führt dazu, daß die Magenwand gedehnt wird. Dadurch erreichen wir schneller ein Sättigungsgefühl. Ballaststoffe finden sich vor allem in Hülsenfrüchten, Obst, Gemüse, Nüssen und Samen sowie in Vollkorngetreide und daraus hergestellten Produkten. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Ballaststoffzufuhr in Höhe von 30 Gramm pro Tag.

Probiotika sind lebende Mikroorganismen, die uns nicht krank machen. Probiotika finden sich in Buttermilch, Kefir, Joghurt, aber auch in fermentierten Gemüse wie z.B. Sauerkraut.

Präbiotika sind meist unverdauliche Kohlenhydrate, sie regen das Wachstum der »guten« Darmbakterien an. Präbiotika finden sich z.B. in Zwiebeln, Knoblauch, Spargel, Schwarzwurzeln, aber auch in Bananen oder Artischocken.

Bei Fragen schreiben Sie einfach eine eMail an [willkommen@hinneberg.info](mailto:willkommen@hinneberg.info)

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

## Erhöhung des Pflegegeldes abgelehnt

**Potsdam (bbp).** Seit 5 Jahren gibt es trotz hoher Inflationsraten keine Anpassung des Landespflegegeldes. Zur 75. Sitzung des Brandenburger Landtages brachten die Fraktionen BVB/Freie Wähler und Die Linke daher einen Gesetzentwurf ein, mit dem die Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz an die aktuellen Kostenentwicklungen angepaßt und Menschen mit Behinderungen finanziell entlastet werden sollten. Das Landespflegegeld kommt auf Antrag u. a. Blinden, Gehörlosen und Menschen, die Gliedmaßen verloren haben, zugute als Ausgleich der durch die Behinderung bedingten Mehraufwendungen.

Doch die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen lehnte den Entwurf aus fadenscheinigen Gründen ab. Die SPD berief sich auf noch erforderliche Prüfungen. Was aber genau wie geprüft werden soll, dazu schwieg man sich aus. Péter Vida (BVB/Freie Wähler) beantragte daraufhin eine Überweisung in den Ausschuß, um allen genügend Zeit zur Prüfung zu geben. Aber auch die Überweisung wurde abgelehnt.

## »Hautveränderungen nicht unterschätzen«

**Vorsorge, Hautpflege und -gesundheit standen im Mittelpunkt des aktuellen Expertenvortrags der Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee«. Die Dermatologin Dr. Estefania Lang aus Düsseldorf informierte im Rahmen der Online-Veranstaltung über vorbeugende Maßnahmen, die unsere Haut vor Altersprozessen schützen können und erklärte anschaulich, ab wann ein Gang zum Hautarzt unvermeidbar ist. Im Anschluß an den Vortrag stellte sich die Referentin dann den Fragen der Teilnehmer.**

Unsere Haut leistet rund um die Uhr großartige Arbeit als zuverlässige Schutzbarriere. Doch im Alter oder auch durch äußere Einflüsse kann diese Funktion gestört werden. »Um unsere Haut vor Altersprozessen zu schützen, ist die richtige Ernährung, aber auch eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr besonders wichtig«, betont Dermatologin Dr. Estefania Lang, »das gilt für Senioren ebenso wie für jüngere Menschen.« Viel Wasser trinken, genug Obst und Gemüse auf den Speiseplan setzen und schwere Gerichte meiden, das sind die Grundregeln für gesunde Haut bis ins hohe Alter. Ihre konkreten Tips: Kommt es einmal zu Verhornungen der Haut, helfen rasch harnstoffhaltige Cremes. »Außerdem sollte man ganzjährig auf ausreichend Sonnenschutz setzen, um die Haut vor der schädlichen UV-Strahlung zu schützen«, warnt Dr. Lang. Ist man ihr auf Jahre ausgesetzt, kann es leicht zur aktinischen Keratose kommen, das ist die Vorstufe von Hautkrebs. Bei Hautrötungen, Sonnenbrand oder auch zur Wundbehandlung rät die Dermatologin, Dexpanthenolhaltige Salben wie Bepanthen zu benutzen, um die Wundheilung sichtbar zu beschleunigen. »Wer in jungen Jahren seiner Haut nicht ausreichend Schutz bietet, wird später im Alter Probleme bekommen«, stellt Dr. Lang fest.

Doch wie kann man zwischen einem harmlosen Leberfleck und einem gefährlichen Melanom unterscheiden? »Auch wenn es hier einige Grundsätze gibt, beispielsweise, daß eine Asymme-

Die CDU behauptete, der Gesetzentwurf entspreche nicht dem, was sie noch fordern wolle und vorhätte. »Fest steht: Wir müssen jetzt etwas tun«, hielt dem Matthias Stefke (BVB/Freie Wähler) entgegen. »Ich hätte mir gewünscht, daß die CDU als christliche Partei hier eine andere Haltung an den Tag gelegt hätte.«

Die Grünen behaupteten gar, eine Aufstockung würde nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Situation führen. Dazu bräuchte es mehr Teilhabe und mehr Inklusion. Sie schlug vor, das Gesetz zuerst einmal mit Vertretungen der Behinderten zu evaluieren. Doch dadurch würde sich die dringend erforderliche Erhöhung nur noch weiter verzögern.

Gesundheitsministerin Nonnemacher wies darauf hin, daß die Erhöhung des Pflegegeldes Teil des Koalitionsvertrags sei – man sei bisher allerdings noch nicht dazu gekommen, sich diesem Auftrag zu widmen. Man müsse zudem erst noch überprüfen, ob der Wortlaut »Pflege« noch dem gewandelten Verständnis von Teilhabe und Inklusion entspricht und die Zuweisung paßt.

trie des Flecks oder ein Durchmesser von über fünf Millimeter Anzeichen für eine kritische Hautveränderung sind, sollte man im Zweifelsfall immer einen Dermatologen aufsuchen«, rät die Ärztin. »Aus Erfahrung weiß ich, daß Menschen diesbezüglich oft eine sehr gute Intuition haben. Wenn man kein gutes Gefühl bei einem Leberfleck hat, sollte man auf seine innere Stimme hören und einen Termin beim Hautarzt vereinbaren.«

Wie viele Fragen und Unsicherheiten es zum Thema Hautgesundheit gibt, zeigte sich im Anschluß an den Vortrag im Rahmen der offenen Diskussion. Dr. Estefania Lang beantwortete auch tiefergehende Fragestellungen und betonte einmal mehr die Bedeutung der ärztlichen Konsultation bei Hautveränderungen. Wer nicht lang auf einen Termin bei einem Hausarzt warten möchte, hat heutzutage die Gelegenheit, Apps zu nutzen, über die man Fotos kritischer Hautstellen an ein Ärzteteam zur Begutachtung senden kann.

Für den informativen Vortrag und die vielen Tips und Tricks zum Thema Hautpflege und Hautgesundheit bedankte sich dann auch Einrichtungsleiterin Angela Matthes und stellt fest: »In dem Vortrag kam klar zum Ausdruck, daß wir unserer Haut definitiv mehr Aufmerksamkeit widmen sollten.«

Wer sich den Vortrag im Nachgang anschauen möchte, kann ihn über den Link [veranstaltungen.alloheim.de/alloheim/lang](http://veranstaltungen.alloheim.de/alloheim/lang) aufrufen.

ANGELA MATTHES



Special Olympics World Games 2023:

## Kick-Off im Wald-Solar-Heim

**Eberswalde (prest-ew).** Unter dem Motto »#ZusammenUnschlagbar« finden vom 17. bis 25. Juni 2023 die SPECIAL OLYMPICS WORLD GAMES in Berlin statt, zum ersten Mal in der BRD. Mehrere tausend Athletinnen und Athleten mit geistiger oder mehrfacher Behinderung treten dabei in 26 Sportarten miteinander an, um einer breiten Öffentlichkeit ihr individuelles sportliches Leistungsvermögen zu präsentieren.

Die Stadt Eberswalde beteiligt sich dabei schon im Vorfeld am sogenannten »Host Town Program« und gehört damit offiziell zu den mehr als 200 Orten bundesweit, die vom 12. bis 15. Juni 2023 Gäste aus aller Welt begrüßen dürfen. »Wir wollen nicht nur gute, sondern die besten Gastgeber sein«, betonte Bürgermeister GÖTZ HERRMANN bei der Kick-Off-Veranstaltung zum »Host Town Program« am 1. November 2022 im Wald-Solar-Heim, dem Ort, an dem die Eberswalder Sportdelegation aus St. Vincent und den Grenadinen, einem Staat in der südlichen Karibik, untergebracht sein wird.

Insgesamt werden 190 Delegationen aus der ganzen Welt nach Deutschland reisen. Die Stadt Eberswalde ist auf der Suche nach sogenannten »Volunteers«, also Freiwilligen, welche die Verwaltung bei der Betreuung und Begleitung der ungefähr 20 Personen im genannten Zeitraum unterstützen möchten, denn »es soll ein Willkommensnetzwerk aufgebaut werden, bei dem die Menschen, die zu uns kommen, Land und Leute kennenlernen können. Es geht nämlich beim »Host Town Program« nicht nur um Sport, sondern vor allem auch um Begegnung, Inklusion, Austausch und darum, unvergessliche Erinnerungen für alle Beteiligten zu schaffen«, wie das Stadtoberhaupt bei seiner Präsentation im Wald-Solar-Heim ausführte.

Der Einladung zur Kick-Off-Veranstaltung waren etwas mehr als 20 unterschiedliche Ak-

teure der Stadtgesellschaft gefolgt. Vertreterinnen und Vertreter Eberswalder Sportvereine, des Handels und der Wohlfahrt, aber auch der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, der Stadtpolitik sowie Gäste der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung. Zudem war LORNA-NOREEN BAARS, Koordinatorin für das Host Town Program bei Special Olympics Deutschland, der Einladung zum Kick-Off gefolgt und übergab dem Bürgermeister bei der Gelegenheit die offizielle Urkunde als »Host Town Eberswalde«.

»Wir sind auf der Suche nach engagierten Partnerinnen und Partnern, die wir in die Vorbereitung und konkrete Durchführung des 'Host Town Program' einbeziehen können. Vor dem Hintergrund dieser einzigartigen Gelegenheit möchten wir die Stadtgesellschaft für die Themen des Programms sensibilisieren und hoffen auf viele Ideen und Initiativen, dies auch über die Special Olympics 2023 hinaus«, erläuterte KATRIN FORSTER-KÖNIG, die Behindertenbeauftragte im Rathaus. Sie ist die Ansprechpartnerin für das »Host Town Program« in Eberswalde (Tel. 03334/64503 oder per eMail an k.forster-koenig@eberswalde.de).

Eberswalde soll aber nicht nur Gastgeberin für die Menschen aus der Karibik, sondern auch eine Station auf dem sogenannten »Torch Run« sein. Dem weltberühmten Fackellauf aller olympischen Spiele, der im Rahmen der Special Olympics ein Bewußtsein für Menschen mit geistiger Behinderung schaffen soll. Traditionell wird diese »Flamme der Hoffnung« in Athen entzündet und durch Berlin und Brandenburg reisen, bevor sie bei der Eröffnungsfeier der Special Olympics World Games Berlin 2023 feierlich eintreffen wird. Interessierte, die in Eberswalde den Fackellauf begleiten möchten, können sich ebenfalls an Frau Forster-König wenden.

## Volles Haus beim Polnischen Fest

**Bernau (pv).** Über 80 Menschen kamen zum diesjährigen Polnischen Fest. Auf Einladung des Beirates für Migration und Integration füllte sich die Rotunde der Tobias-Seiler-Oberschule. Beiratsvorsitzender Péter Vida führte durch den Abend und wies darauf hin, daß die polnischen Mitbürger die größte Gruppe an Einwohnern mit ausländischem Paß im Barnim stellen. Seit über 40 Jahren pflegt Bernau zudem eine Städtepartnerschaft mit dem polnischen Skwierzyna. Deshalb waren die Besucher besonders erfreut, daß eine Musik- und Kulturgruppe unter Leitung von Kulturamtsleiter Maciej Zawidzki aus der Partnerstadt die Veranstaltung mit einem von hohem Niveau geprägten Mix aus Gedichten und Gesang bereicherte.

In ihren Grußworten unterstrichen Bürgermeister André Stahl und Kreistagsvorsitzender Othmar Nickel die tiefe Verbundenheit zur polnischen Gemeinschaft und die über die Jahre gewachsenen guten Beziehungen.

Im weiteren Verlauf des Abends informierte die Fachstelle für Migration und Gute Arbeit über arbeitsrechtliche Bestimmungen. Auch die Kreisvolkshochschule stellte ihre Tätigkeit und ihr umfangreiches Angebot vor. Hierzu gehören auch Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache.

Sodann klang die Veranstaltung bei polnischer Musik und landestypischen Speisen aus. Aufgrund des großen Zuspruchs soll auch im kommenden Jahr zum Polnischen Fest geladen werden.

## ADGB-Bundesschule Bernau: Winterangebote

**Bernau (best).** Ab sofort bietet das Team des Besucherzentrums Bernau für das UNESCO-Welterbe Bauhaus im Rahmen seiner Öffnungszeiten Führungen für Spontanentschlossene an. Auf Anfrage werden mittwochs bis freitags zwischen 11 und 16 Uhr Außenführungen um die ehemalige Bundesschule sowie bei Interesse ein Einblick in eines der Lehrhäuser ermöglicht. Führungen durch das Bauhausensemble sind jedoch nur an den Wochenenden zwischen 11 und 16 Uhr möglich.



Graffiti-Kunst am UNESCO-Welterbe Bauhaus. Seit gut dreißig Jahren stehen die meisten Gebäude des Komplexes leer.

Die Kosten für Spontanentschlossene betragen für 2 Personen 50 EUR, jede weitere Person zahlt 10 EUR. Bei spontanentschlossenen Gruppen gelten die üblichen Gruppenpreise (für 10 bis 15 Personen, 130 EUR; für 16 bis 20 Personen, 180 EUR). Nach Verfügbarkeit können zu diesen Konditionen auch Führungen in englischer, spanischer und französischer Sprache angeboten werden.

An den Weihnachtsfeiertagen und zum Jahreswechsel bleibt das Besucherzentrum geschlossen. Interessierte, die zwischen den Jahren auf der Suche nach Kultur sind, können jedoch am 28., 29. und 30. Dezember jeweils um 11.30 Uhr an einer Innenführung durch das Bauhausgebäude teilnehmen. Eine Teilnahme ist nach Voranmeldung im Online-Shop des Besucherzentrums möglich. Weitere Informationen unter [welterbe-bernaude.de](http://welterbe-bernaude.de).

UNESCO-Welterbe Bauhaus · Besucherzentrum Bernau · Hans-Wittwer-Straße 1 · 16321 Bernau · Tel. 03338|7067879 · [bauhaus@best-bernaude.de](mailto:bauhaus@best-bernaude.de) · [www.welterbe-bernaude.de](http://www.welterbe-bernaude.de)

Bündnis 90/Grüne und Dittrichs Montagsdemo:

## Gemeinsames Absingen des Deutschlandliedes

**Eberswalde (bbp).** »Zum wiederholten Male«, heißt es in einer Pressemitteilung der Barnimer Bündnisgrünen vom 17. November, »machte die wöchentliche Montagsdemo in Eberswalde Halt vor dem Büro von Bündnis 90/Die Grünen Barnim in der Friedrich-Ebert-Straße. Mit einem Mikro wurden lautstark haltlose Unterstellungen und Vorwürfe in Richtung des Büros gerufen.« (vgl. auch »Gewalt gegen grünes Bürgerbüro«, BBP Winter/2021)

Kreisvorstandsmitglieder und einige Sympathisanten standen vor dem Büro, »um Gesicht zu zeigen«. Steffi Bernsee, Co-Sprecherin des Kreisverbandes, sagt: »Uns ist verständlich, daß es in diesen Zeiten mit vielen Krisen zu Ängsten kommt. Uns ist auch bewußt, daß es Menschen gibt, denen es nicht gut geht. Es ist vollkommen in Ordnung, Entscheidungen der Bundesregierung zu kritisieren und mehr Unterstützung einzufordern. Ganz klar sprechen wir uns jedoch aus gegen jegliche Art von Hetze, Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen gegenüber Menschen, die im Ehrenamt für eine demokratisch gewählte Partei eintreten.«

Welche »haltlosen Unterstellungen und Vorwürfe« gerufen wurden, wird in der Pressemitteilung nicht mitgeteilt. Wie Recherchen ergaben, warf der Versammlungsführer Marcel Dittrich den Bündnisgrünen insbesondere vor, daß es sich bei ihnen um eine »Pädophilenpartei« handele. Durchaus berechnete Vorwürfe zur Rolle der Grünen im aktuellen Krieg in der Ukraine gingen bei diesen lautstark vorgetragenen Anwürfen, die von den Bündnisgrünen zurecht zurückgewiesen werden, völlig unter. Zunehmend fühlen sich bisherige Mitläufer von der aggressiven und primitiven Polemik des Versammlungsleiters und seines AfD-Paten auch abgestoßen, wie zu erfahren war.

Auf besagter Montagsdemo gab es plötzlich Einvernehmen zwischen den Kontrahenten: »Nach den Reden«, heißt es in der Pressemitteilung der Bündnisgrünen weiter, »erklang aus den Demolautsprechern die deutsche Nationalhymne, verbunden mit dem Aufruf, auf die Reaktion der 'Grünen' bewußt zu achten. Durch die letzte Montagsdemo vorgewarnt, war das grüne Büro

mit einer Deutschlandfahne geschmückt und die Hymne wurde gemeinsam gesungen.«

Im übrigen finden sich die Bündnisgrünen ungerecht behandelt, weil nur sie zur Zielscheibe der Proteste auserkoren wurden. Der andere Co-Sprecher des Kreisverbands, Sebastian Gellert, erklärte: »Es fühlt sich wirklich sehr befremdlich an, wenn Menschen bei ihren mitunter wirklich nachvollziehbaren Sorgen lediglich eine Partei als die Verantwortlichen adressieren. Das fällt in Brandenburg besonders auf. Selbstverständlich würden wir uns an dieser Stelle Unterstützung von anderen demokratischen Parteien wünschen, beispielsweise von der SPD. Es muß doch auch bei ihnen etwas auslösen, wenn sie mitbekommen, was sich da wöchentlich vor unserer Geschäftsstelle abspielt. Sich wegducken, zeigt nicht unbedingt, daß man hinter dem steht, was man politisch mitverantwortet.«

Die Eberswalder Sozialdemokraten könnten das freilich als eine Art Ritterschlag werten, wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie nicht hinter der Kriegspolitik der Regierung stehen.

Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg (Die Linke):

## Büroeröffnung in Bernau

Am 16. November eröffnete Anke Domscheit-Berg, Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE und profilierte Digitalpolitikerin, ihr Wahlkreisbüro in Bernau.

Fortan bietet die gebürtige Brandenburgerin und ihr Wahlkreisteam regelmäßige Sprechstunden vor Ort an. Diese finden ab dem 5. Januar 2023 jeden zweiten Donnerstag zwischen 14 und 17 Uhr statt.

»Mein Wahlkreisbüro soll einen direkten Draht von Bernau in den Bundestag ermöglichen, aber es soll auch praktische Hilfe dort geben, z.B. bei An-

trägen für Sozialleistungen, wie Wohngeld, Kindergeldzuschlag oder Grundsicherung. Wir helfen beim Ausfüllen und beraten, ob ein Leistungsanspruch besteht«, beschreibt die Abgeordnete Domscheit-Berg ihre Vorstellungen.

Das Büro befindet sich in der Berliner Straße 17 in Bernau und ist telefonisch unter 03331/200997 oder per E-Mail unter anke.domscheitberg.ma06@bundestag.de zu erreichen. Im Internet finden Sie die Bundestagsabgeordnete unter [www.ankedomscheitberg.de](http://www.ankedomscheitberg.de).

SASCHA RADDATZ



Anke Domscheit-Berg vor ihrem neuen Büro in der Berliner Straße 17 in Bernau.

Foto: Büro Domscheit-Berg

Jusos Barnim mit neuem Vorsitzenden:

## Fischer löst Fischer ab

**Eberswalde (bbp).** Der SPD-Nachwuchs im Kreis Barnim hat einen neuen Vorsitzenden gewählt. Dabei ändert sich nur wenig. Zumindest der Nachname bleibt gleich. Der bisherige Vorsitzende KURT FISCHER war im September 22-jährig zum Vorsitzenden der SPD Barnim gewählt worden. Daher übergab er nun den Stafelstab bei den Jungsozialisten an seinen Namensvetter MORITZ FISCHER. Beide Fischer kommen aus Eberswalde, sind aber nicht miteinander verwandt oder verschwägert, wie auf Nachfrage mitgeteilt wurde.

Dem neuen Juso-Vorstand gehören außerdem DAVID POHL aus Wandlitz sowie LARS STEPNIAK-BOCKELMANN aus Bernau als stellvertretende Vorsitzende an. Beisitzer sind weiterhin RON STRABBURG aus Bernau sowie AD-

RIANO BIESEL aus Lichterfelde. Kandidatinnen standen bei der Wahl nicht zur Verfügung.

»Mit meinem Nachfolger Moritz Fischer und dem gesamten neuen Vorstand haben die Jusos Barnim auch zukünftig eine aktive, engagierte und richtig starke Spitze«, lobte der scheidende Vorsitzende Kurt Fischer die Wahlentscheidungen seiner Genossen. »Für mich gehen damit vier Jahre als Vorsitzender der Jusos im Barnim zu Ende, auf die ich mit großer Freude zurückblicke.«

»Als neugewählter Vorstand«, versicherte Moritz Fischer, »werden wir uns weiterhin sichtbar für progressive Politik einsetzen. Dabei werden wir uns auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen vorbereiten, damit die vielfältigen Stimmen junger Menschen in der Barnimer Politik deutlich gehört werden.«



Moritz Fischer und Kurt Fischer.

Die Jusos Barnim als Jugendorganisation der SPD im Barnim existieren seit 1997 und umfassen derzeit über 60 Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren.

Foto: CHRISTIAN HARTPHEL

## Azubi-Preis »Die Gelbe Hand«

Projekte für ein solidarisches Miteinander gesucht

Vom Social-Media-Auftritt gegen Nazis bis zum Antirassismus-Seminar in der Berufsschule: Azubis, die sich im Landkreis Barnim für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz engagieren, sollen beim Wettbewerb »Die Gelbe Hand« mitmachen. Dazu ruft die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auf, die aktuell Schirmherrin des Preises ist.

Ob auf der Baustelle, in der Gebäudereinigung oder im Blumengeschäft – Menschen unterschiedlicher Herkunft kommen kaum irgendwo so nah zusammen wie am Arbeitsplatz. Mit Sorge ist zu beobachten, daß Populisten und rechte Stimmungsmacher versuchen, die Belegschaften zu spalten.

Es ist genauso falsch wie absurd, Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe für die Inflation oder die Krisenpolitik verantwortlich zu machen. Hetze und Diskriminierung haben im Betrieb nichts verloren. Das, was die Rote Karte im Fußball ist, ist die »Gelbe Hand« im Betrieb.

Die IG BAU setzt sich seit langem für ein solidarisches Miteinander am Arbeitsplatz ein. So hat die Gewerkschaft gerade erst die »Initiative 19. Februar Hanau« mit dem Georg-Leber-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet. Er würdigt das Engagement der Organisation bei der Aufarbeitung des rechten Terroranschlags im vorletzten Jahr, dem neun Menschen mit Mi-



Foto: IG BAU

grationshintergrund zum Opfer fielen. Ein Video-Portrait der Initiative gibt es im Netz unter [igbau.de/Georg-Leber-Preis-Film](http://igbau.de/Georg-Leber-Preis-Film).

»Die Gelbe Hand« wird jährlich an Initiativen von Auszubildenden und Berufsschülern vergeben, die sich mit einem besonderen Projekt um die Vielfalt im Beruf verdient gemacht haben. Der Preis wird vom gewerkschaftlichen Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« ausgeteilt. Die Preisgelder liegen bei 1.000 Euro für den ersten, 500 Euro für den zweiten und 300 Euro für den dritten Platz. Einsendeschluß für Bewerbungen ist der 16. Januar. Alle Infos unter: [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

ASTRID GEHRKE,  
Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland

## Polnischer Blutzoll in der Ukraine

Neben Ukrainern und Russen sind es vor allem Polen, die im Krieg in der Ukraine ihr Leben lassen. Laut Berichten polnischer Medien sollen auf ukrainischem Territorium »in 10 Monaten Kampf mehr als 1.200 polnische Bürger getötet« worden sein, darunter Militärangehörige und Veteranen der 16. pommerschen mechanisierten Division in Olsztyn (etwa 100 km südlich von Kaliningrad). Dort ist ein Soldatenfriedhof nach US-amerikanischem Vorbild geplant, auf dem allein Platz für insgesamt 1.700 Grabstellen sein soll.<sup>1</sup>

Die Zahl von 1.200 getöteten Polen sei eine klare Untertreibung, meint zumindest Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptverwaltungsrates des Gebietes Saporoschje, kürzlich gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS. Er erklärte demnach: »Diese Zahlen entsprechen eindeutig nicht der Realität. Wenn wir die Zahl der liquidierten ausländischen Söldner allein in der Stadt Saporoschje betrachten, als sie in Erholungszentren, in Pensionen, in der Aluminiumhütte und in Hotels beschossen wurden, sprechen wir von mehr als tausend getöteten ausländischen Söldnern, von denen garantiert etwa die Hälfte Polen waren, und das außerhalb der Kampfhandlungen. Wenn wir die Kämpfe in den Gebieten Guljaipole,

Orechowo, Kamenskoje, Wremewski Wystup nehmen und die Kämpfe bei Charkow dazuzählen [...] ist die Zahl von 1.200 nicht rückholbaren Verlusten eindeutig untertrieben.«

Rogow sieht im aktuellen Eingeständnis der 1.200 toten polnischen Staatsbürger ein Signal der polnischen Regierung, daß sie der polnischen Öffentlichkeit begreiflich machen möchte, daß die beabsichtigte Einverleibung der westukrainischen Territorien in das polnische Staatsgebiet<sup>2</sup> auch mit Opfern verbunden sei. Polnische Behörden sollen derzeit nach Argumenten für einen Rückgabeanspruch der bis 1939 zu Polen gehörenden Gebiete in der heutigen Westukraine suchen. Dazu gehören auch Massaker der Bandera-Faschisten an Polen in Wolhynien und Ostgalizien.

Inwieweit die polnischen Bestrebungen mit den Interessen der westlichen Führungsnationen – also insbesondere der USA – kompatibel sind, bleibt freilich reines Spekulationsobjekt.

GERD MARKMANN

1 – <https://dziennik-polityczny.com/2022/11/23/niechlubny-koniec-najemnicy-ktorzy-zgineli-na-ukrainie-zostana-pochowani-w-amerykanskich-grobach/>

2 – »Kriegsgeschrei und Aufrüstung«, BBP 2/2022

## Kulturbanausentum

Dem Beitrag von Peter Vida zur »Unkultur der Bilderstürmerei« (BBP 11/2022) ist unbedingt zuzustimmen! Aber das bißchen Kartoffelbrei hat ja keinerlei Wirkung. Das eigentliche Problem geht noch viel weiter.

Als die G7-Außenminister im Friedenssaal von Osnabrück zusammentraten, ließ Baerbock das Friedenskreuz von 1648 in die Abstellkammer verbringen, wegen der Rücksicht auf einen nicht-christlichen Japaner, der das aber als gebildeter Mensch gar nicht forderte!

Jetzt holte sie zum nächsten Schlag aus: Das Bismarck-Zimmer, so genannt in Erinnerung an den ersten gesamtdeutschen Außenminister des Deutschen Reiches von 1871 bis 1918, wurde nun abgeschafft und zum Saal der deutschen Einheit umbenannt. Niemand hat der grünen Außenministerin erklärt, daß dieser Saal damit nichts zu tun hat, denn die deutsche Einheit begann im Volkskammer-Saal des Palastes der Republik und es hätte sich im Haus des Deutschen Bundestages sicher ein geeigneter Saal finden lassen!

Hätte Frau Baerbock vor ihrer Amtszeit als »Chef-Diplomatin« das von ihrem x-ten Vorgänger Joschka Fischer initiierte Buch »Das Amt und seine Vergangenheit« gelesen (das allein wäre ein Vollzeitsstudium wert gewesen), dann hätte sie eine »Ahnung ahnen können«, welches belastete Erbe unserer Geschichte der deutschen Außenpolitik sie sich anzutreten getraut!

Aber nein: was ist schon Geschichte?

Hier und da 'mal eine Kranzniederlegung und gut ist! Überzeugungen sind nur eine zeitliche grüne Erscheinung!

Deutsche Geschichte ist auch der »Westfälische Friede« von 1648 nach dem 30-jährigen Krieg. In 374 Jahren hat niemand gewagt, Hand anzulegen an das Kreuzifix im Friedenssaal von Osnabrück! Es wurde auch nicht zur Kriegsbeute. Da bedurfte es einer buchstäblich grünen Außenministerin, die für eine des Saales unwürdige Veranstaltung dieses Kreuz abhängen und in eine Kammer verbringen ließ, weil die G7-Außenminister über ihren Anteil an der Forcierung des Ukraine-Krieges im Friedenssaal beraten wollten; da hätte Jesus sicher gestört! Öffentliche Meinung aus der Elite unseres Landes: Gloria Fürstin von Thurn u. Taxis: Kulturbanausentum!

Was hat Frau Baerbock eigentlich gegen Kreuz und Bismarck; was versteht diese Ministerin von deutscher Geschichte? Wäre hier nicht ein Einschreiten des Bundespräsidenten und Außenministers a.D. oder des Bundeskanzlers geboten gewesen, um die feminine wertebasierte Arbeit in richtige Bahnen zu lenken? Scheinbar sind die Schuhe von Bismarck, Rathenau und Stresemann doch ein bißchen zu groß, oder? Wie sagte schon Alt-Kanzler HELMUT SCHMIDT: »Wer die Grünen wählt, wird sich später mal bitterste Vorwürfe machen.«

BERND C. SCHUHMAN

## Kulturbanausentum II

Denkmal für Nikolai Ostrowski abgerissen

**Schepetowka (bbp).** Den Roman »Wie der Stahl gehärtet wurde« von NIKOLEI OSTROWSKI kennen zumindest alle, die noch auf Lebenserfahrungen in der DDR zurückgreifen können. Nicht alle werden das Buch damals gelesen haben – immerhin gehörte es zur Pflichtliteratur im Deutschunterricht. Daher wurde damals auch regelmäßig die Verfilmung im Fernsehen gezeigt.

Nikolai Ostrowski lebte von 1904 bis 1936. Er kam im Gouvernement Wolhynien, dem heutigen ukrainischen Gebiet Rowno, zur Welt und identifizierte sich zeitlebens als Ukrainer. Viele Jahre lebte er mit seiner Familie in der Nähe in Schepetowka (heute Gebiet Chmelnyzki). Sein Denkmal in Schepetowka war neben seinem zu einem Museum umgebauten Wohnhaus aufgestellt. Nun wurde es abgerissen, wie das Nachrichtenportal Strana.ua vermeldete.



FOTO: TIME/ÜBERSICHT\_UKRAINE\_KANAL

Ostrowskis teilweise autobiographischer Roman »Wie der Stahl gehärtet wurde« erschien erstmals im Jahr 1934. Er wurde zum meistverlegten Literaturwerk der UdSSR und nach einer Übersetzung in Dutzende Fremdsprachen zu einem der meistverlegten Bücher weltweit.

Der russische Schriftsteller Sachar Prilepin kommentierte den Abriß des Denkmals für Ostrowski: »In einer normalen Ukraine wäre er ein Gegenstand des Stolzes. Der Sohn eines tschechischen Vaters und einer russischen Mutter wählte für sich die ukrainische Nationalität. Doch in der heutigen wilden 'Ukraine' ist er ein Geächteter.«

## Das Schlachtfeld Geschichte

»Der Ukraine-Krieg und das Schlachtfeld Geschichte« – so lautete der Titel eines Vortrags des renommierten Historikers und Politikwissenschaftlers Dr. STEFAN BOLLINGER, den dieser am 2. Dezember im Marx-Engels-Zentrum (MEZ) Berlin gehalten hat. MEGA Radio-Redakteur ALEXANDER BOOS hat ihn interviewt. Nachzuhören auf [www.youtube.com/@AlexanderBoos-MEGA-Radio/videos](http://www.youtube.com/@AlexanderBoos-MEGA-Radio/videos)

## Schweyk zur Frage...

...weshalb wir die Bücher von Dostojewski nicht ins Feuer werfen müssen

Ja, ich hab's schon gehört, daß alles Russische zur Zeit in der Ukraine einen schlechten Stand hat. Ja nicht nur in der Ukraine, sondern auch bei uns.

Wer sich nicht sofort und überzeugend von Putin distanziert, der kann hier nicht mehr auftreten, selbst wenn er ein exzellenter Generaldirigentmusikmeister ist, wie jüngst in München – ja sogar die Anna Netrebko kommt immer wieder ins Gerede wegen einer Geburtstagsfeier mit Putin, bei der sie aufgetreten ist. Zuletzt in Regensburg.

Nun ja, ich mach mir deshalb weniger Sorgen, mir hat der Putin nie zum Geburtstag gratuliert. Ich ihm auch nicht. Warum auch? Ich kenn den Mann doch nur aus der Zeitung. Da steht nichts Gutes über ihn. Also eigentlich kenn ich ihn gar nicht.

Noch steht das Puschkin-Denkmal in Odessa, aber andernorts, vor allem in der Westukraine sollen sie solche Denkmäler schon abmontiert und dafür den Bandera auf den Sockel gehoben haben, den verehren sie in der Westukraine, weil er immer für die Unabhängigkeit der Ukraine von den Russen, den Polen und den Juden eingetreten ist. Ja, da ist es zu regelrechten Pogromen gegen Polen und Juden gekommen, was aber vom ehemaligen Botschafter Melnyk in Abrede gestellt wird, so daß er sich nicht vom Bandera distanzieren muß.

Die Ukrainer entdeckten nun auch wieder ihre eigene Sprache und da versteht es sich von selbst, daß die russische Literatur nicht mehr so wohlgelesen ist.

## Krieg und Tod

*Jede Frau ist auf der Erde,  
Daß sie einmal Mutter werde.  
So kann sie Glück und Leben schenken.  
Daran sollte sie stets denken.*

*Manch Weib – schockschwere Not,  
Verdient ihr Geld mit Krieg und Tod.  
Nach von der Leyen und AKK  
Ist jetzt dafür Frau Lambrecht da.*

*Obwohl sie alle Mütter sind,  
Der Welt geschenkt so manches Kind.  
Ist auch Christine – wie es scheint,  
Mit Gevatter Tod vereint.*

*Statt auf Diplomatie zu setzen,  
Hilft sie ihm beim Messer wetzen.  
Sie sollte für den Schutz von Leben,  
Lieber dauerhafte Neutralität anstreben.*

RAINER KROBOTH

Es gibt ja genug ukrainische Autoren, die müssen sie halt erstmal kennenlernen.

Wohin mit der russischen Literatur? Könnt man sie ins Feuer werfen? Besser nicht, das würd' böse Assoziationen wecken. Andererseits möchte man sich nicht damit belasten, politisch mein ich. Private Verbrennungen sind ja nicht verboten, also im eigenen Kamin, freilich der Schornsteinfeger sieht das nicht so gerne wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Aber den Dostojewski müßens nicht ins Feuer werfen, den müßens lesen. In den »Brüdem Karamasow«, da gibt es eine interessante Passage, da geht es um den Großinquisitor, das ist der Mann, der dem auf die Erde zurückgekehrten Jesus Christus erklärt, daß er sich leider gezwungen sieht, ihn am nächsten Tag dem Scheiterhaufen zu übergeben, denn er sei ein Störenfried, der die traditionelle Macht der Kirche gefährde. Machterhalt ist das A und O.

Ja, wenn man den Text genau liest, wird man feststellen, daß der Großinquisitor sich bewußt ist, daß er mit dem Teufel im Bunde ist. – Fällt Ihnen da etwas auf? Denkens an Ihre Zeitungslektüre! Ich machs kurz und sag Ihnen, daß sich der Dostojewski mit dem Porträt des Großinquisitors schon 1880, als die Erstausgabe in Rußland erschienen ist, ganz deutlich von Putin distanziert hat. So etwas darf man nicht ins Feuer werfen. Auf gar keinen Fall! Das muß man lesen!

HARTMUT LINDNER

(nach den ihm zugespilten Mitschnitten des Amts für Gesprächsaufzeichnungen – AGA)

## Kulturbanausentum III



FOTO: TIME/ÜBERSICHT\_UKRAINE\_KANAL

Denkmalsschändung: Statue des russischen Dichters Alexander Puschkin in Odessa steht noch. Allerdings beschmiert mit der Parole »Hau ab«. Foto vom 10. November 2022

»Als die Panzer mit dem deutschen Hakenkreuz einfuhren, war uns klar, daß wir weg mußten«

NADJESHDA, Mutter von zwei Kindern, aus dem Bezirk Kupjansk (Region Charkow), Nov. 2022

# Zur Anatomie des Ukraine-Krieges

von Bernd C. Schuhmann

**Die bereits vom März 2022 stammenden Betrachtungen in dem Beitrag »Der Achtjährige Krieg« (BBP 11/2022) haben mich zu weiteren tieferen Überlegungen angeregt: Dieser Krieg ist zutiefst ungerecht, aggressiv und haßerfüllt! Von allen Seiten! Ungerechter Krieg ist aber keine ideologische Einbahnstraße, sondern abhängig von der Anatomie bzw. der Historie eines Konfliktes. Wie konnte es dazu kommen, daß ein slawisches Brudervolk, das nie getrennt war (nach 1.000 Jahren Kiewer Rus) aufeinander losgeht?**

Die Ukraine (Ukraine altrussisch »OKRAI-HA« = Außenbezirk) hat 1991 sich für unabhängig erklärt, war aber Teil der GUS-Gemeinschaft geblieben.

Die USA unter der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton und seiner Nachfolger mischten sich zunehmend in die geopolitischen Prozesse in Ostmitteleuropa ein, obwohl vor der deutschen Wiedervereinigung unter der Präsidentschaft von George Bush (sen.) die Erweiterung der NATO über die Ostgrenze der DDR hinaus ausgeschlossen wurde. US-amerikanische Presse berichtet, daß es eine Zusage an Gorbatschow durch den amerikanischen Außenminister James Baker gab, bevor dieser der Wiedervereinigung zustimmte, die schriftlich im US State Department vorliege.

Unter der Präsidentschaft Clintons setzte sich dessen Meinung durch, daß sie den Kalten Krieg schließlich doch gewonnen haben und auf Rußland keine Rücksicht nehmen mußten.

Unter der folgenden Präsidentschaft George W. Bushs (jr.) formierte sich der aggressive Druck gegen Rußland. Auf der NATO-Rats-tagung unter Rußlands Teilnahme mit Boris Jelzin forderten die Westmächte (ohne Zustimmung von Präsident Chirac) von Jelzin die Zustimmung zum NATO-Beitritt der Ukraine, was Jelzin aber bis dato als »Verrat an unserem Volk« ablehnte und doch hinnahm. Damit begann der unheilvolle, provokative Kurs der NATO schon 1997 in Madrid mit einer Fast-Assoziierung der Ukraine ins NATO-System.

2008 wurde der Beitritt der Ukraine von der BRD und Frankreich gegen das Votum der USA abgelehnt. Der US-amerikanische Diplomat William Burns (seit 2005 US-Botschafter in Moskau; unter Biden jetzt CIA-Direktor) warnte seine Regierung vor einem NATO-Bei-

tritt der Ukraine als eine Überschreitung der absoluten roten Linie der Russischen Föderation mit allen Konsequenzen!

Die Beibehaltung früherer NATO-Beschlüsse, wie Verzicht auf Beitritt der Ukraine und Zustimmung zur Neutralität der Ukraine mit Sicherheitsgarantien Rußlands und der NATO hatten das Potential der Friedensbewahrung!

Der nicht unwesentliche Beitrag zur Beendigung dieser Bestrebungen darf wohl den entwickelten nationalistischen Kräften der Ukraine zugerechnet werden. Die erneute Thematisierung der Ukraine Frage im Jahr 2021 durch den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Auftrag der USA, hatte das Potential der unmittelbar provokativen Friedensgefährdung in Europa, dem sich alle NATO-Staaten anschlossen.

Deshalb kommt der ehemalige Außenstaatsminister von Kanzler Helmut Schmidt, Klaus von Dohnanyi, zu dem Schluß, daß Stoltenberg der bisher schlechteste NATO-Generalsekretär in einem schlecht geführten Unternehmen sei; ich meine, er gehört nach Biden und den deutschen Grünen zu den gefährlichsten Politikern in Europa.

Wolfgang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, schrieb 2018 zur Frage des Ukraine-Beitritts in die NATO; »Die Frage einer Mitgliedschaft der Ukraine ist im Bündnis de facto längst negativ entschieden worden...« (Welt in Gefahr, S. 124). Die Aktivierung der ukrainischen NATO-Frage im Jahre 2021 in die Tagesordnung des NATO-Rates trotz der 2008 schon fehlenden Zustimmung von Deutschland und Frankreich im NATO-Rat war der Startschuß für die Aggression; das macht den Krieg aus westlicher Sicht aber noch längst nicht zu einem gerechten Krieg.

Die Ampel-Regierung hat vor ihrer hoch gepriesenen »Zeitenwende« keinerlei diplomatische Aktivitäten gegen den schon 2021 erkennbar drohenden Konflikt gezeigt, sondern »ruhig und besonnen« den Krieg erwartet; bei Frau Merkel und Präsident Macron wäre das sicher anders gelaufen!

Als der Krieg da war, verkündete die Ampel-Regierung die »Zeitenwende mit atomarer Teilhabe« (Scholz, 27.02.2022) und alles reiste nach Moskau, um Putins neuen Tisch zu besichtigen; sie haben sich durch Nichtstun mitschuldig gemacht an allen Opfern des Krieges!

»Der Imperialismus ist wieder zurück in Europa« verkündete Olaf Scholz, als sei das eine »sowjetrussische Erfindung«! Was soll das? Der war nie weg.

Die aggressive Sanktionspolitik der EU, angetrieben durch die Biden-Administration, ruiniert ganze Volkswirtschaften und die protektionistische US-Subventionspolitik Bidens zum Schaden Europas zeigt, welche Überlegungen für die amerikanische Außenpolitik auch in der Krise wichtig sind: Rüstungsexporte, Extra-Profite und »Amerika first«!

Wenn nun aber der deutsche Bundeskanzler die Beschaffung der amerikanischen Tarnkapfenbomber F35 (Stückpreis 80 Mill. Dollar) damit begründet, daß dies der Beitrag Deutschlands zur »atomaren Teilhabe« in der Zeitenwende sei, dann bleiben kaum noch Fragen offen: ein Signatarstaat aller Atomwaffen-Sperrverträge ist bereit, als Dienstleister fremde Atomwaffen im NATO-Auftrag ins Ziel (Olaf Scholz am 05.12.2022) zu bringen!

So entlarvt sich das allgegenwärtige Geschwätz von der friedensstiftenden Funktion von EU und NATO als (Über-)Lebenslüge des globalen US-amerikanischen Hegemonismus.

G20 Staaten:

## Das Drohen mit Atomwaffen verurteilt

Zum ersten Mal delegitimieren die Staaten der G20 Atomwaffen in einer gemeinsamen Erklärung, darunter die sechs Atomwaffenstaaten USA, Großbritannien, Frankreich, Indien, China und Rußland! Dies haben die G20 in der Abschlusserklärung ihres Gipfels in Indonesien niedergeschrieben. Darin bezeichnen sie den Einsatz und die Drohung mit Atomwaffen als »unzulässig«.

Diese Wortwahl ist inhaltlich und fast auch wörtlich deckungsgleich mit der Abschlusserklärung der ersten Vertragsstaatenkonferenz

des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV). Daran zeigt sich, daß die normative Kraft des AVV auch in politischen Foren außerhalb des Vertrags wirkt. Die rechtliche Norm des AVV hat eine politische Erwartungshaltung geschaffen, welche jetzt das Verhalten der G20 beeinflusst hat. Damit wird das nukleare Tabu gestärkt und ein atomarer Konflikt unwahrscheinlicher..

Dieses Beispiel widerlegt viele Kritiker des AVV und unterstreicht die Wichtigkeit und Aktualität unserer Arbeit. Der AVV verbietet

den Einsatz, Test und auch die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen unter jeglichen Umständen.

Mit einer politischen Deklaration allein ist jedoch noch keine nationale Politik verändert. Daher werden wir uns weiter dafür einsetzen, daß Deutschland die nukleare Teilhabe beendet und dem Atomwaffenverbotsvertrag beiträgt, damit das nukleare Tabu weiter gestärkt wird. Du willst unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr.

FLORIAN EBLENKAMP, ICAN | 21

## Jahresrückblick

**Eberswalde (bbp).** »Kälte, Einsamkeit, für manchen Hoffnungslosigkeit, prägten den Januar 2022«, heißt es im Jahresbericht des Vorstandes der Eberswalder Basisgruppe der BRANDENBURGISCHEN FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT E.V. (BFG). Noch immer wüteten die Corona-Pandemie samt der Gegenmaßnahmen, die schon zwei Jahre lang einen normale Freundschaftsarbeit unmöglich gemacht hatten. Dennoch hofften die Freunde der BFG darauf, in diesem Jahr wieder zu ihrem normalen gesellschaftlichen Leben zurückkehren zu können.

Dann, »unglaublich für uns, unsere Weltanschauung erschütternd, wurden wir von den Kriegsereignissen in der Ukraine überrascht. Unsere berechnete Forderung: Frieden mit Rußland. Aber was kommt dann? Das war unsere berechnete Frage. Vielen Freunden und Anhängern konnten wir nicht immer die klärenden Antworten geben, welche erwartet wurden. Damit sind wir im Einzelnen gegenwärtig noch befaßt.«

Am 8. Mai 2022 gehörte die BFG wieder zu den Mitorganisatoren der jährlichen Gedenkfeier zum Tag der Befreiung auf dem Gedenkfriedhof an der Freienwalder Straße. Wegen des eskalierten Kriegs in der Ukraine, war auch in diesem Jahr ein »stilles Gedenken« mit vielen Gleichgesinnten, Freunden und mitfühlenden Gästen vorgesehen. Doch »in der Folge wurden wir in die Eberswalder Polizeidienststelle zur Klärung eines Ermittlungsverfahrens« vorgeladen. »In gemeinsamer Prüfung aller Umstände sind wir uns sicher, dem Ansinnen des Tages entsprochen zu haben«, so der BFG-Vorstand, der noch immer auf eine abschließende Entscheidung des Polizeipräsidiums des Landes Brandenburg wartet. Vor diesem Hintergrund und differenzierter Meinungen, Haltungen und Forderungen zu Inhalt, Form und Organisation gelang es dann leider nicht, die traditionelle Veranstaltung am Weltfriedenstag am 1. September wie in den Vorjahren umzusetzen.

»Erfreut nahmen wir zur Kenntnis, daß unser Ehrenmitglied und langjähriger Vorsitzender WALDEMAR HICKEL, der lange Zeit sehr krank war, sich auf dem Wege der Besserung befindet.« Inzwischen wohnt er in der Nähe seines Sohns in Schwedt. Die Eberswalder BFG-Gruppe bemüht sich, auch über den Landesverband den Kontakt mit ihm aufrechtzuerhalten.

Mit großer Freude erfuhr die BFG Eberswalde, daß in Rostow am Don im November ein Denkmal für die beiden Finower Piloten Boris Kapustin und Wiktor Janow übergeben wurde. »Im Namen aller Mitglieder haben wir unsere Gratulation den Familienangehörigen und Freunden übermittelt.«

Aktuell ist der Vorstand um den Vorsitzenden KARL DIEDRICH dabei, erste Pläne für die Freundschaftsarbeit im Jahr 2023 zu schmieden. Abschließend wünscht der Vorstand allen Vereinsmitgliedern und Freunden »ein besinnliches Weihnachtsfest, und ein erfolgreiches und frohes Neues Jahr 2023«.

Boris Kapustin & Juri Janow:

## Denkmal für die Helden vom Stößensee

**Rostow am Don (bfg/bbp).** Am 6. April 1966 stürzte über Westberlin ein sowjetisches Flugzeug ab. Die Jak-28 war vom Flugplatz Finow aus gestartet. Über dem Westberliner Ortsteil Westend fielen plötzlich beide Triebwerke aus. Die beiden Piloten BORIS KAPUSTIN und VIKTOR JANOW blieben in der Maschine, um einen Absturz in ein Westberliner Wohngebiet zu verhindern. Das Flugzeug stürzte in den Stößensee und beide Piloten starben.

Die Barnimer Basisgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) erinnert seit vielen Jahren an den Tag des Absturzes. Die einst am Denkmal im Stadtpark Finow angebrachte Erinnerungstafel ist jetzt im Garnisonsfriedhof in Westend zu sehen. Dort veranstaltet die BFG jährlich am 6. April Gedenken, um an die Heldentat der beiden Piloten zu erinnern. Auch im Luftfahrhistorischen Museum in Finowfurt wird daran erinnert. Dort gehört eine Jak-28 zu den Ausstellungsstücken. Daneben steht ein Gedenkstein für Boris Kapustin und Wiktor Janow.

Die BFG pflegt seit vielen Jahren enge Kontakte zur Witwe von Boris Kapustin, die in Rostow am Don lebt. Seit dem 21. November 2022 gibt es auch dort ein Denkmal für die beiden Finower Piloten.

MARINA ANTIPOVA, die Leiterin des militärhistorischen Museums in Rostow am Don schrieb dazu:

Am 21. November um 17 Uhr wurde im Rostower Park »Freundschaft« ein Denkmal zu Ehren der Leistung der sowjetischen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow eröffnet. Es ist 56 Jahre her, seit die Heldentat, das Leben der Berliner zu retten, vollendet wurde. Und jetzt haben wir alle zusammen in unseren Ländern – in Deutschland und in Rußland – auf ein echtes, schönes, modernes, mit neuen Technologien fertiggestelltes Denkmal gewartet. Nur der Bildhauer Witali Kasanski hat nicht gewartet, er starb am 7. November, kurz vor der Eröffnung, an einem Herzinfarkt.

Im Namen von Galina Andrejewna (Kapustina) und ihrer Familie möchte ich allen danken, die in Deutschland durch ihre Erinnerung, ihre Taten, Handlungen, Treffen, Ehrungen, die Pflege von Gedenkstätten in Deutschland und die Briefe, die wir ständig ausgetauscht haben, diesen bedeutenden Tag – den Tag des offenen Denkmals – näher gebracht haben.

## Theoriezeitschrift »Streifzüge« auch online

Alle Beiträge unserer Homepage werden auch in Zukunft keine paywall aufweisen. Trotzdem oder gerade deswegen wäre es fein, wenn sich die Visitanten und Visitantinnen doch gelegentlich bereit fänden, dies zu honorieren.

Die Herausgabe der Streifzüge ist zwar nach wie vor gesichert, aber wir sind (öffentlich Förderungen für uns gibt es keine!!) auf Spenden, Abos, Trafos und diversen Transspensionen angewiesen. Details siehe: [www.streifzuege.org/bestellen-spenden/trans-trafo-abo/](http://www.streifzuege.org/bestellen-spenden/trans-trafo-abo/)



Foto: MARINA ANTIPOVA

Das »Lichtbecken« unter dem Denkmal ist eine sehr ungewöhnliche Lösung, die dieses Denkmal sofort hervorhebt. So etwas gibt es in der gesamten Don-Region nicht. Unter der Glasbeschichtung befindet sich eine Karte von Berlin aus dem Jahr 1966.

Mit großem Respekt Marina Antipova und Galina Andrejewna Kapustin.

Für die Denkmaleinweihung hatten CHRISTEL SIMON und ALBRECHT TRILLER sowie NONNA IWASCHTSCHENKO und ELLA POLUNINA zuvor Materialien und Fotos, die die Freundschaftsgesellschaft in den vergangenen Jahren gesammelt hatte, nach Rostow am Don geschickt.

Heuer sind bereits 56 Artikel auf der Webseite erschienen. Zuletzt waren das die Texte von Petra Ziegler zum Wert ([www.streifzuege.org/2022/umweg-als-irrweg/](http://www.streifzuege.org/2022/umweg-als-irrweg/)), von Robert Zöchling zum neuen österreichischen Medienpaket (.../wert-demontieren) und von Wolf Rutzel zum Krieg in der Ukraine (.../diese-russen-schneiden-sich-selbst-zwei-finger-ab).

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern weiter eine anregende Lektüre und ebenso ein angenehm interessantes neues Jahr.

FRANZ SCHANDL

## Für Familien klotzen statt kleckern

Im Hinblick auf eine zukunftssichere und nachhaltige Kindertagesbetreuung fordert die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler eine dauerhafte Entlastung von Familien. Auf lange Sicht umfaßt dies die Beitragsfreiheit für alle Kinder und auf kurze Sicht das Angebot von kostenlosem Mittagessen.

Nach nunmehr drei Jahren Coronapandemie und dem seit Februar anhaltenden Krieg in der Ukraine planen die Koalitionsfraktionen eine Entlastung von Familien bei der Kindertagesbetreuung. Dies begrüßen wir.

Gerade Familien, insbesondere jene mit mehreren Kindern, sind durch die dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten stark betroffen und benachteiligt.

Allerdings darf die Entlastung kein Ablaufdatum besitzen, so wie es derzeit vorgesehen ist. Der Gesetzesantrag der Koalition greift zu kurz. Für so viel Fragwürdiges ist genügend Geld da, aber bei unseren Kindern und Famili-

en wird geknausert. Endlich werden längst versprochene Maßnahmen hin zur kostenlosen Kita auf den Weg gebracht und dann baut sich die Koalition doch wieder ein Hintertürchen ein, um ab 2025 alles rückgängig zu machen. Das ist weder nachhaltig noch ehrlich und vor allem ist es kein angemessener Umgang mit Familien und Kindern, die in den letzten Jahren sehr viel zurückstecken mußten!

Um Familien nachhaltig und dauerhaft zu entlasten, wird unsere Fraktion hierzu einen eigenen Antrag einreichen. Dieser sieht neben der Entfristung der Regelungen auch das kostenlose Mittagessen für jedes Kind, die jährliche Förderung des Ausbaus von Krippen-, Kita- und Hortplätzen, die Abschaffung des Schulgeldes für die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher sowie die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze vor.

*ILONA NICKLISCH, Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg*

## Erster »Runde Tisch Soziales« tagte

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** In diesem Winter wird mit zahlreichen sozialen Herausforderungen gerechnet. Einem Vorschlag aus der Stadtverordnetenversammlung folgend, hat die Stadtverwaltung Anfang Dezember die verschiedenen sozialen Träger in der Stadt zu einem ersten »Runden Tisch Soziales« eingeladen.

Den Beteiligten ist bewußt, wie schwierig die kommenden Monate für einen Großteil der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger werden könnten. Daher braucht es zunächst einen unkomplizierten Überblick, wohin man sich in einer Notlage wenden kann. Noch vor den Feiertagen soll ein gemeinsamer Informationsflyer mit allen Unterstützungsangeboten der Träger entworfen und sowohl digital als auch in einer gedruckten Version veröffentlicht werden. Anschaulich und kompakt werden darin die bestehenden sozialen Angebote in der Stadt Eberswalde zusammengefaßt.

Darüber hinaus verständigte man sich darauf, zu prüfen, ob und wie weitere beziehungs-

weise neue Angebote realisiert werden können. Hier brauche es jedoch Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Träger appellieren daher an ehrenamtlich Interessierte, sich an die Freiwilligenagentur zu wenden, um ihre Bereitschaft zum sozialen Engagement hinterlegen und dokumentieren zu lassen. »Nur gemeinsam können wir den großen sozialen Herausforderungen in diesen schwierigen Zeiten begegnen und die daraus resultierenden Probleme abmildern«, sagt Bürgermeister Götz Herrmann. »Ich hoffe und vertraue auch auf die Bereitschaft der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger, diesen Winter solidarisch und empathisch zu meistern.«

Anfang Februar 2023 wird man sich noch einmal zum »Runden Tisch Soziales« zusammenfinden, um auch für die Zukunft gemeinsame Anstrengungen abzustimmen und zu koordinieren. Außerdem soll ermittelt werden, wie die etablierten Hilfsangebote- und Maßnahmen gewirkt haben beziehungsweise was weiter benötigt wird.

## Pracht im Spätherbst

*Der Amberbaum in Lichterfelde*



Foto: Dr. ANDREAS STEINER

Im Jahr 2016 wurde vor der Lichterfelder Kirche der Amberbaum als Ersatz für die alte ortsprägende Trauerweide gepflanzt. Unabhängig des Verlustes der schönen Weide war die Wahl des Amberbaumes eine gute Entscheidung. Nachdem fast alle Laubbäume ihre Blätter verloren hatten, stand der Amberbaum auch im November noch in voller Pracht, mit Grüntönen über gelb, hellrot bis dunkelrot. Ein Hingucker ist er aber auch über das ganze Jahr: Die stattliche Wuchsform, die schön geformten, ahornähnlichen Blätter und die dekorativen Korkleisten am Stamm, die sich mit dem Alter noch mehr ausprägen werden.

*Dr. ANDREAS STEINER*

## Familienkonzert

Am ersten Dezembersonntag fand das diesjährige Familienkonzert des Beirates für Migration und Integration statt. Die rund 70 Besucher genossen eine breite Mischung aus instrumentalen und vokalen Werken unterschiedlicher Genres. Ob barocke Stücke von Bach und Telemann oder aktuelle Songs von Sia – für jeden Geschmack war etwas dabei. Die Darbietungen an Geige, Saxofon, Gitarre, Blockflöte, Cello und Klavier zeugten von einem hohen künstlerischen Niveau.

Besondere Beachtung fanden die Gesangsstücke von Alina Kuznetsova, einer vor kurzem aus der Ukraine geflüchteten jungen Frau. Sie präsentierte ukrainische Lieder und besang so das Leid ihres Landes. Seit ihrer Ankunft in Bernau ist sie ehrenamtlich in der Migrationsarbeit engagiert und erfreute die Besucher mit ihrem Auftritt.

Auch dieses Jahr konnten wir zeigen, daß Musik Brücken baut und Menschen verbindet. Der Migrationsbeirat plant auch fürs kommende Jahr eine breite Vielfalt von interkulturellen Veranstaltungen.

*PÉTER VIDA*

Uns erreichte die traurige Nachricht, daß unser guter  
Freund und langjähriger Mitstreiter

## Bernd Pomraenke

am 9. Dezember 2022 nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Bernd engagierte sich sehr aktiv in vielen gesellschaftlichen Bewegungen und Bürgerinitiativen, wie zum Beispiel in der Interessengemeinschaft Mieten. Dort half er vielen Menschen mit seiner Sachkunde in ihren Sorgen und Nöten.

Zu diesen und vielen anderen Themen schrieb er zahlreiche Beiträge für die »Barnimer Bürgerpost«, die er bis zu seiner Erkrankung auch den Abonnenten in seinem Wohngebiet in den Briefkasten brachte.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und Enkeln.

*Dr. MANFRED PFAFF (Vorsitzender des Vereins)*

*GERD MARKMANN (Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)*

## Ein kleiner Sieg der Pressefreiheit in Großbritannien

Chris Mullin berichtet über ein Verfahren vor dem obersten britischen Kriminalgericht Old Bailey, in das er involviert ist. Es geht um den Quellenschutz von Journalisten, die Recherchen über Straftaten, die unter den Terrorism Act 2000 fallen, durchgeführt haben. Chris Mullin, ein ehemaliges Mitglied des Unterhauses (Labour Party), hat durch seine intensiven Recherchen zur Aufklärung und Korrektur eines schweren Justizirrtums gegenüber den »Birmingham Six«, die fälschlich wegen Bombenanschlägen der IRA angeklagt und verurteilt waren, beigetragen. Er ist der Verfasser von »Error of Judgement: The Truth about the Birmingham Bombings« and »A Very British Coup« und weiterer Bücher.

Er sollte nun, so der Wunsch der West Midlands Police, gezwungen werden, seine Quellen offenzulegen, damit die terroristischen Straftäter zur Rechenschaft gezogen werden können. Mullin lehnte das Ansinnen ab und berief sich auf das Recht des Journalisten auf Quellenschutz, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist. Sein Bericht beleuchtet auch düstere Aspekte der britischen Strafverfolgung während der 70er und 80er Jahre in Großbritannien im Kontext des Nordirlandkonflikts. (H.L.)

**Chris Mullin: Tagebucheintrag (London Review of Books, 7.4.2022)**

Freitag, 25. Februar (2022). Vorladung vor Old Bailey, dem obersten britischen Kriminalgericht, um zu einem Antrag nach dem Terrorism Act – darunter machen sie es nicht, die Leute von der West Midlands Police – Stellung zu nehmen. Sie verlangen, daß ich ihnen Aufzeichnungen aushändige, die ich in den 80er Jahren bei meinen Recherchen zu den Bombenanschlägen auf Gaststätten in Birmingham gemacht habe, denn sie erhoffen sich dadurch, einen der noch lebenden Täter überführen zu können. Ein bißchen spät, mag man denken, angesichts der Tatsachen, daß der Bombenanschlag vor fast 50 Jahren verübt wurde und meine Recherchen, die zur Freilassung von sechs unschuldigen Männern führten, 1991 abgeschlossen wurden. Weshalb haben sie so lang gebraucht? Die einfache Antwort darauf ist, daß die West Midlands Police zusammen mit großen Teilen der Justiz sich damit zufrieden gegeben haben, zu glauben, daß die sechs, deren Verurteilungen aufgehoben worden waren, in Wirklichkeit schuldig waren. ...

Das war nicht mein erster Auftritt in Old Bailey. Im Januar 1988 war ich Zeuge, wie der oberste Richter Lane und zwei seiner Kollegen

schändlicherweise die Berufung der, die als die BIRMINGHAM SIX bekannt werden sollten, verwarfen. »Je weiter diese Anhörung fortgeschritten ist, um so mehr wuchs unsere Überzeugung, daß der Schuldspruch der Jury korrekt war«, sagte Richter Lane. Die Berufungsverhandlung dauerte sechs Wochen und war die längste in der britischen Justizgeschichte und erregte weltweites Aufsehen.

Es gab für dieses Verfahren »ausgewählte Besucher«. Und ich saß da Tag für Tag zusammen mit Ludovic Kennedy, dem besten Experten für Justizirrtümer; Kardinal Tomas O'Fiach, dem Erzbischof von Armagh und einer bewegten Gruppe von Politikern und Klerikern von beiden Ufern der Irischen See. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war sogar der Erzbischof von New York vertreten. Während meiner Beobachtung der Richter des Berufungsverfahrens begriff ich, daß man zugleich glänzend und dumm sein kann. Kein Detail entging ihrer Aufmerksamkeit und dennoch machten sie sich ein falsches Bild.

Ich war auch zwei Jahre später da, als Lord Lane zähneknirschend das Urteil der drei Männer und der einen Frau kassierte, die man fälschlich für die Bombenanschläge der IRA auf Gaststätten in Guildford und Woolwich ver-

urteilt hatte. Er hatte keine andere Wahl: Die Urteile basierten allein auf erfundenen Geständnissen. Dennoch konnte man fühlen, daß er, wenn die Staatsanwaltschaft nur den geringsten Widerstand geleistet hätte, einen Weg gefunden hätte, das Urteil aufrecht zu erhalten. ...

Und ich war hier noch einmal, im März 1991, als die Birmingham Six endlich freigesprochen wurden, nachdem der Fall durch den Innenminister an das Berufungsgericht übertragen worden war. Diesmal gab es keinen Zweifel über den Ausgang des Verfahrens. Die beiden Fundamente, auf denen ihre Verurteilung ruhte, die gerichtsmedizinischen Befunde und die Aufzeichnungen der Polizei, waren verworfen worden. Doch nichts davon hielt die Staatsanwaltschaft ab, am Urteil festzuhalten. Bis zur letzten Minute argumentierte der Ankläger Mr. Graham Boal QC, daß trotz allem die Urteile korrekt waren. Die Richter teilten dies nicht. Etwa eine Stunde später traten die sechs, die zu diesem Zeitpunkt sechzehn Jahre im Gefängnis gesessen hatten, triumphierend aus Old Bailey vor eine applaudierende Menge und eine Wand von Fotografen. Die Presseberichte gingen um die Welt. ...

Also bin ich wieder hier im Gericht, zum siebten Mal. ...

Die Sache, um die es geht, ist ziemlich einfach: Ermächtigt der Terrorism Act von 2000 die Polizei, Journalisten zu zwingen, ihre Quellen offenzulegen, wenn es um Terrorismus geht? Der damals amtierende Innenminister Jack Straw und Charlie Falconer, der ehemalige Justizminister, der das Gesetz durchs Parlament brachte, sagten beide aus, daß dies niemals beabsichtigt war. Diese Frage ist bei der Behandlung des Gesetzes im Oberhaus diskutiert worden und Falconer hat darauf bestanden, daß die Rechte von Journalisten davon unberührt bleiben. Es war hilfreich, daß er mir eine entsprechende Erklärung hatte zukommen lassen. Allerdings zählt nicht die Absicht, es kommt darauf an, was im Gesetz steht – vielmehr, was der Richter glaubt, was da steht. Es gibt drei Schlüsselfragen:

Erstens: Verfüge ich über Unterlagen, die unter das Terrorismusgesetz fallen?

Zweitens: Sind die Beweise, die die Polizei sucht, von einiger Relevanz?

Und schließlich: Ist es im öffentlichen Interesse, daß das Recht eines Journalisten, seine Quellen zu schützen, wie es im Artikel 10 der

## Menschenucher und Sozialist

Otto-Nagel-Ausstellung im Museum Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew).** Am 11. Dezember gab es im Museum Eberswalde einen Rundgang durch die Sonderschau »Otto Nagel – Menschenucher und Sozialist«. Dr. KURT WINKLER, Mitautor des Ausstellungskataloges, gab den Besucherinnen und Besuchern Einblicke in das künstlerische Schaffen des Malers und Autodidakten Otto Nagel (1894-1967).

In der Ausstellung werden 19 Gemälde und Pastelle aus der Sammlung der Akademie der

Künste in Berlin vorgestellt. Darunter befinden sich Stadtansichten vom Berliner Wedding, Nagels Heimatbezirk, und Porträts von Nagels Zeitgenossen.

Bisher lockte die Ausstellung Gäste aus Berlin, ganz Brandenburg und sogar aus München nach Eberswalde, wie Eintragungen im Gästebuch belegen. Darin heißt es zum Beispiel »Ich bin dankbar, das erste Mal Otto Nagel im Original zu sehen« und »Die kurze Reise aus Berlin, um die Otto-Nagel-Ausstellung zu sehen, hat sich mehr als gelohnt. Großartig!«

Die Sonderschau ist bis April nächsten Jahres im Museum Eberswalde in der Adlerapotheke (Steinstraße 3, 16225 Eberswalde) dienstags bis sonntags jeweils von 10 bis 13 sowie von 13 bis 17 Uhr zu sehen. Der Katalog »Otto Nagel. Menschenucher und Sozialist« mit einem Essay des Kurators der Ausstellung, Dr. ECKHARDT GILLEN, und Nagels Hauptwerken ist für 10 Euro im Museum erhältlich.



Foto: MUSEUM EBERSWALDE



Europäischen Konvention der Menschenrechte festgelegt ist, außer Kraft gesetzt werden kann?

Es gibt Präzedenzfälle, aber keiner passt auf meinen Fall. Das Gesetz läßt dem Richter viel Spielraum. ...

Mein einziges Ziel bei der Suche nach den Tätern (für die Bombenanschläge in Birmingham) bestand darin, sechs unschuldige Männer zu retten, die keine oder nur eine geringe Chance hatten, jemals frei zu kommen. Mir war von Anfang an klar, daß die Niederschlagung ihres Falles kein Beweis für ihre Unschuld war. Um dies zu erreichen, mußte ich diejenigen, die die Bombe gebaut und plaziert hatten, überzeugen, detailliert zu beschreiben, was sie getan hatten, so daß es den Verantwortlichen nicht länger möglich sein würde, vorzuspiegeln, daß die wahren Schuldigen hinter Gittern säßen.

Dies erforderte Detektivarbeit, die ich gerne der West Midland Police empfohlen hätte, wenn sie damals daran interessiert gewesen wäre. Ich interviewte 16 der 17 Männer, die Mitte der 70er Jahre in Birmingham und Umgebung Bomben gelegt hatten. In jedem einzelnen Fall mußte ich ihnen die absolute Garantie der Vertraulichkeit geben. Wenn sie auch nur einen Moment den Verdacht gehegt hätten, daß ich Informationen für die Polizei sammeln würde, hätte nicht einer mit mir kooperiert.

Was ich getan habe, war einzig und allein im öffentlichen Interesse. Es führte nicht nur zur Korrektur eines verheerenden Justizirrtums in der britischen Rechtsgeschichte, sondern auch zur Auflösung der berüchtigten Kriminalermittlungseinheit der West Midland Police, was schließlich dazu führte, daß auch andere Fehlurteile aufgehoben wurden. Es führte indirekt zur Errichtung der Überprüfungskommission von Kriminalverfahren, die weitere fünfhundert Verurteilungen aufgehoben hat. Schließlich führte meine Recherche zur Identifizierung von drei der vier wirklichen Täter der Bombenanschläge. ...

Ich hatte erwartet, daß ich ausführlich als Zeuge befragt würde. Mein Kreuzverhör dauerte aber nur ein paar Minuten. Mr. Lewis fragte mich, ob ich die Namen der beiden Männer nennen würde, deren Interviews Gegenstand des Antrag seien – die Namen eines noch lebenden nicht identifizierten Bombenlegers und eines anderen Mannes – und ich antwortete, daß ich dies nicht machen könne. Er hatte das erwartet und setzte mich nicht unter Druck. ...

Am Dienstag, dem 22. März ergeht das Urteil. Richter Lucreft hat entschieden, daß das Material, das in meinem Besitz ist, in der Tat unter das Terrorism Act 2000 fällt, aber er lehnt es ab, festzustellen, daß es ein überwiegendes öffentliches Interesse gibt, das mich zwingen könnte, meine Quellen aufzudecken. Kurz, wir haben gewonnen, aber das ist kein Ergebnis, das es verdient, die Sektkorken knallen zu lassen. ...

gekürzte Übersetzung: HARTMUT LINDNER

Innenministerium Brandenburg plant Lex-Freie-Wähler:

## Wahlrecht als politische Waffe

**Versteckt auf den hinteren Seiten einer sonst als »redaktionelle Änderungen« bezeichneten Vorlage ist die Neufassung des § 32 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes vorgesehen. Damit soll in Zukunft verhindert werden, daß alle in einem Landkreis an der Listenvereinigung BVB/Freie Wähler beteiligten Wählergruppen auf dem Stimmzettel erscheinen. Künftig sollen nur noch 5 Gruppen aufgeführt werden. Sowohl in Regelungsgehalt als auch Begründung ein klares Lex-Freie-Wähler.**

Denn BVB/Freie Wähler ist im Gegensatz zu den Parteien als ein Netzwerk von lokalen Wählergruppen organisiert. Diese sind die Wahlvorschlagsträger, die sich zur Listenvereinigung BVB/Freie Wähler im jeweiligen Landkreis zusammenschließen. Wenn nun von den bis zu 20 in einem Landkreis bei BVB/Freie Wähler organisierten Wählergruppen nur eine Handvoll auf dem Stimmzettel erscheinen darf, werden diese ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt. Daß die lokal agierenden Wahlvorschlagsträger auf dem Stimmzettel erscheinen, ist das Selbstverständlichste in einer demokratischen Welt.

Dabei ist die Begrenzung auf 5 bewußt gewählt. Denn gelegentlich (insbesondere bei Bürgermeister- und Landratswahlen) kommt es vor, daß auch einige etablierte Parteien eine Listenvereinigung bilden, wobei es aber noch nie mehr als 5 waren. Damit ist die Regelung maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Parteien, denn für sie ändert sich nichts, für BVB/Freie Wähler hingegen alles. Die Organisationsform, die Arbeitsweise, die Möglichkeit für lokale Gruppen auch überregional kommunalpolitisch tätig zu sein, würde in einem Zuge abgeschafft werden.

Auch in der Begründung wird kein Hehl daraus gemacht, daß der Vorschlag explizit gegen BVB/Freie Wähler gerichtet ist. So wird auf vorangegangene Wahlen Bezug genommen und erklärt, daß man sowas in Zukunft verhindern will. Das Zynische dabei: Es wird ernsthaft damit argumentiert, daß die Gesetzesänderung nötig sei, um den Stimmzettel nicht zu lang werden zu lassen.

Wer Wahlvorschlagsträger vom Stimmzettel verbannen will, um Papier zu sparen und kürzere Stimmzettel zu haben, hat grundlegende Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates nicht verstanden. Es ist schockierend, daß solch eine Argumentation im Jahr 2022 tatsächlich ins Feld geführt wird.

Eine explizit gegen einen politischen Mitbewerber gerichtete Gesetzesänderung im Wahlrecht zu verankern, sucht seinesgleichen in der bundesrepublikanischen Geschichte.

Es gibt einen Grundkonsens in einem demokratischen Rechtsstaat: Das Wahlgesetz wird nicht als politische Waffe gegen Mitbewerber eingesetzt. Es ist unfassbar, daß das Brandenburgische Innenministerium diesen Konsens nun aufkündigen will. Damit wird auch ein Kahlschlag gegen lokale Wählergruppen eingeleitet.

Es handelt sich bei den bei BVB/Freie Wähler organisierten Wählergruppen zu allermeist um seit Jahrzehnten in den Gemeinden tätige Kommunalvertreter. Diesen das Recht zu nehmen, auf dem Stimmzettel zu erscheinen, ist beispiellos. Deswegen ist auch der Vergleich des Innenministeriums mit Bundestagswahlen neben der Sache. Daß dort nur 5 Personen einer Wahlvorschlagsliste abgedruckt werden, ist mit einer Kommunalwahl nicht vergleichbar. Denn bei dieser geht es um selbstständige Wahlvorschlagsträger, die selbstverständlich einen Anspruch haben, auf dem Wahlzettel zu erscheinen, was in Zukunft aber nicht mehr erfolgen soll.

Die Erklärung des Innenministeriums, wonach die Regelung ja für alle gleich gelte, erweist sich als Nebelkerze. Denn es ist natürlich formal für alle gleich, aber faktisch betrifft es nur BVB/Freie Wähler und wirkt praktisch wie ein Einzelfallgesetz.

Zudem hat es eine weitere Regelung in sich. So sieht der Gesetzentwurf Bestimmungen für Nominierungen im Falle einer Pandemie vor. Hierbei soll es Erleichterungen und besondere Abläufe geben. Die Neuerungen sind so zugeschnitten, daß in der vorgelegten Fassung alle existierenden Parteien und Vereinigungen hiervon Gebrauch machen können; alle außer BVB/Freie Wähler. Ein unvorstellbarer und weiteren Nachteil schaffender Vorgang.

Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, dieses Unterfangen zu stoppen und das Wahlrecht nicht als politische Waffe gegen demokratische Konkurrenten einzusetzen. Das Innenministerium muß diese Vorschläge sofort zurückziehen. Vorsorglich bereitet die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler eine Verfassungsklage vor, die für den Fall der unveränderten Beschlußfassung eingereicht werden wird.

Wir sind erschüttert. Derartige Manöver haben wir nicht für möglich gehalten. Wir werden uns notfalls bemühen, internationale Gremien um Hilfe zu bitten, wenn das Innenministerium von diesem Vorhaben nicht abrückt.

PÉTER VIDA, Fraktionsvorsitzender  
BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

### Rentensprechstunde

**Eberswalde**, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 11.1. und 8.2., 10-12 Uhr.

**Biesenthal**, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 11.1. und 8.2., 13-15 Uhr.

**Bernau**, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 21.12., 18.1. und 15.2., 10-15 Uhr.

Anmeldung unter Tel. 03338/8463

Lichterfelde:

## Weihnachtlicher Ortseingang



Foto: ADINA HINNEBERG

Am Samstag vor dem 1. Advent wurde am Ortseingang Lichterfelde die Verkehrsinsel an der Buswendeschleife von Vereinsmitgliedern von »Gemeinsam Lichterfelde e.V.« weihnachtlich geschmückt. Zuerst ist das restliche Laub von der Fläche entfernt worden. Anschließend wurden die Blumenkästen mit Zweigen von Nadelbäumen bestückt. Dann wurden weihnachtliche Figuren in die Kästen gesteckt und Weihnachtskugeln angebracht.

ADINA HINNEBERG

## Stiefelsuche in Bernau

**Bernau (best).** Am 6. Dezember ging in Bernau das Nikolaus-Shopping in eine neue Runde. Im Vorfeld der Veranstaltung konnte die BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH über 1000 Kinderstiefel annehmen – auch dank der Unterstützung von rund 35 Gewerbetreibenden der Innenstadt und weiterer Patinnen und Paten.



Foto: NIELS LONNIES

Am Veranstaltungstag konnten sich die kleinen Stiefelsucher am Nachmittag auf den Weg machen, um ihre nun befüllten Stiefel bei einem vorweihnachtlichen Stadtbummel zu suchen und in den Geschäften in Empfang zu nehmen. Für alle, die im Vorfeld keinen Stiefel abgeben konnten, verteilte der Nikolaus kleine Leckereien, außerdem sorgten der Lichterglanz und zahlreiche Aktionen der teilnehmenden Gewerbetreibenden und weiterer Patinnen und Paten für gute Laune. Auf dem Bernauer Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz gab es am Nikolaustag ein besonderes Angebot – 50% Rabatt auf alle Fahrgeschäfte.

## »Wichteln gegen die Einsamkeit«

Schon bald ist es wieder soweit: Weihnachten steht vor der Tür. Für viele Menschen ist es der Höhepunkt des Jahres, Heiligabend gemeinsam mit Freunden und Familie zu feiern und so das Fest der Liebe zu begehen. Doch nicht jeder hat das Glück, diesen besonderen Tag mit Angehörigen teilen zu dürfen.

Viele ältere Menschen verbringen den Weihnachtsabend sehr oft ganz allein. Die Zahl der alleinstehenden Senioren wächst stetig. Ganz vielen älteren Menschen bleibt nicht mehr als die Erinnerung an längst vergangene Zeiten im Kreise der Lieben. Statt Weihnachtsfreude zu erleben, fühlen sich viele isoliert und einsam. Das können wir nur gemeinsam ändern!

Um diesen Senioren ein frohes Weihnachten zu ermöglichen und auch ein Zeichen des Mit-einanders zu setzen, rufen die ALLOHEIM SENIORENRESIDENZEN auch in diesem Jahr zum »Wichteln gegen die Einsamkeit« auf.

Ziel der Aktion ist es, möglichst viele Weihnachtsgeschenke in den Seniorenresidenzen zu sammeln. Heiligabend werden die Präsente dann durch unsere Teams und ehrenamtliche Mitarbeiter an alleinstehende Senioren der Region verteilt – ganz gleich, ob diese in einer

Pflegeeinrichtung leben, ambulant betreut werden oder zu Hause wohnen. Gemeinsam wollen wir damit auch in diesem Jahr einsamen älteren Menschen zeigen, daß sie nicht alleine sind, sondern daß es jemanden gibt, der an sie denkt! Dafür bat das »Haus am Werbellinsee« Bürger, Vereine, Unternehmen, Schulen und Kitas, kleine Wichtelgeschenke in der Einrichtung abzugeben oder zuzusenden. Um den materiellen Wert der Pakete geht es dabei nicht. Es ist die Geste, die zählt. Egal, ob es sich dabei um Selbstgebackenes, einen Gutschein, Hörbücher oder etwas Gebasteltes handelt – jedes Geschenk wird am Heiligen Abend seinen Empfänger finden und eine unvergeßliche Weihnachtsfreude bereiten. Schon jetzt ein herzliches Dankeschön jedem Spender!

Die Wichtelpakete können postalisch oder persönlich noch bis zum 23. Dezember in der Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« in der Krumme Str. 5 in Altenhof abgegeben werden. Eventuelle geschlechtsspezifische Geschenke sollten am besten mit einem »M« für männlich, oder »W« für weiblich gekennzeichnet werden.

ANGELA MATTHES

## Nikolausmarkt im Silberwald

Es duftet nach Äpfeln, Apfelsinen, Zimt und Lebkuchen. Die Vorweihnachtszeit gilt allgemein als gemütlich und besinnlich. So wurde auch der Nikolausmarkt in der BEGEGNUNGSTÄTTE SILBERWALD am 6. Dezember zelebriert.

Weihnachtliche Klänge mit Geige, Akkordeon und den Stimmen des Russischen Chors Iwuschka luden ältere Menschen aus und um Eberswalde zum Verweilen ein. Bei einer Tasse heißem Kaffee und frischem Kuchen oder Waffeln konnten sich die Besucher nett unterhalten, sich über die Angebote des SILBERWALDES informieren und entlang des kleinen Basars aus Selbstgemachten und Trödel flanieren.

Wir verstehen uns als ein Ort der Begegnungen und wir sind Ansprechpartner für Senioren, ältere Menschen, Menschen mit Behinde-

rungen, Menschen mit Demenz und selbstverständlich deren Angehörige. Wir wollen helfen, unterstützen, Wissen vermitteln. In unseren Räumlichkeiten finden täglich wechselnde Angebote zur Aktivierung, Beschäftigung und Betreuung statt. Zusätzlich können wir im Alltag unterstützen (Begleitungen zu Ärzten, Hilfe im Haushalt, etc.).

Unser rundum gelungener Nikolausmarkt, mit durchweg positiven Rückmeldungen, ging viel zu schnell zu Ende.

NICOLE VORMUM

Begegnungsstätte »Silberwald« · Spreewaldstraße 1 · 16227 Eberswalde · Träger: Kontakt Eberswalde e.V. · Projektleiterinnen: Nicole Vormum und Jessica Meffert · Tel. 03334/3876980 · eMail: silberwald (et) kontakt-eberswalde.de

Liebe Feldmäcker:innen,  
der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. wünscht Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit und für das neue Jahr Gesundheit, Kraft und alles Gute!  
Unsere Aktivitäten im Jahr 2022 haben wir für Sie unter [www.feldmaecker.de](http://www.feldmaecker.de) zusammengestellt.  
Wir freuen uns auf ein spannendes Jahr 2023. Mit herzlichem Dank im Namen des gesamten Teams,  
Torsten Jeran  
Vorsitzender



Blaues Schilfrohr in Wernitzichen, Foto: z. Uwe Paulz

## Von Macho-Nudeln bis Sterbeberatung

Humoristische Lesung mit Jürgen Nowak in Panketal

Am 2. Dezember las der in Elisenu lebende Autor Jürgen Nowak in der Bibliothek Panketal aus seinem Buch *«Hey Alter! - Ruhestand im Selbstversuch»*.

Bereits die ersten Worte des Gastes setzten den Ton: *»Bitte erwarten Sie nicht zuviel von dieser Lesung. Ich habe ja eine Art Ratgeber zum Älterwerden geschrieben. Wenn ich mich hier umschau – den meisten von Ihnen muß ich wohl keine Ratschläge mehr dazu erteilen.«*

Jürgen Nowak, ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber des Satiremagazins *»Eulenspiegel«*, nahm am Freitagabend kein Blatt vor den Mund und konfrontierte die rund 20 Zuhörenden mit mehr oder wenig launig formulierten Wahrheiten. Ob *»Kleckerers Leid«* oder *»Gammelfleisch«* – die humorvollen und (zumindest) leicht überzeichneten Alltagsbeobachtungen des Ruheständlers Nowak führen die Zuhörer und Leser in die Welt der *»Macken, Marotten und Malaisen«* des Alterns und helfen durch die selbstironische Art der Formulierung dabei, diese Zustände leichter zu ertragen.

Dabei verschwimmen Realität und des Autors Fantasie zu einem eigenwilligen, manchmal auch satirisch-bissigen Abbild des Alltags. Mehrfach führte der Autor in den Zwischenpassagen augenzwinkernd aus, daß seine Frau ihm aufgetragen habe, zu erklären, daß die in den Geschichten beschriebene *»Ehefrau Charlotte«* nichts mit der realen Charlotte zu tun habe. Überhaupt – die zwischen den gelese- nen Texten formulierten Bemerkungen stehen den Geschichten aus dem Buch in nichts nach.

Und so vergingen gut eineinhalb Stunden wie im Fluge und ein zufriedener Autor signierte gut gelaunten Besuchern seine Bücher, bevor diese mit ihren neuen Besitzern in die dunkle Nacht des Berliner Speckgürtels entschwanden.

PS: Wenn Sie sich jetzt fragen, was es mit den *»Macho-Nudeln«* und der *»Sterbeberatung«* auf sich hat, dann greifen Sie bitte zum Buch *»Hey Alter!«* von Jürgen Nowak. Erhältlich in jeder Buchhandlung. Es lohnt sich!

THORSTEN WIRTH

Noch bis Ende Januar in Panketal zu sehen:

### »Drei Künstler – drei Welten«

Werke von Mariia Mehidei, Helmut Bräutigam und JP Bouzac

Am 3. Dezember wurde im IB Mehrgenerationenhaus am Genfer Platz im Panketaler Ortsteil Schwanebeck eine ungewöhnliche Ausstellung eröffnet: Zeichnungen, Fotos und Aquarelle von Mariia Mehidei, Helmut Bräutigam und JP Bouzac sind erstmals gemeinsam in einer Ausstellung zu sehen. Noch bis Ende Januar sind die ausgestellten Werke im IB Mehrgenerationenhaus am Genfer Platz zu besichtigen.

Die Idee zu dieser ungewöhnlichen Kombination hatte der in Panketal lebende französische Autor und Maler JP Bouzac, der die nur acht Jahre junge ukrainische Künstlerin MARIIA MEHIDEI während des Wandlitzer Kunstmarktes kennenlernte und von der Ausdruckskraft ihrer Bilder begeistert war. Ihre Inspiration bezieht die Schülerin aus Poltava, die derzeit in Wandlitz lebt, aus Comics und TV-Serien, aber auch aus Motiven alter ukrainischer Traditionen. In ihrer Einführung betonte Irgard Reibel vom Verein *»Kunstbrücke e.V.«* das Selbstbewußtsein der jungen Künstlerin, die bereits in der Ukraine Unterricht erhielt und die auch gegenwärtig, sofern die Umstände des Krieges es zulassen, von ihrer Kunstlehrerin von der Heimat aus unterrichtet wird.

HELMUT BRÄUTIGAM, wortkarg, wenn es um die Einordnung und Wirkung seiner Kunst geht, ist der Zweite im Bunde. Seine Bilder zeichnen sich durch Abstraktion und Detailtreue aus. Was zunächst wie ein Widerspruch klingt, ist tatsächlich wesentliches Element sei-

ner Kunst. Denn Bräutigam überläßt die Wirkung seiner Bilder ganz dem Betrachter, der aus den zahlreichen Details sein ganz eigenes Bild zusammensetzt. Wichtiges Stilmittel des Künstlers dabei ist das Verfremden von Fotografien oder Grafiken am Computer.

JP BOUZAC, in Cognac in Frankreich geboren und seit 30 Jahren in Panketal lebend, ist das künstlerische Gegenteil von Bräutigam: Ob Foto oder gemaltes Bild – sogar von weitem erkennt der Betrachtende das Motiv eindeutig. Details offenbaren sich beim genauen Hinsehen, verstärken die erste Sicht oder verändern sie bisweilen. Seine heute ausgestellten Bilder unter dem Oberbegriff *»La mer«* wecken Sehnsüchte und Erinnerungen, aber auch traurige Wahrheiten wie Umweltverschmutzung und tote Geflüchtete werden sichtbar.

Musikalisch wurde diese ungewöhnliche Ausstellung begleitet von drei ebenso verschiedenen Musikern. Zum einen von der neun Jahre alten Geigenschülerin CARLOTTA WATENBERG, zum anderen von der Musikpädagogin und Klavierlehrerin ELENA MÜNSTER. Abgerundet würde die musikalische Umrahmung unter der Überschrift *»La mer«* von NIELS TEMPLIN, Musiklehrer und Leiter der Panketaler Regionalstelle der Neuen Musikschule.

Die Ausstellung mit Werken von Mariia Mehidei, Helmut Bräutigam und JP Bouzac ist während der Öffnungszeiten des IB noch bis Ende Januar zu besichtigen.

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.

## Bürgermeister las vor

**Eberswalde (prest-ew).** 39 Prozent der ein- bis achtjährigen Kinder in der BRD wird nur selten oder nie vorgelesen. Dies ergab der sogenannte *»Vorlesemonitor«* der Stiftung Lesen, der *»Deutsche Bahn Stiftung«* sowie der Wochenzeitung *»Die Zeit«* in diesem Jahr. Befragt wurden 839 Mütter und Väter von Kindern in diesem Alter. Bereits seit 2007 wird über diese Bildungsstudie das bundesweite Leseverhalten in Kitas, Schulen und Familien ermittelt. Vor 2022 unter dem Namen *»Vorlestudie«*. Regelmäßiges Vorlesen bringt zahlreiche Vorteile für die kindliche Entwicklung mit sich. So haben Kinder beispielsweise *»früh einen größeren Wortschatz, lernen leichter lesen, sind einfühlsamer und haben in vielen Fächern bessere Schulnoten«*. Einfluß auf das Vorleseverhalten haben neben der Verfügbarkeit von Vorlesestoff im eigenen Haushalt auch die Bildungsvoraussetzungen der Eltern.

Um für das Vorlesen zu begeistern, findet seit 2004 der Bundesweite Vorlesetag statt. In diesem Jahr war das am 18. November unter dem Motto *»Gemeinsam einzigartig«*. Einer der Vorleser war der Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann. Am Aktionstag las er einer Ersten Klasse der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Schule eine Geschichte in der Eberswalder Stadtbibliothek vor. 25 Kinder lauschten zusammen mit ihrer Lehrerin und Bibliotheksleiterin Sabine Bolte den Abenteuern des Räuberhauptmanns Tjamme und seiner Horde wilder Räuber, geschrieben von Saskia Hula und Fierte Koch.

*»Als mein Sohn klein war, gehörte das Vorlesen, ähnlich wie das tägliche Zähneputzen, zu den festen Einschlafritualen. Das gemeinsame Erleben spannender Geschichten fördert nicht nur die Bindung zwischen Eltern und Kind, es ebnet dem Nachwuchs auch schon früh den Weg in die Zukunft. Denn wie heißt es schon bei Wilhelm Busch: 'Durch jedes Buch, ob ernst, ob heiter, wird man von Tag zu Tag gescheiter'«,* so das Stadtoberhaupt.

### Kinderwunschgedicht

*Hallo lieber Weihnachtsmann,  
schau mich bitte freundlich an.  
Was ich dir zu sagen habe,  
hörst du bestimmt nicht alle Tage.  
Du bist stark, hast große Kräfte,  
Bekämpf damit die bösen Mächte!  
Mächte, die die Welt bedrohen.  
Mächte, die die Welt verrohen.  
Sorg für die Armen dieser Erde!  
Mach daß endlich Frieden werde!  
Aller Kummer ist zu meiden  
Niemand soll mehr Hunger leiden.  
Die im Überflusse leben,  
sollen teilen, sollen geben!  
Denn, das weiß ja jedermann,  
gut ist nur der, der teilen kann.  
Übergib dem Feuer jede Rute!  
Weck in den Menschen nur das Gute!  
Kinder wünschen sich zum Feste,  
für alle Menschen nur das Beste.*

RAINER KROBOTH

Äußerlich betrachtet war Horst Schröder von großer kräftiger Gestalt, also ein Schwergewicht, mit etwas schütterem Haar. Seine Gestalt war schon Respekt einflößend, aber davon machte er nie Gebrauch, wie noch an anderer Stelle mitgeteilt werden wird. Beheimatet war er im Stadtteil Nordend. Er war als Siebzehnjähriger in den letzten Kriegstagen noch in der Kesselschlacht bei Halbe-Teupitz eingesetzt, jedoch seine Geschichte soll hier als Leiter der STATION JUNGER TECHNIKER beginnen.

Die STATION JUNGER TECHNIKER, später wurde der Namen geändert in Station Junger Techniker und Naturforscher, war gewissermaßen sein Lebenswerk. Deren Tätigkeit begann im Keller der Hilfsschule August-Bebel-Str. 51. Nur wenige Jahre später erfolgte der Umzug in die ehemalige GASTSTÄTTE DEDERMANN, die sich unweit davon in der Grabowstraße 29 befand. Zu den dort bestimmenden Arbeitsgemeinschaften zählten zur damaligen Zeit Schiffsmodellbau, Flugmodellbau und Kfz-Modellbau. Später kamen andere Arbeitsgemeinschaften wie z.B. Raketenbau hinzu. Diese Arbeitsgemeinschaften waren für alle Schüler der Klassen 4 bis 10 kostenlos und offen. Es gab immer Gruppen von 10 bis 15 Mitgliedern, die dann an einem Wochentag nachmittags so zirka 2 bis 3 Stunden unter fachgerechter Anleitung basteln konnten. Manchmal und bei Bedarf geschah das auch öfter in der Woche.

Die fachgerechte Anleitung übernahm Horst Schröder. Er hatte optimale Bedingungen dafür. Die STATION JUNGER TECHNIKER war bezüglich Material, Werkzeugen und Maschinen sehr gut ausgerüstet, und Horst Schröder brachte für die Tätigkeit in der Station gute Voraussetzungen mit. Neben einer Lehre als Mechaniker bei Siemens hatte er auch die nötigen Eigenschaften eines Bastlers – Qualitätsbewußtsein und hervorragende handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten, verbunden mit der Eigenschaft, Schüler und Jugendliche für eine Sache zu begeistern und gleichzeitig ein disziplinarisches Durchsetzungsvermögen aufzuweisen. Horst Schröder war die Idealbesetzung für die Leitung der STATION JUNGER TECHNIKER. Unter seiner Anleitung haben viele Schüler einen erfolgreichen Start ins Berufsleben, was im Allgemeinen mit der Lehre begann, gehabt.

Fairerweise muß aber auch gesagt werden, daß Horst Schröder ausgewählte Schüler betreute. Diese Schüler waren auf freiwilliger Basis in der Station. Denen war klar, wir wollen etwas von den Mitarbeitern der Station und nicht wie in den Schulen, wo der Lehrer etwas von den Schülern wollte. Ein weiterer Vorteil von Horst Schröder war, er konnte den Schülern eine erlebnisorientierte Ausbildung anbieten. Einigen Schülern ist sicherlich noch die Teilnahme an der Veranstaltung zum Internationalen Kindertag in der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck« in Jahre 1962 in Erinnerung. Die Station war mit mehreren Modellen und

Alternative Prominente (Folge 23): Horst Schröder

## Ein vorbildlicher Bastler

**Man kann Menschen in zwei Kategorien einteilen, in Problemlöser und Problemverwalter. Zur ersten Kategorie gehörte zweifellos Horst Schröder. Er dürfte vielen Eberswaldern sowohl als Kanusportler der BSG Empor bekannt gewesen sein, als auch den vielen erstmals Jugendlichen als Leiter der STATION JUNGER TECHNIKER. Wenig ist über ihn berichtet worden, obwohl er vielleicht einer der erfolgreichsten Pädagogen in Eberswalde war.**

mit einer Delegation von etwa 20 Schülern anwesend. Diese Modelle wurden vorgeführt, u.a. ein Eissegler. Dazu wurde ein 15 mm starkes und etwa 1000 mm langes Rundeisen senkrecht in das Betonpflaster eingerammt. Am oberen Ende wurde dann eine Angelsehne befestigt, deren anderes Ende mit dem Eissegler verbunden war. Dadurch konnte der Eissegler, angetrieben von einem Selbstzündermotor, wie er auch in Flugmodellen verwendet wurde, mit ca. 50 km/h auf dem Betonpflaster herumrasen. Die Zuschauer standen dann nur wenige Zentimeter entfernt von dem im Kreis sausen den Eissegler. Einer dieser Zuschauer war der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht. Was wäre passiert, wenn die Angelsehne gerissen wäre? Eine solche Situation bei einer Schülerführung ist in heutiger Zeit unvorstellbar.

Oft nahm Horst Schröder an Spezialistenlagern außerhalb von Eberswalde teil. Bekannt war auch, daß er sich während seines Urlaubs fast täglich in der Station blicken ließ.

Als die Station größer wurde, reichten die Räume in der Grabowstraße nicht mehr aus. Eine leerstehende Gärtnerei am Richterplatz wurde nun zum neuen Sitz der Station ausgebaut. Viele handwerkliche Leistungen bei der Sanierung vollbrachten auch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen des nationalen Aufbauwerkes (NAW) und unter Anleitung von Horst Schröder.

Ein weiteres Beispiel wie Horst Schröder Probleme löste, war die Beschaffung eines Kraftfahrzeuges. Sicherlich wäre ein Barkas das ideale Fahrzeug gewesen. Aber der war nicht lieferbar. Stattdessen bekam die Station das Fahrgestell eines Wartburgs mit Führerhaus und Motor. In Eigeninitiative und unter Beteiligung der Schüler wurde nun ein geeigneter Aufbau für den Wartburg gebastelt. Dieses einmalige Fahrzeug war viele Jahre in Eberswalde zu sehen.

Die nunmehr gewachsene Station mit mehreren fest angestellten Pädagogen erforderte dann auch von Horst Schröder als Leiter der Einrichtung eine Weiterbildung. Er erwarb im Rahmen eines Fernstudiums einen Hochschulabschluß in Pädagogik. Diese Ausbildung erforderte nochmals eine Mathematikausbildung. Das ist mitunter beschwerlich, aber er sah es schnell ein, daß er dafür Hilfe von außen benötigte. So entstand die Situation, daß ein Schüler, den er einmal bei Lösen der Aufgaben der Mathematikolympiade half, ihm nun bei der Lösung der Mathematikaufgaben für das Fernstudium half.



Foto: HEINZ BOGDA

Vorbeifahrt eines K-Wagens (heute Gocart genannt) an der Tribüne bei der Demonstration am 1. Mai 1966 am Karl-Marx-Platz.

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD wurde die STATION JUNGER TECHNIKER abgewickelt. Um die Schüler weiter zu beschäftigen, wurde der JUKITREFF gegründet. Für Horst Schröder, der bereits zur DDR-Zeit in Rente ging, war dort kein Platz mehr.

Der JUKITREFF übernahm aber Teile der Station. Da es sich aber um eine Neugründung handelte, mußte ein Inventarverzeichnis erstellt werden. Zur Erinnerung, die Station war bezüglich Material sehr gut ausgerüstet, aber Bastlerbedarf oder größere Bauteile mußten irgendwie beschafft werden. Man konnte damals nicht in einen Baumarkt gehen und Teile einkaufen. Viele Teile des in der Station vorhandenen Materials stammten aus aufgelösten Handwerksbetrieben oder aus weggeworfenen Haushaltsgeräten. Dadurch entstand eine Sammlung nicht TGL-gerechter Materialien, die dann aber in der Station weiterverwendet wurden. Die doch recht umfangreichen Reste mußten nun in das Inventarverzeichnis des JUKITREFFS aufgenommen werden. Eine Aufgabe, an der die neuen Mitarbeiter verzweifelten und die schließlich bei den vielen vorgefundenen Kleinmaterialien aufgaben.

Horst Schröder fand ein neues Betätigungsfeld. Er gründete mit Gleichgesinnten den

EBERSWALDER MODELLSPORTCLUB. Dort organisierten sich einige seiner ehemaligen Schüler, um Schiffmodellbau zu betreiben. Wenig ist in der Öffentlichkeit über diesen Modellsportclub bekannt, obwohl dieser Eberswalder Modellsportclub mehrere Weltmeister stellte!

Altersbedingt zog sich Horst Schröder, der Ehrenvorsitzender des Modellsportclubs war, in Etappen zurück. Zuletzt wechselte er noch mit einigen Modellsportlern das Tätigkeitsgebiet. Er widmete sich dem Segelmodellsport mit ferngesteuerten Yachten.

Zur Erinnerung noch eine Geschichte über Horst Schröder als Kanusportler. Die BSG Empor Eberswalde veranstaltete jährlich eine Regatta auf den Oder-Havel-Kanal. Sogar einen Turm für die Wettkampfrichter wurde in Nordend westlich neben der Wassertorbrücke gebaut. Nebenbei bemerkt, einer der Maurer war Horst Schröder. Reste dieses Wettkampfturms sind heute noch zu sehen.

Horst Schröder bestritt mit seinem Bruder, ein ebenfalls schwergewichtiger Mann, einen Wettkampf im Zweier-Kajak. Irgendwie lief das Boot während des Wettkampfs voller Wasser, versank unter die Wasseroberfläche, aber kenterte nicht. Das Boot war nicht mehr zu sehen, und Horst Schröder und sein Bruder paddelten weiter. Ob sie noch das Ziel erreichten, ist nicht überliefert.

Zu seinen Aktivitäten als Kanusportler soll dies an dieser Stelle genügen. Ausführlicher hat sich Horst Schröder selbst dazu im *Eberswalder Jahrbuch 2017* geäußert (*»Erinnerungen an sporthistorische Veranstaltungen auf dem Oder-Havel-Kanal 1950 - 1969«*, Eberswalder Jahrbuch 2017, S. 178-183). Auf der Seite des Modellsportclub Eberswalde e.V. ([www.modellsportclub-eberswalde.de/horst-schroeder](http://www.modellsportclub-eberswalde.de/horst-schroeder)) gibt es ebenfalls noch einen Beitrag von ihm und einiges über ihn.

Noch im Jahre 2019 konnte man Horst Schröder, mit einer Unterarmstütze laufend, in Eberswalde gelegentlich treffen. Er starb 2021 im Alter von 94 Jahren.

Dr. ULRICH POFAHL



Geflüchteter aus dem Barnim in den Tschad abgeschoben:

## Heftige Polizeigewalt zur Abschiebung

**In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 2022 hat die Polizei einen Geflüchteten aus Eberswalde in den Tschad abgeschoben. Der Betroffene lebte schon seit 9 Jahren in Deutschland. Gerade hatte er sich eine neue Arbeitsstelle gesucht und bei der Ausländerbehörde eine Arbeitsgenehmigung beantragt. Doch statt diesen Antrag zügig zu bearbeiten, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Barnim die Abschiebung organisiert.**

Aktive der Initiative *»Barnim solidarisch«* telefonierten nach der Abschiebung mit dem Betroffenen. Dabei schilderte der Betroffene heftige Polizeigewalt. Gegen 1 Uhr in der Nacht klopften zwei Polizisten an seine Zimmertür in einer Gemeinschaftsunterkunft in Eberswalde und rissen ihn dadurch aus dem Schlaf. Sie kündigten die sofortige Abschiebung in den Tschad an. Der Betroffene sagte dazu *»Nein«* und schloß die Zimmertür wieder. Die beiden Polizisten entfernten sich.

Etwa eine halbe Stunde später stürmte dann eine große Gruppe Polizisten in das Zimmer, schlugen auf den Geflüchteten mit einem Gegenstand ein, drückten ihn brutal zu Boden, fesselten seine Hände und Beine mit Plastebindern. Dann sollen die Polizisten dem Geflüchteten etwas in den Bauch gespritzt haben. Der Betroffene wurde sofort bewußtlos und wachte erst wieder auf dem Flughafen von Adis Abeba in Äthiopien auf. Dort waren zwei deutsche Polizisten bei ihm. Er wurde für etwa zwei Stunden in einen Raum gesperrt und dann von zwei äthiopischen Polizisten in ein Passagierflugzeug nach N'djamena (Tschad) gesetzt. Dort kam er alleine ohne jegliches Gepäck an und wurde drei Stunden von der tschadischen Polizei verhört. Die ließ ihn glücklicherweise frei. Er würde nun gerne erst einmal zu seiner

Familie reisen, die inzwischen im Niger lebt. Aber ohne Geld ist das unmöglich.

Im Tschad, einem der ärmsten Länder der Welt, herrscht eine brutale Militärdiktatur. Laut *»Amnesty International«* kommt es dort zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Die Menschenrechtsorganisation *»Freedom House«* zählt das politische System des Landes zu den weltweit repressivsten. *»Menschen in eine solche brutale Diktatur abzuschieben, gefährdet das Leben der Betroffenen, aber auch die Polizeigewalt während der Abschiebung ist absolut unverhältnismäßig und gefährlich.«*, so THOMAS JANOSCHKA von der Initiative *»Barnim solidarisch«*. *»Wir fordern das Brandenburger Innenministerium und den Landkreis Barnim auf, den Geflüchteten eine Integration zu ermöglichen und die Abschiebepolitik endlich zu beenden.«*

Initiative *»Barnim solidarisch«*

**18. Weihnachtswanderung, 26.12., 13 Uhr**  
Wanderung durch den Cöthener Urwald zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena ist Kaffeerast. Treff: Waldgaststätte Mon Choix in Falkenberg

**18. Silvesterwanderung, 31.12., 13 Uhr**  
Wanderung auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Mit Kaffeerast. Treff: Forsthaus Bodenseichen (B158)  
Wanderleiter Corinna Gerber / Org. Bernd Müller

Choriner Wald:

## Waldgebiet des Jahres 2023

**Eberswalde (prest-ew).** Seit 2012 wird jedes Jahr durch den Bund Deutscher Forstleute (BDF) ein *»Waldgebiet des Jahres«* in der BRD gewählt. Gemeinsam mit der Landeswaldoberförsterei Chorin hat die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) den etwa 88 Quadratkilometer großen *»Choriner Wald«* für diese Auszeichnung vorgeschlagen – mit Erfolg, denn tatsächlich hat das Mischwaldgebiet gewonnen.

Schon vor über 100 Jahren wurden durch Dr. BERNHARD DANCKELMANN und ADAM SCHWAPPACH exotische Baumarten wie die Douglasie oder auch die Japanlärche hier angebaut. Dominante Art war und ist jedoch die Rot-Buche. Die forstgeschichtliche Relevanz, vor allem aber die heutige naturnahe Waldwirtschaft sowie die Forschung und Lehre durch die HNEE, haben in ihrer Vielfalt den Bund Deutscher Forstleute zu seiner Entscheidung bewegt. Auch etwas mehr als die Hälfte des Eberswalder Stadtwaldes nördlich des

Oder-Havel-Kanals, zwischen Technologie- und Gewerbepark und Neuehütte gehört zum *»Choriner Wald«*.

*»Mit der Auszeichnung ist eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit weit in die Fachpresse der Forstwirtschaft hinein verbunden. So ist dies auch für die Stadt Eberswalde eine einzigartige Gelegenheit, bundesweite Aufmerksamkeit für ihre wunderschönen, umliegenden Wälder zu generieren sowie den vorbildlichen und nachhaltigen Umgang damit zu präsentieren«,* so die Erste Beigeordnete und Baudezernentin Anne Fellner.

Im Frühling des kommenden Jahres, genauer am Freitag, dem 28. April 2023, soll es eine öffentliche Festveranstaltung im Kloster Chorin mit Vorstellung des Waldgebietes, Rahmenprogramm und Fachvorträgen geben. Geehrt werden neben dem Waldgebiet an sich vor allem auch die Forstleute, welche dieses bewirtschaften. Mehr Informationen zum Waldgebiet des Jahres findet man im Internet unter [www.waldgebiet-des-jahres.de](http://www.waldgebiet-des-jahres.de).

## Fakenews des Monats

Doch keine Ukrainehilfe von 50Hertz

**Senftenhütte (hl).** Die Meldung, 50 Hertz würde auf die Realisierung der umstrittenen 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuanlagen verzichten und auch die bereits errichteten Masten auf dem Südabschnitt wieder abbauen, um die zum Wiederaufbau des ukrainischen Stromnetzes zu spenden, hat sich als Fakenews erwiesen. Ganz im Gegenteil, an vielen Orten der Trasse ist zur Zeit der Holzeinschlag zu beobachten, wie in Senftenhütte.



FOTO: HARTMUT LINDNER

**Weihnachtsgruß des Netzbetreibers:**

*Advent, Advent,  
ein Lichtlein brennt,  
erst eins, dann vier,  
dann stehen Masten vor der Tür.  
Frohes Fest!*

## Ausstellungsfortsetzung 2023: Platte »neu aufgelegt«

Im Jahr 2021 wurde meine Ausstellung »Die Platte neu auflegen: Die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels und die Geschichten seiner Bewohner.« von Bewohnern des Viertels regelmäßig geöffnet. Da die Kooperation mit der WHG bestehen bleibt und somit auch die Ausstellung, soll nun ein anderer Bewohner des Viertels die Möglichkeit nutzen, die Räumlichkeiten regelmäßig (jeden Montag 10-12 Uhr, jeden letzten Sonntag im Monat 16-18 Uhr) zu öffnen und sich damit einen kleinen Bonus zum Hartz4 dazu zu verdienen.

Das Leben auf Hartz4 und ohne Beschäftigung hat sich im Viertel seit der Wende über Generationen hinweg eingebrannt. Die Menschen scheinen sich damit arrangiert zu haben, es herrscht eine einheitliche Perspektivlosigkeit, Stillstand. Thomas Otto, alleinerziehender Vater von zwei Söhnen, ist selbst hier im Viertel geboren und aufgewachsen. Keiner könnte diesen Job besser erledigen als er.

Ungeachtet der Wiederaufnahme der regelmäßigen Öffnungszeiten können weiterhin über facebook, Telefon und eMail individuelle Termine (Mo-Sa 10-20 Uhr, So 12-18 Uhr) mit mir gebucht werden.

MASCHA HEß

Schweyk im Interview:

## »Sprechen wir über Geld«

**Schweyk ist der Bitte der beiden SZ-Redakteure, sich im Einstein am späten Nachmittag zum Interview einzufinden, gefolgt und hat Platz genommen.**

»Sprechen wir über Geld, Herr Schweyk«, beginnt die Redakteurin ganz routiniert, aber Schweyk faßt sofort nach: »Aber gern, wieviel wollen Sie mir für dieses Interview bezahlen?«

»Da haben Sie uns falsch verstanden«, erwidert die Journalistin irritiert, »uns interessieren Ihre Ansichten zum Thema Geld, aber bezahlen können wir Ihnen nichts, wir können Ihnen nur zuhören.« »Es gibt in unserer Redaktion einfach keinen Etat für Gespräche mit Ihnen, das muß Sie nicht kränken, wir können das nicht ändern«, springt der Kollege der Redakteurin bei, »aber einen Kaffee können wir Ihnen schon ausgeben, das gibt die Spesenabrechnung schon her.«

»Da nehm ich den Einspänner, Herr Ober. – Also Geld habts ihr auch keins, da gehts euch so wie mir. Da sind wir ja schon mitten im Thema und auch schon am Ende. Was ist da groß zu reden über Geld, wenn man keins hat. Habe die Ehre, könnt ich jetzt sagen.«

»Aber nein, Herr Schweyk, Sie können doch jetzt nicht gehen – wo Sie den Einspänner bestellt haben, der sicher gleich kommt.«

»Na gut, ich mach es kurz, bis der Einspänner kommt, kann ich Ihnen ja was über Geld erzählen. Geld ist zum Ausgeben da, das geht schneller als man glaubt. Grade hatte ich noch einen Hundert-Kronen-Schein in der Briefta-

sche, und schon ist er fort, ein Zehner ist vielleicht sein Platzhalter und erinnert mich daran, daß ich einen Hunderter hatte, als ich aus dem Haus gegangen bin. Ich weiß gar nicht so recht, wofür ich es ausgegeben hab. Das Geld rinnt einem durch die Finger, es ist wie Wasser und läßt sich einfach nicht festhalten.

So ist es jedenfalls bei mir. Es gibt andere Menschen, die üben auf das Geld eine magische Anziehungskraft aus. Bei denen bleibt das Geld, die können es festhalten, denen rinnt es nicht durch die Finger, bei denen klumpt es, da wird die Börse immer dicker und das Konto wächst ins Unermeßliche.

Ich weiß nicht, wie die das machen. Die müßten Sie einmal interviewen und nicht den Benediktiner aus Andechs, der sich mal beim Aktienkauf verspekuliert und ein paar hunderttausend verzockt hat, der Gottesmann. Ich lese eure Geldseite ja auch, aber das Rätsel der modernen Magier habt ihr auch noch nicht gelöst, ihr Geheimnis noch nicht gelüftet.«

Er schlürft seinen Kaffee, den ihm der Kellner gebracht hat.

»Danke für den Einspänner, ich muß leider gehen, hab noch zu tun. Vielleicht sehn wir uns später mal, am Freitag nachm Krieg in Prag im Kelch.« (Mitschrift: Hartmut Lindner)

## Keine Panik, ihre Krankenkasse hilft!

Sie fühlen sich in letzter Zeit etwas verunsichert, haben diffuse Ängste, sei es vor Kälte, vor Dunkelheit oder vor atomaren Strahlen? Gehen Sie in sich und treten von sich etwas zurück. Betrachten Sie diese Ängste als ihre reinen Geistesprodukte, die mal kommen und wieder gehen. Sie werden merken, wie entspannter Sie im Alltag werden.

Sie fühlen sich nicht wertgeschätzt? Ihr Einkommen reicht vorne und hinten nicht. Sie leiden unter hartnäckiger Erkältung, trotz Masketragen? Sie müssen immer die niedrigsten Arbeiten erledigen? Lernen Sie die Methode der Selbstfürsorge: Stellen Sie sich eine Person vor, eine Firma oder einen Staat, der Ihnen rundherum guttut und für Sie mitfühlend sorgt. Sie werden merken, wie eine wohlige Wärme ihren Körper durchfließt und ihre Probleme sind so gut wie verschwunden.

Sie fühlen sich in der Firma ständig gehetzt und beobachtet? Ihre Nackenmuskeln verspannen sich? Die Fakir-Methode hilft Ihnen garantiert! Suchen Sie einen ruhigen Platz im Betrieb auf, setzen sich entspannt aufs Örtchen und nehmen zuerst Ihren rechten Fuß hinters Genick, dann den zweiten, machen einen ganz runden Rücken und schauen dabei geradeaus auf die Klotür. Dann lassen Sie Ihren Kopf ent-

gegen dem Uhrzeigersinn auf Ihren Schultern rotieren und berühren mit den Ohrfläppchen die Zehenspitzen der beiden Füße. Nach dieser Methode können Sie Ihrem Chef ganz anders gegenüberreten!

Ständig Ärger mit den Mails und dem Blutdruck? Installieren Sie die KK-App und Sie bekommen im Handumdrehen Ihre gesamte Krankenakte aus der Cloud verfügbar, mit Blutdruckwerten und Grafikkcharts, ihre täglich zurückgelegten Strecken samt Stadtplan, wann Sie wo einen Corona-Kontakt hatten und bei welchen persönlichen Begegnungen ihre Vitalwerte aus dem Ruder laufen. So haben Sie Ihr Leben voll im Griff und können alles kontrollieren. Vergessen Sie nicht das Paßwort!

Sie schlafen schlecht? Wachen nachts öfter schweißgebadet auf? Baldriantropfen, sagt man, sollen gut wirken, aber besser ist es, um 20 Uhr die Tagesschau anzusehen, jeden Tag, zur selben Uhrzeit. Betrachten Sie meditativ die bunten Bilder und die Mimik der geschminkten Vorsprecher, deren Miene sich langsam erhellt, wenn sie den Wetterbericht ankündigen kann: mal Sonne, mal Frost, mal Regen, mal Schnee, bei einem mittleren bis stürmischen Wind aus West bis Südwest. Gute Nacht!

JÜRGEN GRAMZOW

In eigener Sache:

## Neue Horizonte ergründen

Liebe Leserinnen und Leser, wie bereits an anderer Stelle angedeutet, stehen für das nächste Jahr bei der »Barnimer Bürgerpost« einige größere organisatorische Änderungen an. Dazu gehört eine sehr einschneidende, von der Sie im besten Falle gar nichts mitbekommen. Hierbei handelt es sich um die Umstellung des Satzes auf ein anderes Programm. Seit nunmehr dreißig Jahren verwenden wir dafür das professionelle Satzprogramm QUARKXPRESS, natürlich immer mal wieder in neuen Versionen. Dafür mußte jeweils einiges investiert werden, aber dafür funktionierte und funktioniert es auch sehr gut. Inzwischen ist die von uns verwendete Version 9.5 auch schon 10 Jahre alt und wird nicht mehr unterstützt.

Künftig soll nun die freie DTP-Software SCRIBUS das alte kommerzielle Programm ersetzen. Inzwischen entspricht der erreichte Funktionsumfang und die Bedienerfreundlichkeit von Scribus durchaus unseren Ansprüchen, so daß der über kurz oder lang anstehende Kauf einer neuen Version des kommerziellen Programms unnötig erscheint.

Der Hauptvorteil des freien Programms geht allerdings über das bloße Funktionieren weit hinaus. Denn wie die Eigenschaft »frei« aus sagt, ist dieses Programm kostenfrei für jeden verfügbar. Damit fällt das bisherige Monopol des Redakteurs, der bisher als einziger über das kommerzielle Satzprogramm verfügen konnte. Künftig kann jeder sich auch an diesem Arbeitsgang beteiligen – sofern wir hierfür auch die entsprechenden organisatorischen Formen zustande bringen können. In diesem Sinne zeigen sich für unsere unabhängige Leserzeitung neue Horizonte...

Die personelle Verstärkung von Redaktion und Verein, die wir in der vorigen BBP-Ausgabe angesprochen hatten, findet so auch entsprechende Möglichkeiten zum Mittun. Menschen, die sich für eine redaktionelle oder organisatorische Mitarbeit interessieren, melden sich bitte unter der eMail-Adresse [vorstand@barnimer-buergerpost.de](mailto:vorstand@barnimer-buergerpost.de).

## 22. Fotoschau in der Kleinen Galerie

**Eberswalde (prest-ew).** Am 10. Dezember öffnete die 307. Ausstellung in der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde. Dabei handelt es sich um die 22. Fotoschau der Landkreise Barnim und Märkisch Oderland. Diese wird unter Mitwirkung der Gesellschaft für Fotografie vom Eberswalder Kulturbund e.V. veranstaltet.

[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

[www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)

### BBP im Internet

Auf der Internetseite [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de) findet sich das Archiv aller Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost« seit 2005 als PDF. Auch die vorherigen Ausgaben sollen nach und nach dort zugänglich gemacht werden. Von unserer Online-Redaktion wird zudem ein Facebookauftritt der BBP betreut ([www.facebook.com/bbp.barnim](http://www.facebook.com/bbp.barnim)). Auch eine eigene Gruppe ([www.facebook.com/groups/bbp.online](http://www.facebook.com/groups/bbp.online)) gibt es dort.

Für die eher interne Kommunikation zur Vorbereitung neuer Ausgaben nutzen wir seit Herbst 2022 wieder eine Mailingliste bei [groups.io](http://groups.io). Alle Interessierten, die im BBP-Kollektiv aktiv mitmachen wollen, können dort gerne rein. Bitte schreibt eine eMail an [redaktion\(et\)barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion(et)barnimer-buergerpost.de).

Seit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk gewinnt ein dezentrales und nichtkommerzielles Netzwerk mit dem Namen Mastodon an Bedeutung. Unser Online-Redakteur Thomas Tobler hat dort – vorerst testweise – einen BBP-account eingerichtet ([social.anoxinon.de/@bbp](https://social.anoxinon.de/@bbp)).

Wichtige Informationen zur BBP (beispielsweise die »Publizistischen Grundsätze«) finden sich unter [wiki.aki-stuttgart.de/mediawiki/index.php/BBP](http://wiki.aki-stuttgart.de/mediawiki/index.php/BBP).

Neben der »Barnimer Bürgerpost« wird unter dem Dach des Trägervereins mit MAXE, dem Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde eine weitere Zeitschrift betrieben, die von 2012 bis 2014 in gedruckter Version an die Kiez-Haushalte verteilt wurde. Aus Kostengründen erscheint MAXE seit 2015 nur noch online auf [www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de). Im Jahr 2019 übernahm der Bürgerpostverein die Trägerschaft und fungiert seitdem auch als Herausgeber des Kiezmagazins.

Eine ausführlichere und historische Darstellung der BBP-Internetaktivitäten zum damaligen Stand findet sich in der 300. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« (BBP 2-3/2020).

GERD MARKMANN,

### Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesez (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

#### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

#### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

#### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

#### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

#### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Kleine Galerie Stadt Eberswalde  
Michaelisstraße 1 im Sparkassen Forum  
16225 Eberswalde · Montag: 9 bis 16 Uhr  
Dienstag und Donnerstag: 9 bis 18 Uhr · Mittwoch und Freitag: 9 bis 13 Uhr

Anzeige



# Aufklärung statt Propaganda

## 75 Ausgaben für 75 Euro\*

\* Aktionsabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.

**Jetzt hier bestellen**  
unter: 030 / 53 63 55-80



**Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel  
sowie einen gesunden Rutsch in ein friedliches und  
erfolgreiches Jahr 2023 wünschen**

Verein und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## Das Letzte...

Das schicke Fahrradparkhaus am Bahnhof ist so gut wie voll und trotzdem – oder deswegen – stehen draußen an den Baumgittern und unter der Brücke noch hunderte Fahrräder. Da kann man wohl von einer gestiegenen Zahl an Pendlern ausgehen, die morgens (vor allem nach Berlin) zur Arbeit oder zum Studium fahren. Allerdings sind viele Fahrräder von der GLG, die dort bereitstehen, aber wohl nicht jeden Tag benutzt werden. Keine Ahnung, ob die personengebunden sind. Also war das Ganze schon sinnvoll, mit diesem Holzneubau.

FRANK PLISCHKE

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktions-schluss:** 11. Dezember 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 25. Januar 2023.